



Landtag von Baden-Württemberg

24. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 18. April 2002 • Haus des Landtags

Beginn: 9:34 Uhr

Schluss: 16:38 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	1377	und Bürger – beantragt von der Fraktion der CDU	1404
1. a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Neue Windkraftpolitik in Baden-Württemberg? – Drucksache 13/269		Abg. Hoffmann CDU	1405
b) Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010 – Drucksache 13/134		Abg. Ursula Haußmann SPD	1407, 1421
c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Dezentrale Stromgewinnung aus alternativen Rohstoffen – Drucksache 13/156	1377	Abg. Dr. Noll FDP/DVP	1409, 1421
Abg. Dr. Witzel GRÜNE	1377, 1391	Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	1412, 1422
Abg. Knapp SPD	1379	Minister Dr. Repnik	1415
Abg. Dr. Carmina Brenner CDU	1382	Abg. Dr. Inge Gräßle CDU	1419
Abg. Hofer FDP/DVP	1385, 1399	Abg. Döpfer CDU	1423
Staatssekretär Dr. Mehrländer	1388	3. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 12. Februar 2002 – Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland und zu dem Vertrag zum Europäischen Fernsehkanal vom 19. November 1991 (GBl. S. 745); hier: Berichte des Südwestrundfunks, des Zweiten Deutschen Fernsehens und des DeutschlandRadios über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2000 bis 2003 – Drucksachen 13/736, 13/898	1429
Abg. Dr. Caroli SPD	1395	Beschluss	1429
Abg. Scheuermann CDU	1397	4. Fragestunde – Drucksache 13/912	
Abg. Boris Palmer GRÜNE	1400	4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Schulpolitische Zuordnung von Gemeinden in der Grenzregion zwischen Rheinschiene und Schwarzwald ab dem Schuljahr 2003	1425
Abg. Walter GRÜNE	1400	Abg. Gustav-Adolf Haas SPD	1425
Abg. Kaufmann SPD	1402	Staatssekretär Rau	1425, 1426
Minister Müller	1403	Abg. Dr. Witzel GRÜNE	1426
Beschluss	1404		
2. Aktuelle Debatte – Kranke Kassen statt Krankenkassen – Verfehlte Gesundheitspolitik der Bundesregierung zulasten der Bürgerinnen			

4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Gerd Teßmer SPD – Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe im Neckar-Odenwald-Kreis	1426		
Abg. Teßmer SPD	1426		
Minister Stächele	1426, 1427		
Abg. Dr. Caroli SPD	1427		
Abg. Hauk CDU	1427		
4.3 Mündliche Anfrage des Abg. Gerd Teßmer SPD – Konzeption für ein zukunftsorientiertes „Grünes Zentrum Boxberg“	1428		
Abg. Teßmer SPD	1428		
Minister Stächele	1428, 1429		
Abg. Dr. Reinhart CDU	1429		
5. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Zukunft des sozialen Mietwohnungsbaus in Baden-Württemberg – Drucksache 13/132	1429		
Abg. Dr. Witzel GRÜNE	1429		
Abg. Mack CDU	1430		
Abg. Schmiedel SPD	1432, 1440		
Abg. Hofer FDP/DVP	1435		
Minister Dr. Döring	1438		
Beschluss	1441		
6. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 20. März 2002 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 13/893, 13/899	1441		
Abg. Schmid SPD	1441, 1445, 1449		
Abg. Dr. Reinhart CDU	1443		
Abg. Oelmayer GRÜNE	1444		
Abg. Theurer FDP/DVP	1446		
Minister Dr. Christoph Palmer	1446		
Abg. Kretschmann GRÜNE	1448		
Beschluss	1449		
7. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 14. März 2002 – Veräußerung des landeseigenen Astronomiegeländes in Tübingen – Drucksachen 13/846, 13/860	1449		
Beschluss	1449		
8. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 27. Dezember 2001 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 1999 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997 (Nr. 18) – Die Einheitsbewertung des Grundbesitzes – Drucksachen 13/612, 13/800 (berichtigte Fassung)	1449		
Beschluss	1450		
9. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. Januar 2002 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 1994 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1992 (Nr. 20) – Wirtschaftlichkeit kleinerer Fachhochschulen – Drucksachen 13/613, 13/801 (berichtigte Fassung)	1450		
Beschluss	1450		
10. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 18. Januar 2002 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2000 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1998 (Nr. 19) – Beschaffung von Schienenfahrzeugen durch das Land – Drucksachen 13/674, 13/802	1450		
Beschluss	1450		
11. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. Januar 2002 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 1995 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1993 (Nr. 9) – Beherbergungs- und Bewirtungsbetrieb der Fachhochschule – Drucksachen 13/717, 13/803 (berichtigte Fassung)	1450		
Beschluss	1450		
12. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 2001 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2000 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1998 (Nr. 10) – Wirtschaftlichkeit von Revierleitergebäuden – Drucksachen 13/599, 13/875	1450		
Beschluss	1450		
13. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/704, 13/908, 13/909, 13/910, 13/911	1450		
Beschluss	1450		
14. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 13/852, 13/885	1450		
Beschluss	1450		
Nächste Sitzung	1450		

Protokoll

über die 24. Sitzung vom 18. April 2002

Beginn: 9:34 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 24. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Maurer und Nagel erteilt.

Krank gemeldet ist Herr Abg. Gaßmann.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Köberle.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Es ist der zweite Tag ohne vorgegebene Redezeiten.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

a) **Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Neue Windkraftpolitik in Baden-Württemberg? – Drucksache 13/269**

b) **Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010 – Drucksache 13/134**

c) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Dezentrale Stromgewinnung aus alternativen Rohstoffen – Drucksache 13/156**

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Zwischen Bundes- und Landesregierung gibt es wahrlich in vielen Punkten unterschiedliche Ziele. Aber ein Ziel haben Bundesregierung und Landesregierung gemeinsam: Beide sind für den Ausbau der erneuerbaren Energien, und beide streben an, bis zum Jahr 2010 den Anteil der erneuerbaren Energien gegenüber 1999 zu verdoppeln.

Dies ist ein anspruchsvolles Ziel. Es bedarf auch erheblicher Anstrengungen. Aber wenn es um die Umsetzung geht, dann endet auch schon die Gemeinsamkeit. Denn der Bund, die Bundesregierung, hat gehandelt. Sie hat mit dem 100 000-Dächer-Programm eines der größten Photovoltaikprogramme auf den Weg gebracht. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz sichert die Investitionsbedingungen für Anlagen zur regenerativen Stromerzeugung und hat sich als Motor in dieser Branche erwiesen. Das Marktanreizprogramm für thermische Solarenergie und für Biomasse wurde kräftig aufgestockt. Während unter Kohl dafür 20 Millionen DM bereitgestellt wurden, sind es in diesem Jahr etwa 400 Millionen DM. Das heißt also, die Gelder

wurden mächtig aufgestockt. Zusätzlich gibt es mehr Geld für die Energieforschung im Bereich der regenerativen Energien.

Flankiert wird das gesamte Paket von Maßnahmen zur Effizienz, wobei ich das KWK-Gesetz, die Energieeinsparverordnung und die üppigen Mittel zur Altbaumodernisierung nennen darf.

Als Fazit kann man feststellen: Der Bund hat die Weichen gestellt, um das Ziel einer Verdoppelung zu erreichen, und das zeigt Wirkungen. Die Branche der erneuerbaren Energien boomt; zweistellige Zuwachsraten sind derzeit die Regel. Neue Arbeitsplätze entstehen; nach Schätzungen sind es bundesweit etwa 100 000. Die Windkraftindustrie ist eine neue Branche, die kräftig an Fahrt gewinnt. Im letzten Jahr lag der Stahlverbrauch im Bereich der Windkraft bereits über jenem im Bereich des Schiffbaus. Das heißt, hier tut sich mächtig etwas, und im nächsten oder übernächsten Jahr wird die Windkraft die Bedeutung der Wasserkraft in der Bundesrepublik überholen. Die Umweltweisen stellen daher der Bundesregierung in diesem Bereich ein gutes Zeugnis aus.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nur in diesem!)

So, Herr Haas, jetzt kommen wir zur Landesregierung.

(Abg. Knapp SPD: Wieso, der Haas versteht doch davon nichts!)

Der Kontrast zwischen Land und Bund könnte nicht größer sein, Herr Haas.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das fängt beim Geld an. Während im Laufe der großen Koalition unter Minister Spöri seinerzeit 20 bis 30 Millionen DM in diesen Bereich flossen, wurden diese Ausgaben unter Herrn Döring auf etwa 10 Millionen – wohlgemerkt DM – abgesenkt. Lediglich im letzten Jahr gab es einen leichten Anstieg; aber Bayern und Nordrhein-Westfalen geben noch immer ein Vielfaches dessen aus, was in Baden-Württemberg in diesen Bereich fließt.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Bei uns ist halt der Minister eine Windmühle!)

Die Landesregierung hat zwar gesagt, wie sie das Verdopplungsziel erreichen möchte, aber sie hat nur ein mickriges Programm vorgelegt, ein Programm, das der Größe der Aufgabe nicht angemessen ist, und selbst bei der Umset-

(Dr. Witzel)

zung dieses winzigen Programms hapert es vorne und hinten. Sie können das alles in der Drucksache nachlesen.

(Abg. Knapp SPD: Das brauchen wir nicht, wir wissen Bescheid!)

Ich möchte nur ein Beispiel nennen, und das sind die staatlichen Liegenschaften. Sie reichen von den Universitäten über die Finanzverwaltung bis hinunter zu den Polizeiposten und Ähnlichem. Bezüglich dieses großen Bestandes der staatlichen Liegenschaften wurde erklärt: Wir werden uns darum kümmern, die erneuerbaren Energien zu nutzen. Aber was ist zwei Jahre nach der Formulierung des Verdoppelungsziels herausgekommen? Dies ist in der Antwort auf die Große Anfrage ausgeführt, und ich glaube, die Regierung muss sich schlicht schämen, wenn sie diese Zahlen vorlegt.

(Beifall des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Im gesamten Gebäudebestand des Landes wurden ganze 130 Objekte untersucht,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Lächerlich!)

und von diesen Objekten wurden noch nicht einmal 50 %, noch nicht einmal 20 %, noch nicht einmal 10 % realisiert, sondern lediglich ganze acht Objekte. Wenn man sich anschaut, was realisiert wurde, kommt man auf noch weniger.

Ich darf darauf hinweisen, dass da zum Beispiel das „Haus der Natur“ auf dem Feldberg aufgeführt ist. Da wurde wahrscheinlich eine Holzheizung eingebaut. Dass da in ein Haus mitten im Schwarzwald, am Rande des Naturschutzgebiets, eine Holzheizung reinkommt, ist doch schlicht und einfach selbstverständlich.

(Lachen des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Das Gleiche gilt für das Forstamt Sankt Märgen. Dass man in einem kleinen Forstamt mitten im Schwarzwald einen Holzofen einbaut, ist doch selbstverständlich. Das heißt, diese acht Maßnahmen schrumpfen sogar noch zusammen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Das meine ich, wenn ich sage: Das ist ein mickriges Programm.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung versteckt sich hinter der Bundesregierung. Sie sagt, die Bundesförderung sei gut, deshalb stelle sie ihre Solarförderung völlig ein.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

– So ist es, leider, Herr Hofer. Aber die Zahlen sprechen dagegen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir von der Landtagsfraktion haben damals ein Gutachten vorlegen lassen, wie dieses Verdoppelungsziel erreicht werden kann. Herr Nitsch, der dieses Gutachten verfasst hat, sitzt auf der Zuhörertribüne und kann das bestätigen. Auch die Landesregierung sagt, dass das Gutachten in sich

schlüssig ist. In diesem Gutachten wird gesagt, neben der Bundesförderung müssten noch erhebliche Landesmittel bereitgestellt werden, damit das Verdoppelungsziel erreicht werden könne. Herr Hofer, das steht auch nicht im Gegensatz zur Auffassung der Landesregierung, sondern die Landesregierung bestätigt das ja; denn – ich darf zitieren – auf Seite 16 der Drucksache 13/134 heißt es:

Unbestreitbar ist, dass dafür

– gemeint ist das Verdoppelungsziel –

insgesamt in den Jahren bis 2010 deutlich mehr Mittel für die Unterstützung derartiger Technologien aufgewendet werden müssen, als dies gegenwärtig der Fall ist.

Da steht es schwarz auf weiß: Die Landesregierung tut zu wenig.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Walter GRÜNE: So ist es!)

Wir werden wahrscheinlich gleich, wenn Herr Döring ans Mikrofon tritt, hören, dass die Landesregierung auch hier wieder versucht, die Schuld der Bundesregierung zuzuschieben. Zum Kraftwerk Rheinfelden sagt sie, die Bundesregierung tue zu wenig.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist auch so!)

Aber darüber wird man zu gegebener Zeit noch diskutieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

– Herr Birk, warten Sie ab. Die Diskussion wird gleich geführt werden.

Was muss das Land tun? Wir sehen drei wichtige Punkte.

Erstens: Die Nutzung der thermischen Solarenergie ist zwar im Bereich der Ein- und Zweifamilienhäuser gut, aber im Bereich des Geschosswohnungsbaus muss mehr getan werden. Hier könnte die Landesregierung einen Schwerpunkt setzen, indem sie für Solarsiedlungen nicht nur ein Modellprojekt schafft, sondern versucht, das flächendeckend umzusetzen.

(Beifall bei den Grünen)

Zweitens: Die Stärke des Landes bei der Nutzung der erneuerbaren Energien muss die Biomasse werden. Es gibt zwar ein Förderprogramm für die Holzenergienutzung

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

mit 150 Anlagen, aber 150 Anlagen sind im Flächenland Baden-Württemberg schlicht zu wenig. Hier muss mehr in die Breite gearbeitet werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Drittens – damit komme ich zum zweiten Thema –: Die Genehmigung von Windkraftanlagen und von Wasserkraft-

(Dr. Witzel)

anlagen muss geregelt werden, damit die Investoren nicht mehr gehindert werden, hier im Lande Investitionen zu tätigen.

Wie sieht es bei der Windkraft aus?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Viel Wind um nichts!)

Ich darf zunächst zitieren, was der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung gesagt hat. Das Zitat stammt angeblich von Mao, aber ich habe das nicht genau überprüft.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Von Mao oder von Döring!)

Aber dieses Zitat ist schon erstaunlich. Es lautet:

Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern, die anderen Windmühlen.

(Ministerpräsident Teufel: Das wurde in einem anderen Zusammenhang gesagt!)

Ich darf dieses Zitat folgendermaßen interpretieren: Draußen im Lande tut sich etwas. Draußen im Lande vollzieht sich die Wende, dort bewegt sich etwas, dort weht der Wind des Wandels. Da gibt es zahlreiche Initiativen; da wird etwas getan:

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Genau so ist es!)

für Solaranlagen, für Biogasanlagen und auch für Windkraftanlagen. Aber in der Villa Reitzenstein, hier in Stuttgart in Halbhöhenlage, sitzt der Ministerpräsident und mauert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Er mauert gegen die Windkraft. Das habe ich mir übrigens nicht aus der Nase gezogen, sondern es gibt eine Presseerklärung vom 24. September aus der Villa Reitzenstein, in der sinngemäß steht: Alle, die etwas gegen die Windkraft haben, werden bei der Landesregierung Unterstützung für eine restriktivere Genehmigungspraxis finden.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Der Ministerpräsident nennt dann auch Zahlen. Er spricht von 350 zusätzlichen Windkraftanlagen. Dann heißt es ganz bedeutungsschwanger – ich zitiere –: „Was das für unser Landschaftsbild bedeuten würde, kann sich jeder leicht ausrechnen.“

(Abg. Döpfer CDU: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Jetzt sage ich nur eines: Glücklicherweise hat der Ministerpräsident hier nicht den Rückhalt seines Kabinetts.

(Abg. Teßmer SPD: Aha!)

Denn auch Herr Döring – Herr Döring, ich muss Sie einmal loben –

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Teßmer SPD: Vorsicht!)

hat eine Presseerklärung herausgegeben, und zwar am 8. März 2002.

(Abg. Teßmer SPD: Muss er ja!)

In dieser Presseerklärung sagt er: Wir brauchen bis zum Jahr 2010 zusätzlich 750 Gigawattstunden an Windkraft.

(Abg. Teßmer SPD: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Wenn man das anguckt, Herr Döring, stellt man fest, dass das ziemlich genau die 350 Anlagen sind, vor denen Herr Teufel so warnt. Herr Döring, es ehrt Sie, dass Sie hier der Windkraft eine klare Perspektive eröffnen.

(Abg. Drexler SPD: Aber er macht nichts! Er macht nur Wind! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Der Minister ist die Windmühle selber!)

Es spricht natürlich nicht für Sie, Herr Döring, dass Sie, der Sie sonst mit riesigem Aufwand jede Sau durchs Dorf treiben, diese Zahl einfach auf Seite 6 Ihrer Presseerklärung verstecken, sodass nur Spezialisten das lesen können. Es wäre besser, Sie würden das im Kabinett durchsetzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich würde Sie bitten, Herr Döring, dass Sie hier an dieser Stelle klar etwas dazu sagen, wie Ihre Presseerklärung in dieser Sache zu verstehen ist.

Darauf, wie denn Windkraftanlagen zu genehmigen sind, wie das mit der Vorrangfläche ist,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Döring ist ein Dampfplauderer! – Abg. Drexler SPD: Der ist Dampfplauderer und Windmaschine!)

möchte ich in der zweiten Runde eingehen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Alfred Haas CDU: Das war viel Wind um nichts!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Knapp.

Abg. Knapp SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat beschlossen, den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010 gegenüber dem Stand des Jahres 2000 zu verdoppeln. Die Landesregierung macht aber gar nichts, um dieses Ziel zu erreichen. Alle bisher erreichten Fortschritte bei der CO₂-Reduktion und beim Ausbau der erneuerbaren Energien im Land sind Erfolge, die ausschließlich auf die Programme der rot-grünen Bundesregierung gefolgt sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Drexler SPD: Natürlich! Das ist klar! – Zurufe der Abg. Hauk und Scheuermann CDU)

Das sind das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz und Marktanzreizprogramme, die nur von der Bundesregierung geschaffen wurden.

(Knapp)

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Scheuermann, nicht aufregen! – Abg. Dr. Caroli SPD: Das Riechfläschen für Herrn Scheuermann!)

Sich besser mit fremden Federn zu schmücken, als es die Landesregierung von Baden-Württemberg tut, ist fast nicht mehr möglich. Das wäre ja noch einsehbar, wenn die Landesregierung die Bemühungen, die durch die Gesetzgebung der Bundesregierung allerorten gemacht werden, um im Bereich der erneuerbaren Energien weiter voranzukommen, nicht bekämpfen würde, sondern wenn diese Bemühungen wenigstens Unterstützung erfahren würden.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Nicht umsonst hat der Ministerpräsident von den Umweltverbänden den „Dinosaurier des Jahres“ erhalten.

(Abg. Teßmer SPD: Das hat aber nichts genützt!)

Übrigens: Auch als Dinosaurier kann man deutlich mehr leisten, als bei uns geleistet wurde.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Drautz FDP/DVP: Woher wollen Sie das wissen?)

Das Land Sachsen, das gestern mit dem Rücktritt seines Ministerpräsidenten einen Dinosaurier verloren hat, hat allein bei der Windkraft im Jahr 2001 etwa die dreifache Menge dessen dazugebaut, was Baden-Württemberg hinzugebaut hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Darauf braucht man nicht stolz zu sein!)

Auf die Frage, wie das Ziel der Verdoppelung der regenerativen Energien erreicht werden soll, hört man immer nur Ausflüchte wie: Wir wissen, dass diese Verdopplung ein hehres Ziel ist. Das heißt: Die Landesregierung sagt heute schon indirekt, dass sie dieses Ziel nicht erreichen wird.

Dabei müssen wir uns aber auch nochmals die Größenordnung vor Augen führen. Wir reden von einem Ausbau von knapp 3% auf knapp 6% des gesamten Energieaufkommens. Wir reden also nicht von einem Ausbau von 10, 20, 30 % in Richtung 60 %, sondern von einem Ausbau von 3 % auf 6 %, und schon dieses Ziel ist für die Landesregierung von Baden-Württemberg zu viel.

In der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage Drucksache 13/134 schreibt das Wirtschaftsministerium, dass die Energieerzeugungsmenge von knapp 10 000 Gigawattstunden regenerativ erzeugter Energie im Jahr 2000 auf knapp 13 000 Gigawattstunden im Jahr 2005 gesteigert werden soll. Die Betonung liegt hier auf „soll“. Das heißt, die Landesregierung glaubt heute schon nicht mehr an das beschlossene Ziel; denn zur Zielerreichung sind 2010 mehr als 20 000 Gigawattstunden notwendig.

Kommen wir zur Windkraft. Hier ist die folgende absurde Situation eingetreten: Während zur Zielerreichung mindestens das Vierfache – wir sollten aber sehr viel mehr erreichen – der heute vorhandenen Leistung dazugebaut werden muss, laufen höchste Landespolitiker – Sie, Herr Ministerpräsident – durch die Gegend und machen Werbung für eine restriktive Handhabung bei der Genehmigung neuer

Windkraftanlagen. In dem vorauseilenden Gehorsam der CDU-geführten Genehmigungsbehörden

(Widerspruch bei der CDU)

wird natürlich mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt, was auch immer beantragt wird.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Ich nenne hier nur das Beispiel Freiburg. Da wird abgelehnt, was auch nur abzulehnen ist.

(Zurufe der Abg. Alfred Haas und Scheuermann CDU)

Noch absurder wird die Situation, wenn wir das Genehmigungsverfahren anschauen. Der Verband Region Stuttgart kann heute nur noch unter anwaltlicher Begleitung mit dem Wirtschaftsministerium reden, um überhaupt zu wissen, wie die Ausweisung für Windkraftstandorte erfolgen soll. Denn dort hat sich innerhalb von einem Jahr die Zielsetzung der Landesregierung völlig geändert.

Ich denke, wir müssen hier Folgendes erreichen: Wir müssen Vorrangflächen und Vorranggebiete haben, wir müssen einen breiten Bereich an Windkraftstandorten, an Gebieten haben, wo es möglich ist, Windkraftanlagen zu bauen, und wir werden auch einen kleinen Bereich Ausschlussgebiete haben müssen. Das ist völlig klar. Aber bei dieser Ausweisung – das ist eine dreistufige Ausweisung – kann es nicht sein, dass man sagt: Man möchte restriktiv ganz wenige Vorranggebiete und möchte alles, was außerhalb der Vorranggebiete liegt, als Ausschlussgebiet sehen. Dies widerspricht übrigens auch § 35 des Baugesetzbuchs, der Windkraft privilegiert.

Ich möchte kurz zur Wasserkraft kommen und hier vor allem zum Ausbau der großen Wasserkraft. In Europa ist die 10-Megawatt-Grenze für die Unterstützung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz gefallen. Wenn Sie nun bereit sind, mit uns zusammen die große Wasserkraft auszubauen, dann sorgen Sie dafür, dass wir in Deutschland die 5-Megawatt-Grenze, die im Erneuerbare-Energien-Gesetz jetzt noch vorhanden ist, kippen. Aber dazu ist es notwendig, dass Sie zustimmen, wenn die Bundesregierung das Erneuerbare-Energien-Gesetz fortschreibt, und dass Sie es nicht wie bei seiner Einführung ablehnen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wir warten auf Vorschläge!)

Das heißt, Sie müssen mit uns zusammen zustimmen und daran arbeiten.

Bei den erneuerbaren Energien gibt es auch weitere Faktoren zu berücksichtigen, zum Beispiel eine landwirtschaftliche Komponente. Wir wissen alle, dass es unserer Landwirtschaft nicht gerade ideal gut geht.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Verstehen Sie etwas davon?)

Wir haben im Bereich des Ausbaus der erneuerbaren Energien enorme Chancen für die Landwirtschaft, im Bereich Biogas und Biomasse allgemein. Das heißt, wir müssen die Landwirte dazu bringen – und dazu gehören auch Vorga-

(Knapp)

ben des Landes –, neben ihrem Einkommen aus der Landwirtschaft auch ein Einkommen aus der Energiewirtschaft, also als Energiewirte zu erzielen.

Wir werden zukünftig nicht immer nur Biomasse, die heute fast als Abfall bezeichnet werden kann, haben, sondern wir werden wegen des massiven Ausbaus der Biomassenutzung, der übrigens auch in Ihrem Ziel enthalten ist, zusätzlich Biomasse erzeugen müssen. Das heißt, auch dort machen wir für die Landwirtschaft einen neuen Bereich auf, in dem verdient und die Landwirtschaft unterstützt werden kann.

Der letzte Punkt im Bereich der Landwirtschaft betrifft den Anbau von Raps zur Erzeugung von Biodiesel. Ich denke, wir haben enorme Chancen, das Einkommen der Landwirte und die Sicherung der Landwirte dadurch voranzutreiben, dass wir auch in Baden-Württemberg eine Anlage zur Erzeugung von Biodiesel aufbauen.

(Abg. Hauk CDU: Wir haben doch schon jede Menge davon! – Abg. Teßmer SPD: Ist doch nicht wahr! – Abg. Hauk CDU: In Mannheim die größte! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Sie wechseln da etwas!)

Das alles muss man wollen.

Ein weiterer Faktor, der oftmals komplett verkannt wird – –

(Abg. Oettinger CDU: Nicht ablesen! – Unruhe)

– Ich lese nicht ab. Ich habe ein paar handschriftliche Notizen, aus denen ich zu formulieren versuche, Kollege Oettinger.

(Abg. Alfred Haas CDU: Und wer hat diese Notizen aufgeschrieben?)

Ein weiterer Faktor, der in Baden-Württemberg komplett verkannt wird, ist der Wirtschaftsfaktor, den die erneuerbaren Energien darstellen. Wir haben mit den erneuerbaren Energien einen enormen Wachstumsmarkt vor uns.

(Unruhe – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU – Glocke des Präsidenten)

Mit den erneuerbaren Energien haben wir eine riesige Chance im Exportbereich. Allein die Windkraft hat im Jahr 2001 für einen Export im Wert von einer halben Milliarde Euro gesorgt. Ich denke, dadurch sind eine Menge Arbeitsplätze geschaffen worden, in der Windkraft 3 600 in der Bundesrepublik im Jahr 2001.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: 35 000!)

Ich möchte noch etwas einfließen lassen. Herr Minister Döring, wir haben zusammen mit einer Wirtschaftsdelegation 13 Ministerien besucht. In fünf Ministerien wurde das Thema Energie als einer der wichtigsten Faktoren angesprochen.

(Abg. Fleischer CDU: Von Ihnen!)

– Nicht von mir.

(Abg. Fleischer CDU: Doch! Ich war ja dabei!)

Bei fünf Ministerien wurde das Thema Energie angesprochen, und ich habe es aufgenommen, Kollege Fleischer, und dort angesprochen, weil von unserem Wirtschaftsminister auf das Thema Energie nicht reagiert wurde.

(Abg. Fleischer CDU: Herr Knapp, nur Sie haben es thematisiert!)

Das muss man einfach sehen. Wir brauchen für eine funktionierende Wirtschaft in den Ländern, die noch nicht so weit sind wie wir, eine gute Energiewirtschaft.

Es ist nicht nur richtig und wichtig, in die Forschung zu investieren, sondern wir müssen in die Umsetzung der erforschten Ergebnisse investieren, denn nur in der Umsetzung werden Arbeitsplätze geschaffen. Hier sind wir nun einmal nicht Spitze. Wir sind sehr gut in der Forschung – das hat der Kollege Witzel auch schon angesprochen –, aber wir sind nicht gut in der Umsetzung. Für Umsetzungsprogramme gibt zum Beispiel Bayern fast das Vierfache und Nordrhein-Westfalen sogar fast das Siebenfache an Unterstützung aus.

Vor allem vor dem Hintergrund, dass Baden-Württemberg 60 % seiner Energie aus Kernkraft erzeugt, sollten wir massiv in die Unterstützung der erneuerbaren Energien einsteigen. Die Bundesrepublik insgesamt hat nur 30 % Kernkraftanteil, das heißt, der Bedarf in den restlichen Bundesländern ist nach dem Atomkonsens weniger groß als in Baden-Württemberg.

(Abg. Kübler CDU: Jetzt reicht es!)

Ein letzter Satz zur Hannover Messe. Die Hannover Messe hat in diesem Jahr den Schwerpunkt erneuerbare Energien. Wenn die Hannover Messe als große Produktionsmesse schon diesen Schwerpunkt hat, dann ist, muss man sagen, dort erkannt worden – im Gegensatz zu unserer Landesregierung –, dass erneuerbare Energien in der Zukunft ein großer Wachstumsmarkt sind. Die MVV als baden-württembergisches Energieversorgungsunternehmen hat angekündigt, größter Anbieter im Bereich der erneuerbaren Energien zu werden. Das heißt, unsere Energieversorger sind wesentlich weiter als unsere Landesregierung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Ich möchte zum Schluss die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen aufrufen: Folgen Sie uns beim stärkeren Ausbau der erneuerbaren Energien aus umweltpolitischer Sicht, aus wirtschaftlicher Sicht und zur Sicherung unseres Exports, und wir werden gemeinsam an einem Strang ziehen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Witzel GRÜNE – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, zu diesem Tagesordnungspunkt rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/928, zum Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/269, mit auf.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Brenner.

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt in der Volkswirtschaft die Theorie der komparativen Kostenvorteile. Diese beschreibt, dass jeder das machen soll, was er am besten kann, oder das, wofür die notwendigen Bedingungen am besten sind. Diese Theorie bezieht sich vor allem auf die Nutzung vorhandener Bodenschätze, aber auch auf die landwirtschaftliche Produktion mit Einflüssen von Boden, Klima und effektiver Bearbeitung. Aber diese Theorie gilt natürlich ebenso für die Energieproduktion und insbesondere für die Nutzung von erneuerbaren Energien.

Es wird gesagt – auch im vorliegenden Antrag der Grünen –, dass Baden-Württemberg bei der Nutzung von Windenergie Schlusslicht sei

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Vor dem Saarland, ja!)

und dass diese deshalb ausgebaut werden müsse. Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist in der Bundesrepublik auch bei der Kabeljaufischerei Schlusslicht. Aber trotzdem bauen wir diese nicht aus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Heiterkeit bei der CDU)

Ich könnte aus der Gegend, aus der ich stamme, in diesem Zusammenhang den Mummelsee anbieten. Aber ich glaube nicht, dass dies einen Wert hätte.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Ohne Ironie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Dies allein ist kein Grund, massiv in eine bestimmte Energieform einzusteigen,

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

für die bei uns die Bedingungen komparativ schlechter sind als anderswo,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das stimmt ja nicht! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

zumal wir, Herr Drexler,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD – Weitere Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Potenziale bei anderen erneuerbaren Energieformen haben, die wesentlich besser sind und die sich auch deutlich wirtschaftlicher nutzen lassen.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt doch nicht! Gucken Sie doch den Windatlas an! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Abg. Dr. Brenner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel?

(Zurufe von der SPD)

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Gern. Aber er kann ja nachher noch einmal ausführlich Stellung nehmen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Heißt das ja oder nein? – Abg. Dr. Reinhart CDU: Kabeljaufachmann!)

– Herr Witzel, bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Kollegin, können Sie mir bestätigen, dass in den Hochlagen des Schwarzwalds teilweise ähnlich gute Windverhältnisse bestehen wie an der Küste Deutschlands?

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Windatlas! – Gegenruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Sehr geehrter Herr Witzel, da ich aus den Hochlagen des Schwarzwalds komme, kann ich dies aus eigener Erfahrung nicht bestätigen.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der SPD und den Grünen)

Lassen Sie mich ein Problem im Bereich Windenergie etwas näher beleuchten. Es scheint gerade so –

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

– Wollen Sie mir jetzt zuhören oder nicht?

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Sie können auch aus dem Saal gehen, Frau Haußmann, anstatt hier dauernd dazwischenzureden.

Bezüglich der Windenergie scheint es, als ob sich manche Betreiber im Moment selbst ein Bein stellen, weil sie bei der Auswahl der Standorte nicht so sorgfältig vorgehen, wie es eigentlich nötig wäre. Für die ersten Anlagen, die bei uns stehen und die vor etwa fünf Jahren gebaut wurden, wurden noch monatelang Windmessungen durchgeführt. Übrigens gab es in unserer Gegend früher keine Windmühlen, aber sehr viele Wasserräder. So dumm waren unsere Vorfahren auch nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Fischer SPD und Boris Palmer GRÜNE – Gegenrufe von der CDU)

– Herr Palmer! – Heute werden keine Windmessungen mehr durchgeführt. Vielmehr wird die Diskussion mit nicht nachprüfaren Computersimulationen vernebelt, und zwar aus dem Grund, weil eine Simulation am PC kostengünstiger ist als eine einjährige Windmessung.

In jüngster Zeit hat es auch den Anschein, als ob Standorte danach ausgesucht werden, wo zufällig gerade eine Wiese verfügbar ist.

(Abg. Kübler CDU: Richtig!)

Ich habe schon die ersten Briefe von Anteilseignern an Windkraftanlagen, die klagen, weil die versprochene Windernte nicht so hoch ausfällt, wie für den Gewinnplan angezielt.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

(Dr. Carmina Brenner)

Nach dem dritten Jahr, das ein Betreiber als windschwach deklariert, fällt es dann auch Idealisten auf, dass ein paar Angaben im Prospekt wohl nicht so ganz stimmen können.

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern und auch zu unseren nördlichen Bundesländern werden in Baden-Württemberg hauptsächlich Anträge für Einzelanlagen gestellt. Das erhöht zweifellos die Kosten, weil die Zufahrt und der Anschluss an das Stromnetz jeweils extra geschaffen werden müssen. Abgesehen davon glaube ich, dass gegen eine Konzentration mehrerer Anlagen als Windpark an einem sorgfältig ausgewählten Standort keiner etwas einzuwenden hätte, zumal dies auch die infrastrukturellen Investitionen wirtschaftlicher gestaltet.

Wir haben in unserem recht dicht besiedelten Bundesland bis jetzt – manchmal auch sehr mühsam – eine Trennung der Industrie- und Besiedlungszonen von den Natur- und Erholungszonen durchgehalten. Dieses Prinzip wird jetzt durch die Privilegierung aufgebrochen. Die steigende Zahl von Einzelanlagen auf jedem Katzenbuckel dieses Landes

(Abg. Teßmer SPD: Es gibt nur einen Katzenbuckel!)

geht inzwischen auch vielen Bürgern über die Hutschnur.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich halte auch nichts davon, wenn man in einem dicht besiedelten Land auch noch den letzten unberührten Hang mit Zeichen dieser Industriegesellschaft zupflastert.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Oh Jesses!)

– Herr Salomon, ich darf Sie auffordern: Lesen Sie hierzu einmal Lukács – das ist übrigens ein Marxist –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Damit hat Salomon nichts am Hut!)

zur Alltagsästhetik.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Haben Sie den etwa gelesen? – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, damit man ein Windrad aufstellen kann, muss zunächst ein Lkw fahren können. Diesen Weg muss man meist erst bauen, das heißt versiegeln und verdichten. Der Strom einer solchen Anlage muss ins Netz eingespeist werden. Das bedeutet: aufgraben einer Strecke für ein Erdkabel, zuschütten. Vor allem bedeutet dies Grunddienstbarkeiten für die Nachbargrundstücke.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Es ist ja alles so furchtbar! – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Privilegierung kann nicht heißen, dass ausgerechnet und nur noch in bisher landwirtschaftlich naturbelassenen Gewannen Windräder gebaut werden. Ökonomisch sinnvoll sind diese in der Nähe von Infrastruktur, also Straßen, Zufahrten, Stromleitungen. Viele Experten sind inzwischen übrigens auch der Ansicht, dass aufgrund von Effekten, die

die Bürger kritisieren – also Diskoeffekt, Schlagschattenwurf und der abgestrahlte Infraschall;

(Abg. Knapp SPD: Vogelschlag, Auerhahnbalze!)

das bestätigt übrigens auch Greenpeace in Norddeutschland –, solche Anlagen einen Abstand zu Wohnbebauungen von etwa einem Kilometer einhalten sollten. Ich kenne Fälle, in denen man mit aller Gewalt in weniger als 500 Metern von der Wohnbebauung entfernt Windräder aufstellen möchte.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wo haben Sie denn die Atomkraftwerke hingebaut? – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Mich wundert es dann nicht mehr, dass die Bürger, die dort wohnen, das nicht wollen, vor allem wenn es bessere Alternativstandorte gibt. Wenn die Windkraftanlagenbetreiber ihre Standorte sorgfältiger auswählen würden, gäbe es wesentlich weniger Ärger in diesem Land. Mit unausgegorenen 08/15-Standorten sorgt man mit Sicherheit dafür, dass die Windenergie in einen schlechten Ruf gerät. Daran ist nicht die Landesregierung schuld, sondern dies ist die Schuld einiger Betreiber.

Wir versuchen über das Landesplanungsgesetz diese Entwicklung zu kanalisieren und zu konzentrieren, da das die Experten unter den Betreibern offensichtlich nicht selbst können.

(Abg. Teßmer SPD: Hilfe!)

Es soll Ausschlussgebiete geben, in denen keine Windanlagen zugelassen werden. Für Windanlagen soll es Vorrang- oder Eignungsgebiete geben.

In Vorranggebieten darf nur Windenergie produziert werden. Dies bedeutet, dass dort selbst die landwirtschaftliche Nutzung eingeschränkt ist. Eine verträgliche gewerbliche Nutzung wäre gar nicht möglich. Diesen Weg halte ich deshalb für falsch.

In Eignungsgebieten können neben der Windkraft auch andere Nutzungen zugelassen werden, natürlich in sorgfältiger Abwägung. Ich meine, wenn schon in eine Fläche eingegriffen wird, dann wäre dies der bessere Weg.

Meine Damen und Herren, bei Windstille und Sturm läuft kein Windrad. Bei schwankender Windstärke liefert es schwankende Leistung. Das heißt, konventionelle Kraftwerke müssen dauernd vorgehalten werden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig! – Zuruf des Abg. Knapp SPD)

Diese laufen dann ineffizient in Teillast. Das hat dann den Effekt: Was uns die Windkraftanlagen an CO₂ einsparen, wird durch die im Vorhaltebetrieb laufenden konventionellen Kraftwerke wieder in die Luft geblasen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das heißt, Sie halten Windkraftwerke für Unsinn! – Abg. Knapp SPD: Also produziert Windkraft CO₂?)

(Dr. Carmina Brenner)

Im Binnenland werden von der möglichen Leistung eines Windrads bei besten Bedingungen im Durchschnitt 20 % erreicht. Das steht meist in keinem dieser farbigen Prospekte. Beachten Sie bitte auch das Darmstädter Manifest: Weit über 100 Professoren aus den Bereichen Maschinenbau, Physik, Elektrotechnik, Strömungslehre und Geologie weisen darauf hin, dass nicht alle Gebiete gleichermaßen für Windkraft geeignet sind, die wenigsten im Binnenland.

(Abg. Teßmer SPD: Dazu brauche ich nicht Professor zu sein!)

Die Unterzeichner sind Fachleute, die Sie auch gern zitieren. An der Kompetenz dieser Fachleute besteht kein Zweifel.

Aber, Herr Palmer, ich darf Ihnen jemand zitieren, den Sie eigentlich akzeptieren müssten. Helgo Bran

(Lachen bei den Grünen)

war der energiepolitische Sprecher der Grünen im Landtag vor Ihrer Zeit.

(Abg. Fleischer CDU zu den Grünen: Ihr Kollege!)

Er sagt inzwischen, im Schwarzwald und auf der Schwäbischen Alb sei die Windkraft unökologisch und unwirtschaftlich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Und führt die Bürgerinitiative an!)

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Witzel, Windenergie ist ein Standbein im Konzert der erneuerbaren Energien. Sie wird sich dort durchsetzen, wo sie aufgrund der geologischen und klimatischen Bedingungen ökonomisch sinnvoll ist. Schauen Sie nach China, das seine Energieproduktion massiv aufbaut und auch aufbauen muss. Oder schauen Sie nach Kalifornien, nach Argentinien und nach Brasilien, wo es genügend unberührte Landstriche mit guten Bedingungen gibt und wo die Windenergieanlagen auch niemanden stören.

Herr Knapp hat den Export erwähnt. Unsere Unternehmen in Deutschland sind erfreulicherweise bei diesem Export recht gut dabei.

In Baden-Württemberg sind die Bedingungen eben suboptimal, und das kann keiner ändern.

(Abg. Knapp SPD: Das liegt an der Landesregierung! Wir haben eine suboptimale Regierung!)

– Nein. – Das ändert keine Ideologie, und das ändert auch keine rosarote oder grüne Brille, denn das hat etwas mit Physik und Klima und nicht mit dem Parteibuch zu tun.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Windenergie ist in suboptimalen Gebieten auch nur so lange interessant, wie die jetzige hohe Einspeisevergütung anhält. Die EU betrachtet ja Anlaufsubventionen eher tole-

rant, wünscht Dauersubventionen aber keineswegs. Es ist nicht damit zu rechnen, dass das EEG in seiner jetzigen Form in alle Ewigkeit bestehen bleibt,

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

zumindest nicht mit den jetzigen hohen Einspeisevergütungen. Dann ist die Windenergie in suboptimalen Gebieten tot. Sie wird sich nur in besonders geeigneten Gebieten halten, und das ist nicht bei uns.

Bleiben wir also vernünftig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nützen wir unsere hervorragenden Potenziale an erneuerbaren Energien, die wir hier in unserem Bundesland reichlich haben. Was ist also geeignet?

Biomasse – Sie haben es erwähnt, Herr Kollege. Wir haben genügend Restholz in unseren Wäldern. Das Landwirtschaftsministerium hat jetzt sein Förderprogramm für Holzheizungen neu aufgelegt. Vom Stückholz über Hackschnitt bis zu Pellets ist auch dadurch, dass es eine ganz neue Heizkesseltechnologie gibt, inzwischen für jeden etwas dabei: für die Kommunen und auch für die Privaten.

Biogas ist inzwischen für viele Landwirte und viele Kommunen interessant. Grasschnitt, Gülle, Fettabfälle aus der Gastronomie können vergoren werden, und das Gas kann genutzt werden. Hier sind die Potenziale bei uns sicher recht hoch.

Die Wasserkraft halte ich für eine sehr ökologische Alternative, gerade hier im Land. Unser Anteil ist ja bereits hoch.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Da tut sich aber auch nichts!)

Allerdings zeigt sich hier, wie kleinkrämerisch das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Das Kraftwerk Rheinfelden erhielt beim Ausbau keine Einspeisevergütung, Herr Walter. Es ist zu groß.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wollen Sie eine Subventionierung von Altanlagen?)

Eine Landeshilfe wird als direkte Subvention auch nicht gewährt. Das lässt die EU nicht zu. – Wir sprechen vom Neubau, Herr Dr. Witzel.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wie soll denn die aussehen?)

Diese Situation ist meiner Meinung nach – ich sage es jetzt vornehm – subintelligent.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Saublöd!)

Stellen Sie sich mal die Situation vor: Wir könnten unseren Anteil an Wasserkraft im Land fast verdoppeln, dürfen es aber nicht. Aber wir dürfen Windrädle bauen, die kaum die halbe Zeit laufen. Also das wäre glatt eine Kniffelfrage für PISA.

(Dr. Carmina Brenner)

Nun zur Erdwärme. Wir haben dafür in Baden-Württemberg meist gute Voraussetzungen. In jedem Flusstal oder Tal eines kleinen Baches kann man durch wenige Meter Bohrungen das Grundwasser erreichen und dann Sonden einführen und die Wärme erschließen. Das ist kein Problem, und die Zahl der Genehmigungen steigt inzwischen erfreulich.

Bei der Solarenergie ist es so, dass wir für Photovoltaik wohl eher ein mittelprächtiger Standort sind. Aber normale Solarkollektoren, die bei uns etwa 50 % des warmen Wassers eines Haushalts liefern können, finden sich erfreulicherweise fast auf jedem Neubau. Auch jeder Heizungsbauer, der etwas auf sich hält, bietet seiner Kundschaft Solarkollektoren an. Das läuft wunderbar.

(Abg. Knapp SPD: Das ist eine andere Sonne!)

Sie sehen, wir haben viele Potenziale, und viele davon sind noch längst nicht genügend erschlossen. Wir können beim Einsatz der erneuerbaren Energien in unserem Land noch sehr viel tun, aber die Verbreitung, meine Damen und Herren, wird nur steigen, wenn die Konzepte vernünftig sind und sich auch auf Dauer rechnen. Ein Konzept wie das der Windenergienutzung, das in jüngster Zeit sogar darauf angewiesen ist, mit immer höheren Pachtbeträgen den Grundstücksbesitzern ihre Äckerle abzulocken und mit immer abenteuerlicheren Gewinnprognosen den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen, diskreditiert sich irgendwann einmal von selbst, spätestens wenn die hohe Einspeisevergütung niedriger wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es gibt zwei Sichtweisen. Wenn ich allein die Windenergie für sinnvoll halte, egal, aus welchen Gründen, muss ich natürlich Windräder bauen. Wenn ich aber den Anteil der erneuerbaren Energien in unserem Bundesland steigern möchte, muss ich die Potenziale nutzen, die optimal vorhanden sind. Das sind bei uns im Land eben Biomasse, Wasser, Erdwärme, aber nicht die Windenergie.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Knapp SPD: Oh! – Abg. Fischer SPD: Was soll der Beifall?)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema erneuerbare Energien, das Thema Windkraft und auch das Thema Verdoppelungsbeschluss sind an sich abendfüllende Themen. Die Große Anfrage und die damit verbundenen Anträge sind derartig detailliert und das Thema ist auch so emotional geladen, dass ich den Mut des Präsidiums bewundere, dazu unbegrenzte Redezeit zuzulassen. Ich möchte diesen Mut nicht überstrapazieren und deshalb zwei Themen unter dem Gesamtkomplex besonders herausstellen. Das eine ist natürlich das Thema Verdoppelungsbeschluss – ein Zwischenbericht zwei Jahre nach dem Beschluss, acht Jahre vor dem Ziel ist ja Hauptgegenstand der Großen Anfrage –, und das Zweite ist das Thema Vorrang- und Ausschlussgebiete für die Windkraft.

Zum Verdoppelungsziel: Es ist richtig, Herr Witzel, dass das Wirtschaftsministerium in der Antwort auf die Große Anfrage in schöner Offenheit sagt, dass unter den gegebenen finanziellen Bedingungen des Programms ein Gesamtziel finanziell bis zum Jahr 2010 nicht dargestellt werden kann. Wir haben übrigens einen neueren Antrag gestellt, der demnächst im Wirtschaftsausschuss behandelt wird, weil in der Zwischenzeit das Wirtschaftsministerium auch gutachterlich tätig geworden ist. In der Stellungnahme zu diesem Antrag wird noch deutlicher und mit noch schöner Offenheit gesagt, dass es etwa 38 Millionen € mehr pro Jahr bedarf – gestaffelt, zunächst sind es 18 Millionen €, dann sind es 36 Millionen € und dann 83 Millionen € –, um diesen jährlichen finanziellen Investitionsbedarf von 750 Millionen € bewältigen zu können.

Es ist auch richtig – ich begrüße das sehr –, dass nun von der Landesregierung darangegangen wird, das noch weiter detailliert zu untersuchen, und zwar sowohl, welche Instrumente man gezielt einsetzt – das muss man bei Finanzknappheit immer prüfen –, als auch, wie das mit den Gesamtfinanzen aussieht. Aber auch am Ende dieses Gutachtens wird klar sein – ich glaube, da sind wir alle Realisten –, dass man in diesem schönen Land schon mehr Geld gebrauchen könnte. Aber ich kann Ihnen sagen: Mehr Geld könnten wir für die Betreuungsangebote gebrauchen, mehr Geld könnten wir für den Straßenbau gebrauchen, mehr Geld vielleicht auch für die Bundeswehr und, und, und.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Stuttgart 21!)

Wenn wir jetzt einmal alles Kampfgetöse weglassen, ist die Frage, was wir unter den gegenwärtigen Umständen zielgerichtet tun.

Zunächst einmal finde ich es gut, dass man an dem Verdoppelungsbeschluss festhält und nicht sagt: In den acht Jahren tut sich nichts. Man tut vor allem deshalb gut daran, weil in diesem angeblichen Jammertal der Nutzung der erneuerbaren Energien einiges in diesem Lande geschieht.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Sie werden gleich fragen: Warum? Wir haben vorhin gehört – das hat die Kollegin Brenner sehr deutlich dargetan –: Wir haben einen breiten Zuwachs an erneuerbaren Energien in diesem Lande.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Dank der Bundesregierung! – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Ich sage mit genauso schöner Offenheit: Man mag die Bundesprogramme ordnungspolitisch ansehen, wie man will; in diesem Punkt sind sie wirkungsvoll.

(Bravo-Rufe von der SPD und den Grünen – Demonstrativer Beifall bei der SPD und den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wer wird das bestreiten? Ich füge jetzt aber eines hinzu. Das betrifft das Thema Mitnahmeeffekte und die Frage, inwieweit man das zusätzlich mit eigenen Programmen macht. Eines entgeht der Öffentlichkeit ganz offenbar – ich

(Hofer)

habe das in dieser Debatte auch noch nicht gehört, deshalb bringe ich es ein –: 22 % aller Förderbescheide des Bundes für Solaranlagen gehen nach Baden-Württemberg.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das ist weit mehr, als dem Bevölkerungsanteil entspricht. Warum ist das so?

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Sicherlich weil die Bürger und übrigens auch die Unternehmer in diesem Lande

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Cleverer sind!)

besonders aufgeschlossen für das Thema erneuerbare Energien sind. Das betrifft übrigens auch die Unternehmer und auch die großen Unternehmen, von denen Sie immer sagen: Die dürfen ja eigentlich gar nichts Gutes tun. Diesen Eindruck habe ich immer. Ich weise darauf hin, dass das Mannheimer Versorgungsunternehmen MVV immerhin dreistellige Millionenbeträge für Biomasseanwendung, für Windenergie- und für Solarnutzung ausgibt. Das sollte man eigentlich auch einmal erwähnen. Das ist nämlich auch Geld, das diesem Ziel zugute kommt. Da gibt es nicht gutes oder schlechtes Geld, sondern es gibt insgesamt Unterstützung.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Aber diese überdurchschnittlich hohen 22 % nach Baden-Württemberg gegangenen Förderbescheide machen ganz deutlich, dass zusätzliche Förderung vom Land ganz offenbar weitestgehend Mitnahmeeffekte hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Denn sonst müssten ja Länder wie Nordrhein-Westfalen oder Bayern, die ein Vielfaches an Komplementärfinanzierung dazugeben, auch einen vielfachen Anteil haben. Das ist überhaupt nicht der Fall. Alle Fachleute wissen das. Wenn man schon zielgerichtet und mit Prioritäten mit dem Geld umgeht, dann wird man Mitnahmeeffekte vermeiden wollen. Man wird schon gar nichts da tun, wo gar kein Geld nötig ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das möchte ich an dieser Stelle einmal sagen. So schlecht liegen wir übrigens gar nicht. Wenn wir nach oben schauen, dann sind natürlich Nordrhein-Westfalen und Bayern und übrigens auch Niedersachsen weit entfernt. Aber wir liegen von allen Bundesländern immer noch auf Platz 4. Das sollte man an dieser Stelle nicht ganz vergessen.

Die Förderung des Bundes – ich sage es noch einmal: ob sie ordnungspolitisch richtig ist, dazu kommen vielleicht nachher noch ein paar Bemerkungen – ist zumindest wirkungsvoll. Sie ist, wie ich meine, sehr üppig. Ich bin zum Beispiel der Meinung, dass es in der Regel gar keines Zuschusses für solarthermische Nutzung mehr bedarf. Das ist Stand der Technik. Fragen Sie doch einmal – bürgernah, wie Sie sind – Ihre Händler am Ort. Die sagen Ihnen: „Mir ist es weitgehend Wurst, ob es für solarthermische Maßnahmen noch einen Zuschuss gibt, denn die Zuschüsse sind

nicht höher als das, was im qualitativen Angebot an unterschiedlichen Preisen besteht.“ Die sagen: „Wir brauchen endlich Klarheit, weil wir nicht wollen, dass die Bürger immer in der Hoffnung, es werde etwas gefördert,“ – Sie kennen die schwäbische und die badische Mentalität –

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Die schwäbische!)

„so lange warten. Die wollen Klarheit haben, und dann werden sie es auch machen.“ Das ist dieser Punkt.

Der zweite Punkt ist: Bei der Windkraft brauchen wir Planungssicherheit, damit investiert und auch beschleunigt investiert werden kann. Aber für viele sind die Maßnahmen – Abschreibung, Einspeisevergütung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz – bereits so vorteilhaft, dass sie gar nicht mehr aus ökologischen Gründen investieren, weil Windräder für viele vermeintlich Geldrotationsdruckmaschinen sind,

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

solange eine Einspeisevergütung in dieser Höhe besteht. Da brauchen wir nicht noch Geld hinterherzuwerfen.

(Beifall des Abg. Döpper CDU – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Das wäre hinausgeworfenes Geld. Da brauchen wir Planungssicherheit. Auf dieses Thema komme ich nachher noch zu sprechen.

(Unruhe)

Es ist ganz richtig – da unterstütze ich meine Kollegin von der CDU ausdrücklich –: Die Förderung soll anstoßen. Die Förderung soll Innovation geben. Aber die Förderung muss darauf ausgerichtet sein, dass die Wirtschaft und die Gesellschaft in die Lage versetzt werden, erneuerbare Energien auf Dauer ohne solche zusätzlichen Landessubventionen einzusetzen. Das muss das Ziel sein.

Deshalb setzt das Land sehr richtig auf Forschung als Schwerpunkt in unserem Lande. Das ist sozusagen auch unsere „Duftnote“, und auf diesem Gebiet wird Herausragendes geleistet. 27 % aller Mittel, die in Deutschland in der Forschung für erneuerbare Energien ausgegeben werden, werden in Baden-Württemberg ausgegeben. Das führt zu großen Erfolgen. Denken Sie an all die Institute – ich will sie gar nicht aufzählen –, die hier gegründet wurden. Das ist unser Exportschlager!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das wirkt sich natürlich auf die Wirtschaft aus. Deshalb müssen wir diese Forschung breit ansetzen und auf alle regenerativen Branchen ausdehnen, ob wir diese Techniken bei uns anwenden oder nicht. Wenn nicht, wollen wir sie wenigstens exportieren; das ist selbstverständlich. Aber das, was wir in Baden-Württemberg umsetzen – da haben Sie Recht, Frau Brenner –, muss für die Anwendung in diesem Land sinnvoll sein. Da muss man unterscheiden. Das ist natürlich die Biomasse, und das ist die große Wasser-

(Hofer)

kraft, die man nutzen muss. Ich füge hinzu, dass wir meinen – das sehen wir vielleicht ein wenig differenziert, aber das schadet ja nichts; wir sind ja keine Kappenmannschaft, sondern eine Koalition –, dazu gehört auch die Windenergie.

Ich möchte noch kurz auf ein anderes Thema zu sprechen kommen. Sie haben vorhin gesagt, Herr Witzel, das würde „zu gegebener Zeit“ geschehen. Wenn ich dem Bürger sage, ich würde ihm „zu gegebener Zeit“ antworten, dann ist er sicher mit mir böse.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ich werde heute noch etwas sagen! Passen Sie auf!)

Deshalb muss ich auch sagen, dass ich nicht sehr glücklich bin, wenn Sie erklären, zu gegebener Zeit werde die große Wasserkraft ausgebaut. Die Modernisierung und der Ausbau der großen Wasserkraft der beiden Wasserkraftwerke am Rhein würde wesentlich mehr an Nutzung erneuerbarer Energien bringen als das gesamte 100 000-Dächer-Programm des Bundes.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb sollte man diesen Ausbau wirklich angehen.

Man hat sich eine Zeit lang hinter der EU versteckt und gesagt, die würde da nicht mitmachen. Das ist falsch. In der Beantwortung ist zu lesen, die EU würde es sogar gerne sehen, wenn die große und kleine Wasserkraft nicht unterschiedlich behandelt würden. Hier muss also der Bund tätig werden, und ich möchte uns selber auffordern, in diesem Punkt so bald wie möglich eine Bundesratsinitiative in die Wege zu leiten.

(Abg. Dr. Birk CDU: Gut!)

Noch ein Wort zum Thema Windkraft. Die Auseinandersetzung zwischen Windkraft und Landschaftsschutz, die uns auch immer wieder in den Schlagzeilen und Diskussionen begegnet, ist eigentlich eine stinknormale Angelegenheit.

(Abg. Scheuermann CDU: So ist es!)

Ich kann Ihnen sagen: In mehreren Jahrzehnten meiner kommunalen Tätigkeit habe ich mich mit dem Landschaftsschutz auseinander setzen müssen, wenn eine Straße gebaut, ein Baugebiet ausgewiesen oder eine Geschirrhütte oder auch nur ein Zaun errichtet wurde.

(Abg. Döpfer CDU: Maschendrahtzaun!)

Ganz ausnahmsweise gibt es beim Landschaftsschutz manchmal überzogene oder spitzfindige Argumentationen. Wer hat die nicht schon selbst erlebt? Man hat sich dann zusammengerauft, weil der Belang des Landschaftsschutzes immer wichtig ist. Das Besondere an der jetzigen Auseinandersetzung ist nur, dass ökologisch-missionarischer Eifer der Windkraftfreunde und -befürworter manchmal auf missionarisch-ökologischen Eifer von Landschaftsschützern trifft, beide aus der gleichen Familie stammend. Immer, wenn es Streit in an sich befreundeten Familien

gibt, sollte man sich tunlichst in Deckung bringen, weil es da hoch hergeht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir können das aber nicht, sondern wir als Landesgesetzgeber müssen entscheiden. Und wir entscheiden uns, meine Damen und Herren! Wir entscheiden uns insofern – und das ist durchgängig, das haben wir auf den Weg gebracht –, als wir den Windkraftbefürwortern, und dazu zählen wir uns auch, die Sicherheit geben und ihnen sagen, an welchen günstigen Standorten sie planen können. Im Übrigen gewähren wir dem Landschaftsschutz, was wir in diesem Land über Jahrzehnte hinweg – und Sie von der Opposition an erster Stelle – immer gefordert haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich sagen, wie wir das machen sollten: Natürlich sollte man das nicht von Ort zu Ort machen. Ich komme von der kommunalen Seite. Der regionale Ansatz, der auch vom Raumordnungsgesetz her kommt, ist richtig. Deshalb begrüßen wir auch, dass das in das Landesplanungsgesetz aufgenommen werden soll. Die Frage ist, wie das geschehen soll. Da besteht noch etwas Klärungsbedarf. Wie ich weiß, sollen das Justizministerium und das Innenministerium noch zwei Punkte klären. Dazu möchte ich einfach noch einmal ausholen, weil das ein wichtiger Punkt ist, der etwas untergegangen ist, insbesondere wenn ich an die derzeitigen Planungsstände in den Regionen denke.

Das Raumordnungsgesetz ermöglicht drei Kategorien: einen Vorrang, eine Verwirklichung dort, wo das geeignet ist, und einen Ausschluss. Das, was das Land plant, sind zwei Kategorien: Vorrang und Ausschluss. Wir sagen dazu „Schwarz-Weiß-Regelung“. Ich stelle das jetzt allerdings auch etwas schnittmusterartig dar; die Sache ist ja wesentlich komplizierter. Jetzt muss, nachdem es bestritten worden ist, geprüft werden, ob der Kabinettsbeschluss rechtsicher ist und dem Raumordnungsgesetz entspricht. Ich bin Jurist und würde der Richtung nach sagen, dass er ihm entspricht, denn das Raumordnungsgesetz des Bundes gibt keine detaillierte Vorschrift für sämtliche Bundesländer, die unterschiedlichste Ausgangspositionen haben,

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

sondern die Regelung wird mit Sicherheit – davon gehe ich aus – auszufüllen sein.

Zweitens: Wenn man eine Schwarz-Weiß-Regelung macht und sagt: „Hier sind Vorranggebiete, alles andere sind Ausschlussgebiete“, wird man prüfen müssen und nicht umhinkönnen, auch vom Landesgesetzgeber aus gewisse richtungweisende inhaltliche Vorgaben zu machen, was Vorrang- und was Ausschlussgebiet ist, denn das könnte, je nach Gusto, in die eine wie in die andere Richtung gedreht werden, und die Menschen sind ja nicht alle gleich. Das muss hinein. Wenn das aber hineinkommt, dann darf das nur so weit geschehen, dass die Planungskompetenz und die Planungszuständigkeit der Kommunen nicht beeinträchtigt werden.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Was machen wir mit den Einzelanlagen? Das ist doch eine Fragmentdiskussion!)

(Hofer)

Das wird eine Hausaufgabe sein, die man noch machen muss. Ich hoffe, sie wird so gemacht, dass die Windkraft, die wir nicht torpedieren wollen, sondern die wir dort haben wollen, wo es dafür gute Standorte gibt, zum Zuge kommt und dem Landschaftsschutz Rechnung getragen wird.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Energieversorgung muss störungsfrei und sicher, preiswert und umweltverträglich sein. Ich glaube, darin sind wir uns alle einig. Ich hoffe, dass wir uns auch darin einig sind, dass der Schlüssel zur Lösung dieser Aufgabe, nämlich die drei genannten Ziele gleichwertig zu akzeptieren und zu verfolgen, in einem ausgewogenen Energiemix liegt. Die große Frage ist natürlich, wie dieser Energiemix auszusehen hat.

Sehen wir uns dazu einmal den gegenwärtigen Energiemix an. Der Primärenergiebedarf des Landes wird heute zu 27 % durch Kernkraft, zu 16 % durch Erdgas, zu 12 % durch Steinkohle und – das ist insbesondere das heutige Thema – zu 2,6 % durch den Einsatz erneuerbarer Energien gedeckt.

Bei der zukünftigen Gestaltung des Energiemixes – und darum geht es ja auch bei dieser Debatte – sind erstens die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den EVUs über den Ausstieg aus der Kernenergie zu beachten, zweitens die Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland im Kyoto-Protokoll, die Emissionen von Treibhausgasen zu verringern – auch das hat mit regenerativen Energien und ihrem Einsatz zu tun –, und drittens ist sicherzustellen, dass die exzellente Energietechnik baden-württembergischer Unternehmen dem Klimaschutz, aber zugleich auch der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen hier bei uns im Lande zugute kommt; denn auch in diesen Technologien zur Nutzung regenerativer Energien liegen Chancen zur Sicherung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, hat die Landesregierung mit Kabinettsbeschluss vom 20. September 1999 festgelegt, die Anteile der erneuerbaren Energien sowohl an der Stromerzeugung als auch an der Primärenergiebereitstellung bis zum Jahr 2010 gegenüber dem Jahr 1997 zu verdoppeln. Dieses Verdoppelungsziel wurde auch in das Klimaschutzprogramm und in den Umweltplan des Landes vollinhaltlich übernommen, und auch in der Koalitionsvereinbarung für die laufende Legislaturperiode sind diese Ziele festgeschrieben. Das heißt, meine Damen und Herren: Die Landesregierung steht zu diesem Ziel.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aber wir wissen natürlich auch, dass das ein sehr ehrgeiziges Ziel ist und dass dafür noch viel harte Arbeit notwendig ist.

Nun ist es aber nicht so, dass hinsichtlich der Förderung von regenerativen Energien bei uns im Land in der Vergangenheit nichts geschehen wäre; Herr Abg. Hofer hat darauf schon hingewiesen, Frau Abg. Dr. Brenner auch. Wir haben bewusst den Schwerpunkt auf die Forschungsförderung gelegt. Hauptziel war und ist es, durch gezielte Förderung der Forschung und des Technologietransfers die Unternehmen bei uns im Land in die Lage zu versetzen, Techniken erneuerbarer Energie zu nutzen und zu vermarkten. Damit kann man auch die großen Exportchancen, die in diesem Bereich liegen, nutzen und zugleich dem weltweiten Klimaschutz dienen.

Wenn Sie sich einmal die Zahlen im Vergleich zu den anderen Bundesländern ansehen, stellen Sie fest, dass die Forschungsförderung bei uns im Land viel intensiver ist als in anderen Bundesländern. Das ist Fakt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zahlenmäßig: Von 1996 bis 2001 wurden bei uns im Land über 102 Millionen DM für diesen Bereich aufgewendet. Allein in den Jahren 2000 und 2001 summierte sich die Forschungsförderung im Bereich erneuerbarer Energien auf 50,8 Millionen DM. Das ist mehr als in jedem anderen Bundesland.

Richtig ist auch, dass wir bei der Förderung der Anwendung erneuerbarer Energien deswegen weit weniger Mittel eingesetzt haben als Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Niedersachsen.

(Abg. Knapp SPD: Das sind auch Arbeitsplätze!)

Wir liegen hier auf Platz 4.

Noch einmal: Wir sehen die Forschungsförderung als einen sehr erfolgversprechenden Weg an, um erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen. Wir mussten uns natürlich auch angesichts knapper Kassen und hinsichtlich des Ziels, die Neuverschuldung bis 2006 auf null zurückzuführen, für eine Schwerpunktsetzung entscheiden. Außerdem – auch daran möchte ich erinnern – haben wir die Förderung von Demonstrationsvorhaben weiterhin laufen lassen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

weil hier erstmals Vorhaben aus der Forschung und Technologie in die Praxis umgesetzt werden. Das ist auch ein ganz wichtiger Zwischenschritt, auf den wir sehr großen Wert legen.

Richtig ist auch – das ist unbestritten –, dass der Bund günstige Förderkonditionen im Bereich der Nutzung anbietet. Es ist erfreulich – Herr Abg. Hofer hat die Zahlen genannt –, dass die Unternehmen die Bevölkerung hier in Baden-Württemberg bei diesen Programmen sehr gut bedienen; das ist weit mehr, als unser Bevölkerungsanteil von rund 10 % ausmacht. Aber – auch das hat Herr Abg. Hofer schon gesagt – wir wollen keine Doppelförderung; denn Doppelförderung führt in aller Regel zu Mitnahmeeffekten. Deswegen haben wir uns auf die Förderung durch den Bund beschränkt.

Im Übrigen: Wenn Sie sich die Förderrichtlinie des Bundes zur Solarthermie ansehen, dann sehen Sie, dass sie so ge-

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

staltet ist, dass die Länder praktisch von einer zusätzlichen Förderung ausgeschlossen werden. Wenn nämlich das Land hier etwas fördern will, zieht der Bund seinen Zuschuss entsprechend zurück. Deshalb haben wir uns aus der Förderung zurückgezogen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Gott sei Dank!)

Meine Damen und Herren, die Experten sagen, das technische Potenzial der erneuerbaren Energien sei größer als derjenige Anteil, der genutzt werden muss, um das vom Kabinett vorgegebene Verdoppelungsziel zu erreichen. Es geht daher vorrangig – das ist wichtig – um die Mobilisierung der heute kostengünstigsten Technologien. Man muss dabei auch einmal den Kostengesichtspunkt sehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn wir das vor diesem Hintergrund sehen, dann sind bei uns in Baden-Württemberg in der Tat vornehmlich die große Wasserkraft, das heißt die Wasserkraftwerke über 5 Megawatt, die Biomasse-Reststoffnutzung, zum Beispiel von Holz, aber auch die Windenergie an windgünstigen Standorten die erneuerbaren Energien, bei denen wir Potenziale sehen.

Meine Damen und Herren, zur großen Wasserkraft: Aus der Antwort der Landesregierung wird auch deutlich, dass neben der Biomasse die große Wasserkraft insbesondere am Hochrhein einer der wichtigsten Bausteine des Landes bei der Erreichung des Verdoppelungsziels ist. Es handelt sich in Rheinfeldern um die größte Einzelmaßnahme zur Nutzung erneuerbarer Energien in Deutschland.

Es ist richtig, dass damals die Landesregierung gegen das EEG gestimmt hat. Aber aus welchen Gründen? Wir haben dagegen gestimmt, weil wir der Ansicht waren, dass die Finanzierung dieser Maßnahmen aus Haushaltsmitteln geschehen soll und nicht durch den Verbraucher. Es ist Parlamentssache, darüber zu entscheiden. Das war der Grund, warum wir dagegen gestimmt haben; nicht weil wir von der Effizienz – wie man ja sieht – nicht überzeugt gewesen wären.

Aber das hat doch nichts mit der Tatsache zu tun, dass wir die große Wasserkraft, Herr Abg. Dr. Witzel, in die Förderung des EEG aufnehmen müssen, und zwar nicht nur irgendwann oder „zu gegebener Zeit“, wie Sie das in einem Nebensatz gesagt haben, sondern jetzt. Wenn Sie wie wir fordern – wir stehen auch dahinter –, das Verdoppelungsziel zu erreichen, ist klar, dass wir das jetzt machen müssen. Wenn nichts passiert, wird die Landesregierung eine entsprechende Bundesratsinitiative anstoßen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Übrigens noch eine Anmerkung dazu: Die südwestdeutschen Stromverbraucher fördern bei der jetzigen Konstruktion des Gesetzes die norddeutschen Windparks,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Weil es hier keine gibt!)

insbesondere künftige Offshoreanlagen, und daher könnten sich doch die norddeutschen Stromverbraucher auch an den Lasten der großen Wasserkraft hier in Baden-Württemberg beteiligen. Das ist doch eigentlich nur legitim.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund, den zu beleuchten mir wichtig war, ist die Frage zu diskutieren und zu entscheiden, wie die Landesregierung das angestrebte Verdoppelungsziel erreichen will.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gut!)

Zur Vorbereitung wurde vom Wirtschaftsministerium ein Gutachten zum Thema „Struktur und Entwicklung der zukünftigen Stromversorgung Baden-Württembergs“ vergeben, und zwar an das DLR Stuttgart, das ZSW Stuttgart und das ISI in Karlsruhe gemeinsam. Kernaussagen dieses Gutachtens sind hinsichtlich des Verdoppelungsziels: Die im Kabinettsbeschluss vom 20. September 1999 erklärten Verdoppelungsziele sind erreichbar; dazu muss mit ernsthaften Bemühungen in allen Bereichen jetzt begonnen werden. Nachzulesen in der Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums zum Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/542.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Und zweitens – Geduld, Geduld, Herr Fraktionsvorsitzender; ich bin noch nicht fertig –:

(Abg. Drexler SPD schaut demonstrativ auf die Uhr.)

Zur Erreichung der Verdoppelungsziele – das ist die zweite Kernaussage – muss vonseiten des Landes, so das Gutachten, ein wesentlich höherer finanzieller Aufwand für die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien getätigt werden, als dies gegenwärtig der Fall ist. Nach Auffassung des Gutachtens müssten – Herr Abg. Hofer hat es bereits aus der Antwort zitiert – die Mittel in den nächsten Jahren 38 Millionen € jährlich betragen.

Den Zielkonflikt, der sich daraus ergibt, will ich hier ganz offen ansprechen: auf der einen Seite eine deutliche Erhöhung der Ausgaben für die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien und auf der anderen Seite die Reduzierung der Neuverschuldung des Landes und die Notwendigkeit, die knappen Haushaltsmittel auch für andere Bereiche zu verwenden. Wir haben auch Straßenbauvorhaben, und wir haben auch den Bildungsbereich. Das alles muss doch im Zusammenhang gesehen werden.

Zur Unterfütterung dieser Diskussion, vor der wir jetzt stehen, aber auch zur Vertiefung der technologischen Aussagen der jetzigen Untersuchung sowie zur Entwicklung eines Instrumentenbündels, das geeignet ist, das Verdoppelungsziel, zu dem sich ja alle bekennen, besonders kosten- und energieeffizient zu erreichen – diese beiden Begriffe sind mir sehr wichtig: „kosten- und energieeffizient“ zu erreichen, nicht l’art pour l’art –, haben wir zwei weitere Gutachten bereits in Auftrag gegeben. DLR Stuttgart und ZSW Stuttgart werden gemeinsam die Aussagen dieses vorliegenden Gutachtens inhaltlich qualitativ vertiefen und vor allem anhand eines quantitativen Gerüsts die globalen Zielvorstellungen der Verdoppelung des Anteils an der Stromerzeugung, an der Primärenergie auf die zur Verfügung stehenden Technologien herunterbrechen – nicht l’art pour l’art, sondern auf die Energien, die da sind.

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

Wir haben noch ein zweites Institut beauftragt, nämlich das Öko-Institut Freiburg. Es soll ein Instrumentenbündel zur Erreichung des Verdoppelungsziels entwickeln, die notwendige Förderung seitens des Landes skizzieren und auch die wichtigsten Hemmnisse für den Ausbau der regenerativen Energien zusammenstellen und analysieren. Das soll dann zur Erarbeitung konkreter Vorschläge für Fördermaßnahmen dienen.

Beide Arbeiten erwarten wir Mitte dieses Jahres.

Es ist mir sehr wichtig, meine Damen und Herren, festzuhalten: Mit dieser Vorgehensweise wird eine neue, aktuelle Basis für die Diskussion über die Maßnahmen zur Erreichung des Verdoppelungsziels geschaffen. Damit wird seit dem Energiegutachten von 1985 – das ist schon ziemlich lange her – Mitte dieses Jahres erstmals wieder eine belastbare Grundlage für den gesamten Themenverbund zur Verfügung stehen. Erst im Anschluss daran können konkrete Umsetzungsbeschlüsse gefasst werden.

Meine Damen und Herren, zum Thema neue Windkraft möchte ich festhalten, dass die Nutzung der Windkraft bei vielen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land Beunruhigung ausgelöst hat. Der Herr Ministerpräsident hat das aufgenommen,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Nein, erzeugt hat er das!)

und es ist auch sein Recht, das aufzunehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Er mauert damit nicht, sondern er greift seinen politischen Auftrag auf. Dieser politische Auftrag hat dazu geführt, dass sich die Landesregierung im Dezember 2001 dafür ausgesprochen hat, in dem ohnehin zu novellierenden Landesplanungsgesetz die Regionalverbände zu verpflichten, Vorranggebiete für regional bedeutsame Windkraftanlagen mit regionsweiter außergebietlicher Ausschlusswirkung in den Regionalplänen auszuweisen.

Mit dieser Regelung – es ist mir wichtig, das noch einmal festzustellen – wollen wir im Hinblick auf andere Funktionen und Nutzungen des Raumes, die es ja auch gibt, die Windkraftanlagen an besonders geeigneten Standorten bündeln und dafür andere Bereiche von derartigen Anlagen möglichst freihalten. Wir wollen nicht eine Vielzahl von weit gestreuten Einzelanlagen, sondern eine landschaftsverträgliche, geordnete Windenergienutzung.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Reinhart?

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Ja, bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Staatssekretär, Sie sagen, man wolle mit diesen neuen Instrumenten andere Gebiete freihalten. Die Diskussion geht ja in negativer Richtung um die Frage der „Zerspargelung“.

Wir wollen alle die Verdoppelung der regenerativen Energien. Stimmen Sie mir zu, dass wir zum einen mehr Potenziale bei Wasserkraft und auch bei Biomasse haben? Der Kollege von der SPD hat ja gerade gesagt, dass wir da enorme Potenziale haben.

Aber nun zum Punkt der Verhinderung der „Zerspargelung“ von Gebietsflächen. Sehen Sie eine rechtliche Möglichkeit, dass wir über die Planung in den Regionen, wo wir Windparks ausweisen, wo wir Vorranggebiete ausweisen, wo wir auch Nachranggebiete ausweisen, hinsichtlich der Privilegierung gemäß § 35 Abs. 1 des Baugesetzbuchs verhindern können, dass es in der Fläche draußen einen Anspruch auf Genehmigung von Einzelanlagen gibt?

(Abg. Teßmer SPD: Das ist ja ein Korreferat!)

Ich sehe darin eine zusätzliche Problematik. Das bewegt die Bürger viel mehr.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Frage!)

– Ich frage gerade nach den Möglichkeiten.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sie halten einen Vortrag!)

Wenn wir zum Beispiel in der Region Franken – Herr Kollege Caroli, ich lade Sie gerne ein – die meisten Windparks im Taubertal ausgewiesen bekommen haben, ist es ein Problem, wenn wir zusätzlich eine große Zahl von Einzelanlagen haben, die gemäß § 35 Abs. 1 des Baugesetzbuchs privilegiert sind.

(Abg. Fischer SPD: Das ist jetzt ein Diskussionsbeitrag!)

Deshalb meine Frage: Sehen Sie eine Möglichkeit, das Privileg gemäß § 35 Abs. 1 des Baugesetzbuchs

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

mit Genehmigungsanträgen für zusätzliche Einzelanlagen einzudämmen?

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Abgeordneter,

(Abg. Blenke CDU: Sagen Sie einfach Ja!)

diese Möglichkeit sehe ich. Ich werde dazu aber noch etwas ausführen. Es geht ja auch darum, dass wir festlegen müssen, was eine regional bedeutsame Windkraftanlage ist.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Dazu gibt es auch eine Bundesrechtsprechung!)

– Ja, ich komme dazu gleich.

Unser Ansatz ist, dass die Regionalbedeutsamkeit von Windkraftanlagen in der Regel gegeben ist bei Einzelanlagen mit einer Nabenhöhe von mehr als 50 Metern oder bei Windparks ab drei Einzelanlagen unabhängig von der Nabenhöhe. Das ist der eine Punkt.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das mit den 50 Metern ist aber strittig!)

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

Der andere Punkt ist: Wir hatten darüber eine ausführliche Diskussion im Wirtschaftsausschuss. Ich hatte eine Stellungnahme der Landesregierung zu der Frage zugesagt, inwieweit die vom Kabinett beschlossene Einteilung von Landschaftsflächen in Vorranggebiete auf der einen Seite und in Ausschlussgebiete auf der anderen Seite im Hinblick auf das Raumordnungsgesetz rechtlich zulässig ist. Das ist eine ganz entscheidende Frage. Damit haben sich gestern die zuständigen Ministerien – Justizministerium, Innenministerium, Wirtschaftsministerium, Staatsministerium – zum ersten Mal beschäftigt.

Wir sind so verblieben, dass sich das für die verfassungsrechtlichen Fragen zuständige Justizministerium zum Verhältnis zwischen Raumordnungsgesetz und Landesplanungsgesetz äußern wird – auch im Sinne von § 7 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 des Raumordnungsgesetzes.

Zweitens: Das für Fragen der Landesverfassung zuständige Innenministerium wird prüfen, ob die vom Kabinett beschlossene Lösung – Einteilung in Vorranggebiete und in Ausschlussgebiete – einen zulässigen Eingriff in die kommunale Planungshoheit der Gemeinden – Artikel 71 der Landesverfassung – darstellt oder ob differenzierte Lösungen erforderlich sind.

Genau das sind die entscheidenden Fragen.

Meine Damen und Herren, wir wollen dem Wirtschaftsausschuss das Ergebnis rechtzeitig vor seiner Sitzung nach den Pfingstferien – am 5. Juni – vorlegen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr gut! Bravo!)

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich noch einmal festhalten: Die Landesregierung hält am Ziel einer Verdoppelung des Anteils der regenerativen Energien fest. Das Wirtschaftsministerium hat Gutachten vergeben, um eine belastbare Grundlage für die kommenden Entscheidungen zu schaffen.

Für die Windenergie, die einen Teil der regenerativen Energien darstellt und die wir auch brauchen, um das Verdoppelungsziel zu erreichen, wollen wir Regelungen für einen ausgewogenen Interessenausgleich zwischen dem Einsatz der Windenergie und dem Landschaftsschutz schaffen. Diese Regelungen sollen zugleich – das ist für das Wirtschaftsministerium besonders wichtig – den Investoren mehr Planungssicherheit geben und zu einer Beschleunigung der Genehmigungsverfahren führen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Staatssekretär, gestatten Sie noch eine Anschlussfrage des Herrn Abg. Haller?

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Ja, sicher.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Haller.

Abg. Haller SPD: Auf Beschluss des Präsidiums ist auf die Festlegung von Redezeiten verzichtet worden, um die Debatten lebendiger zu gestalten. Ich habe eine Frage an Sie,

sehr geehrter Herr Staatssekretär: Welche Meinung haben Sie bezüglich Ihrer vermeintlichen, abgelesenen Rede? War das ein Beitrag zur Belebung der Debattenkultur in diesem hohen Haus?

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Reinhart: Das war hoch qualifiziert, Herr Kollege! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Die Frage kann man nur mit Nein beantworten!)

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Abgeordneter, ich wollte diesen schwierigen Komplex, der hoch politisch ist, in seiner ganzen Breite darstellen. Herzlichen Dank, dass mir das gelungen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Hauk CDU: Das ist Ihnen gelungen! –
Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, ich rufe noch den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/932, zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/928, der zum Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/269, gestellt worden ist, auf.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Es würde zu weit führen, jetzt auf jedes Argument, das in dieser Debatte eingeführt wurde und das falsch ist und kritisierenswert wäre, einzugehen. Ich will mich auf das Wichtigste beschränken.

Zunächst einmal reden Sie, Frau Brenner, von suboptimalen Gebieten, berufen sich auf den ehemaligen Parlamentarier Helgo Bran, der kein Mitglied der Grünen-Partei mehr ist, und sagen, er würde sich freuen, dass er hier wieder zitiert wird.

(Abg. Scheuermann CDU: Ist er rausgeschmissen worden, oder hat er bessere Erkenntnisse? – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

– Er hat anscheinend eine bessere Erkenntnis gewonnen. Er ist aber nicht mehr in unserer Partei, und ich glaube, dass das, was er behauptet, keine bessere Erkenntnis ist.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Insgesamt begründen Sie eine klare Ablehnung der Windkraft. Sie haben deutlich gesagt, dass Sie die Windkraft in Baden-Württemberg ablehnen.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Nein! Dann haben Sie nicht richtig zugehört!)

Das steht aber im Widerspruch zu dem, was die Landesregierung als Zielvorgaben für den Ausbau der erneuerbaren Energien vorgibt.

Zweitens: Herr Hofer – er ist gar nicht da – sprach von Mitnahmeeffekten und sagte, Landesgeld sei nicht erforderlich. Bei der Nutzung der thermischen Solarenergie bei Einfamilienhäusern gibt es zwar bereits eine gute Förderung; da muss das Land nichts tun. Aber dort, wo die

(Dr. Witzel)

großen Potenziale liegen – beim Mehrfamilienhausbau, im Geschosswohnungsbau –, ist absolute Flaute; da tut sich wenig. Hier müsste das Land etwas tun. Da könnte man mit wenig Geld viel erreichen; da ist Initiative gefordert.

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Als nächstes Argument kommt von Herrn Hofer die schöne Wortschöpfung „Geldrotationsdruckmaschine“. So bezeichnet er die Windkraft. Dabei ist klar: Eine Windkraftanlage, die nichts produziert, erhält keinen Pfennig aus dem EEG. Jeder Investor wird darauf aus sein, Windkraftanlagen zu betreiben, die sich viel drehen, damit viel Ertrag herauskommt.

Man kann den Ertrag, den die Windkraftanlagen in Baden-Württemberg haben, nicht kleinreden. Ich nenne einmal ein Beispiel: Kippenheim am südlichen Oberrhein. Dort gibt es auf den Bergen eine Anlage, die im letzten Jahr ca. 2 Gigawattstunden Strom erzeugt hat, das sind 2 Millionen Kilowattstunden. Erfahrungsgemäß ist das der Strombedarf von 500 bis 1 000 Haushalten. Das schafft eine einzige Windkraftanlage. Dann kann man doch nicht herkommen und sagen, das sei alles für die Katz, das drehe sich nur, weil da einige Leute etwas abschreiben wollten.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das hat doch niemand gesagt! Wer hat das gesagt? – Abg. Scheuermann CDU: Hat niemand gesagt!)

Tatsache ist: Windkraft leistet wirklich substantielle Energieerzeugung.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Herr Abg. Dr. Witzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zimmermann?

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Bitte schön.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Zimmermann.

Abg. Zimmermann CDU: Herr Abg. Witzel, ist Ihnen bekannt, dass nicht die eingespeiste Energie aus den Windkreiselanlagen vergütet wird, sondern die technisch produzierte Energie des Generators an der Anlage? – Frage 1.

Meine zweite Frage: Was sagen Sie dazu, dass Dänemark, das Vorzeigeland in Europa, ein Vorreiter mit 6 300 Windanlagen, jetzt festgestellt hat, dass kein einziges Heizkraftwerk eingespart werden konnte? Deswegen wurde dort die Förderung pro Kilowattstunde von umgerechnet 15 Pfennig auf 10 Pfennig zurückgefahren.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Weil dort die Schwarzen an die Regierung gekommen sind, deshalb!)

– Herr Palmer, bei Ihnen wäre Bio besser angebracht, denn Sie produzieren genug Mist.

(Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Walter GRÜNE: Das ist eine sehr lebendige Anfrage!)

Dritte Frage: Ist Ihnen bekannt, dass zum Beispiel im Energiemix – da ist festgelegt, wer in den einzelnen Anlagen

wie viel Strom produziert – die Windkraft auch bei einer Verdoppelung keine Rolle spielen würde und dass zum Beispiel die NWS mit ihren Windkraftanlagen laut einer Aussage vom 4. April 2002 850 Tonnen einsparen können? Aber allein Altbach benötigt im Jahr 510 000 Tonnen.

(Abg. Drexler SPD: Kohle?)

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Kohle, oder was?

Abg. Zimmermann CDU: Steinkohle. Ich rede jetzt nur einmal von Altbach: 850 Tonnen können die NWS aufgrund der derzeit bestehenden Windkraftanlagen einsparen, aber sie benötigen 510 000 Tonnen. Das heißt, derjenige, der die Anlage dort bedient, kann sich nicht auf Windkraft verlassen. Es wird die produzierte Energie bezahlt, und zwar von uns allen, von allen Energieabnehmern. Das müssen Sie den Leuten sagen.

(Abg. Drexler SPD: War das jetzt Interventionsrecht oder eine Frage?)

– Das waren drei Fragen, Herr Drexler.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Kollege, ich antworte gern auf die Fragen, aber dafür benötige ich natürlich ein paar Minuten Zeit.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Aber haben Sie es verstanden, Herr Witzel?)

Ich bin gefragt worden.

(Abg. Zimmermann CDU: Ich habe leichte Fragen gestellt!)

– Richtig. Es waren wirklich leichte Fragen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Anfängerfragen!)

Die erste Frage lautete: Wird die Energie vor oder hinter dem Generator gemessen, der neben der Windkraftanlage steht? Ich darf sagen, der Generator befindet sich oben in der Gondel einer Windkraftanlage. Dann geht der Strom hinunter, wird transformiert, und hinter dem Transformator vor der Leitung sitzt der Zähler. So ist die Technik. Da wird abgelesen, und danach wird vergütet.

(Abg. Zimmermann CDU: Nein, der Zähler sitzt vor dem Transformator! – Heiterkeit)

– Gut. Aber er sitzt in jedem Fall hinter dem Generator.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Präsident, ich beantrage ein Sachverständigengutachten! – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Abg. Dr. Lasotta CDU: Ich bitte, den sachverständigen Zeugen vorzuführen! – Unruhe)

Zweiter Punkt: Es ist natürlich richtig, dass Windkraftanlagen kein Heizkraftwerk ersetzen können. Heizkraftwerke produzieren ja Wärme, und Windkraftanlagen produzieren nur die Edelenergie Strom.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Es wäre Wahnsinn, Strom in Wärme umzuwandeln. Da würde man viele Energiekosten verpulvern. Absoluter Irrsinn!

(Dr. Witzel)

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

– Sie hatten von Heizkraftwerken geredet.

Und die dritte Frage war: Kann die Windkraft einen Beitrag zur Grundlast leisten? Liefert die Windkraft gesicherte Leistung?

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Wahrscheinlich nicht!)

Es ist natürlich so: Wenn Sie eine einzelne Windkraftanlage haben, dann haben Sie immer, wenn Windschwankungen vorhanden sind, auch Schwankungen bei der Stromerzeugung. Wenn Sie viele Windkraftanlagen haben – und das ist ja unser Ziel –, dann gleicht sich das aus.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Aber nur an Standorten, wo der Wind bläst! – Abg. Zimmermann CDU: Wenn der Wind weg ist, laufen auch viele nicht!)

Herr Präsident, lassen Sie die Zwischenfrage des Kollegen zu? – Dann darf ich vielleicht in Ruhe darauf antworten.

Es gibt einen Erfahrungssatz, der besagt, dass etwa 20 % der installierten Leistung als gesicherte Leistung gelten können. Wenn Sie also Windkraftanlagen mit einer installierten Leistung von 5 Megawatt gebaut haben, dann erbringen diese einen ziemlich sicheren Beitrag von 1 Megawatt zur Grundlast. Das ist die Erfahrung. Parallel zum Fortschritt dieser Technik werden natürlich auch die Techniken zur Windprognose besser werden. Dann kann man die Stromproduktion der Windkraftanlagen besser vorhersehen, und dann kann man das auch in das Energiesystem besser einbauen.

Ich hoffe, damit sind Ihre Fragen beantwortet.

Ich komme jetzt zu dem nächsten Thema, weil das mehrfach angesprochen wurde und weil das von der Landesregierung als einer der Kernteile ihrer Strategie zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energie angesehen wird. Das ist die Große Wasserkraft. Sie alle wissen vielleicht: In Rheinfelden steht ein hundert Jahre altes Wasserkraftwerk. Das muss saniert werden. Die Pläne liegen auf dem Tisch. Die Stromproduktion kann etwa verdreifacht werden.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Wieso fördert ihr das nicht?)

Jetzt kommt die CDU, die Landesregierung daher und sagt: Die böse Bundesregierung hat die Große Wasserkraft nicht in das EEG aufgenommen; sie stellt damit der Großen Wasserkraft ein Bein.

(Abg. Dr. Reinhart und Abg. Dr. Lasotta CDU: Ja!)

Ich darf als Erstes sagen: Wir sind im Ziel einig: Neu-Rheinfelden muss gebaut werden, und wir müssen politisch alles tun, damit dieses große Potenzial genutzt wird.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Jetzt fragen wir uns einmal: Wie sieht es aus mit der Erreichung dieses Ziels? Die erste Lösung wäre: Wir nehmen

generell die Große Wasserkraft in das Erneuerbare-Energien-Gesetz auf. Das wäre eine einfache Sache, hat aber natürlich den großen Haken, dass auch alle bestehenden Wasserkraftwerke davon profitieren würden. Das heißt, das wäre eine Milliardensubvention an bestehende Wasserkraftwerke. Es würden also die Leute, die nur eine alte Wasserkraftanlage betreiben – „alt“ im Sinne von zehn Jahre alt oder älter –, subventioniert. Ohne dass sie einen Handschlag tun, würden sie Millionen kassieren. Das aber können wir dem Energieverbraucher, das können wir der Öffentlichkeit nicht zumuten, solche Subventionen zu verteilen.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Jetzt gibt es die nächste Möglichkeit, Herr Wieser: Wir beschränken die Vergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz auf Neubauten und Ausbauten im Bereich der Großen Wasserkraft.

(Abg. Wieser CDU: Das können wir auch machen! – Abg. Dr. Birk CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Wieso wird das nicht gemacht?)

Denkbar ist das ja schon. Da ist aber das Problem – Herr Birk, Sie werden als Fachmann da sicher eine Ahnung haben –: Der eine hat einen großen Staudamm und baut nur noch eine zusätzliche Turbine ein – ich glaube, in Iffezheim ist das so –,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Das kann man abgrenzen! Das hat man aber nicht gemacht!)

die anderen müssen riesige bauliche Maßnahmen durchführen und haben hohe Kosten wie zum Beispiel Neu-Rheinfelden. Wollen Sie die beiden jetzt über einen Kamm scheren?

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Natürlich nicht! Aber das kann man doch regeln!)

– Natürlich nicht. Aber wie wollen Sie es machen? Das ist die Frage.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Das ist nur eine Frage der sauberen Regelung! – Abg. Dr. Birk CDU: Herr Witzel, das kann man doch regeln! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Trauen Sie doch Ihrer Bundesregierung zu, das regeln zu können! Das müssen Sie ihr doch zutrauen!)

Ich höre ja auch aus der Landesregierung, dass man das machen will. Aber wer will denn für jedes Wasserkraftwerk ein eigenes Gutachten erstellen, von dessen Ergebnis die Förderung nach dem EEG abhängt? – So geht es nicht.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Warum nicht?)

Ich meine, dann bestellt der eine den Gutachter und der andere einen anderen. Dann wird um jedes Wasserkraftwerk gestritten.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das sind doch nur drei oder vier!)

– Herr Hofer, ich darf Ihnen zusichern: Wenn Sie oder Ihre Regierung eine Bundesratsinitiative formulieren, schaue

(Dr. Witzel)

ich mir diese an und sage Ihnen Unterstützung zu, wenn es eine praktikable Regelung gibt.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Der Bund hätte es schon längst praktikabel regeln können!)

Wir sind dafür, dass Neu-Rheinfelden gebaut wird. Aber es muss eine praktikable Regelung sein. Eine pauschale Sache – Aufnahme ins EEG – reicht nicht. Es muss detaillierter werden und der Praxis angemessen sein. Lassen Sie uns da gemeinsam an einem Strang ziehen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hofer FDP/DVP: Ja! – Abg. Drexler SPD: Lassen Sie uns einmal schauen, was Sie wollen, dann sagen wir etwas dazu! – Gegenruf des Abg. Hofer FDP/DVP: Da habe ich bei Ihnen noch nichts gehört! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Das ist bei uns im Grundsatzzprogramm drin, dass wir mit allen zusammenarbeiten!)

– Wenn die Debatte hier im Plenarsaal abgeschlossen ist, sage ich auch gern wieder etwas zur Sache.

Es geht jetzt um die Windkraft. Ich meine, jetzt sollten wir einmal alle Polemik zur Seite lassen und fragen: Wie können wir den Ausbau der Windkraft hier in Baden-Württemberg auf den Weg bringen?

(Abg. Alfred Haas und Abg. Dr. Lasotta CDU: Auf einen vernünftigen Weg!)

Ich darf sagen, Herr Lasotta, dass auch wir Grünen für den geordneten Ausbau der Windkraft sind. Das heißt, wir sagen Ja zu einer Steuerung des Ausbaus der Windkraft. Auch wir wollen, dass die Belange von Natur- und Landschaftsschutz berücksichtigt werden. Wir wollen nicht auf jedem Berg eine Windkraftanlage,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Aber auf jedem zweiten!)

aber wir sehen auf der anderen Seite gleichzeitig, dass das Verdoppelungsziel erreicht werden soll. Da gibt es ein gewisses Spannungsverhältnis. Die Frage ist: Wie gehen wir in dieser Situation damit um? Da meine ich: Der Weg, den die Landesregierung geht, ist möglicherweise nicht zielführend. Es gibt da zwei Probleme.

(Abg. Alfred Haas CDU: Aber nur möglicherweise!)

– Herr Haas, Sie können gern darauf antworten, aber wir wollen eine Diskussion in der Sache führen.

Es ist klar, dass die Regionalverbände nur die Errichtung raumbedeutsamer Anlagen regeln können, und die Rechtsprechung, die es bundesweit gibt, sagt, dass einzelne Windkraftanlagen, auch wenn sie über 50 Meter hoch sind, nicht unbedingt raumbedeutsam sind. Das heißt, wenn man eine Regelung auf der Ebene der Regionalverbände trifft –

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Das heißt, einzelne Anlagen lassen Sie dann generell zu?)

– Ich sage: Ab drei Windkraftanlagen, sagt die Rechtsprechung, ist es raumbedeutsam,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Unbestritten!)

und wenn es eine oder zwei Windkraftanlagen sind, kann der Fall eintreten, dass der Regionalverband sagt: „Hier ist ein Ausschlussgebiet“ und trotzdem einen Bauantrag stellt und den genehmigt bekommt, sodass dann auch in einem Gebiet, das vom Regionalverband als Ausschlussgebiet festgelegt ist, eine Windkraftanlage errichtet wird.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Finden Sie das richtig?)

– Lassen Sie mich doch einmal meine Argumentation zu Ende bringen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Aber Sie müssen es doch auch bewerten!)

Ich merke, Sie sind gespannt, aber ich muss Sie noch ein bisschen auf die Folter spannen.

(Heiterkeit)

Wir halten also erst einmal fest: Wenn man es auf der Ebene der Regionalverbände regelt, hat man immer das Risiko, dass auch in Gebieten, in denen man sie eigentlich nicht haben will, die eine oder andere Windkraftanlage gebaut wird. Das müssen wir einmal zugestehen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Richtig!)

Zweitens: Die so genannte Schwarz-Weiß-Regelung, die dem Kabinettsbeschluss zugrunde liegt, wird nicht genügend Flächen erbringen, um das Verdoppelungsziel zu erreichen. Ich habe mir die Zahlen aus dem Verband Region Stuttgart geben lassen, der ja nicht auf diese Schwarz-Weiß-Regelung setzt, sondern sagt: Wir brauchen Vorranggebiete, wir brauchen Eignungsgebiete, in denen es mit Einzelfallprüfung möglich ist, und wir brauchen Ausschlussgebiete. Die Zahlen im Verband Region Stuttgart sind so: Es sollen Vorrangflächen von 2,2 Quadratkilometern ausgewiesen werden. Das ist ein winziges Gebiet. Da würden Windkraftanlagen mit einer Leistung von etwa 10 bis 25 Megawatt installiert werden können. Wenn man das auf das Land hochgerechnet umsetzen würde, würde man das Ziel, das in der Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums enthalten ist – Ausbau bis 2010 um 750 Gigawattstunden –, nicht erreichen können. Das heißt also, diese Regelung – Vorranggebiete und daneben alles ausschließen – wird nicht reichen, um das Verdoppelungsziel zu erreichen. Deshalb brauchen wir die Möglichkeit, dass es neben den Vorrangflächen auch noch Eignungsgebiete gibt. Deshalb begrüße ich den Antrag der SPD, die konkret in den CDU-Antrag hineinschreiben will, dass wir nicht die Schwarz-Weiß-Regelung haben wollen,

(Abg. Schmiedel SPD: Richtig!)

sondern dass wir die drei Gebietstypen haben wollen.

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es! – Abg. Drexler SPD zur CDU: Alles andere ist Ausschluss! Da könnt ihr mitmachen!)

(Dr. Witzel)

Das sichert der Windkraft zunächst einmal in Vorranggebieten eine Wachstumsperspektive und schafft auch noch die Möglichkeit, weitere Windkraftanlagen zu installieren.

Ich darf als Letztes noch zu bedenken geben:

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Es gäbe natürlich auch den anderen Weg, das auf der Ebene der Gemeinden über die Flächennutzungspläne zu regeln. Dann gäbe es die Möglichkeit, dass einzelne Gemeinden, die wirklich etwas für die Nutzung der Windkraft tun wollen, das auch umsetzen können. Dann wäre es auch möglich, das gebietsscharf zu regeln. Wenn die Gemeinden sagen: „Wir haben hier ein Vorranggebiet, und der Rest ist Ausschlussgebiet“, dann ist es auf Gemeindeebene möglich, Windkraftanlagen in bestimmten Gebieten absolut sicher zu verhindern.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Auch Einzelanlagen?)

Möglicherweise ginge das auch schneller, und es würde rechtzeitig kommen. Denn durch die Regelung über die Regionalverbände besteht ja eine Gefahr. Man hat ja seit 1997, als das Gesetz in Kraft trat, geschlafen und nichts getan. Jetzt leitet man Verfahren ein. Bis diese alle rechtskräftig sind, liegen aber schon viele Bauanträge vor, und man hat eine „Verspargelung“, die niemand von uns hier will. Lassen Sie uns deshalb darüber reden, ob diese Regelung auf der Ebene der Flächennutzungspläne nicht auch eine gute Alternative wäre.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es gibt bei der neuen Redefreiheit noch Übungsbedarf.

(Zurufe von der SPD: Ja! – Abg. Walter GRÜNE: Mach es vor!)

Die unbegrenzte Redezeit des Parlaments wird dann konkretisiert,

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

wenn der ohnehin überzogene Redeanteil der Landesregierung noch einmal verdoppelt wird.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Er spricht zur Geschäftsordnung! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Zu was sprechen Sie? – Abg. Dr. Birk CDU: Manchmal ist es besser, die Regierung spricht länger als die Opposition!)

– Sehr geehrter Herr Kollege, ich beanspruche auch Aussagen zu diesem Thema, wenn wir die Redefreiheit freigeben.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

– Wenn wir die Redezeit freigeben.

(Zurufe von der CDU)

Wenn ich hier eine freie Redezeit habe, dann möchte ich monieren dürfen und auch sagen, dass die Disziplin bei uns wieder einkehren sollte.

(Abg. Dr. Birk CDU: In der jetzigen Situation wäre Freibier besser!)

Ein Redebeitrag von 27 Minuten eines Abgeordneten ist entschieden zu viel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Dr. Reinhart CDU: Nicht ausnutzen!)

Deswegen versuche ich jetzt einmal, das Thema wieder dahin zurückzuführen, wohin es eigentlich gehört.

(Beifall des Abg. Drexler SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Herr Oberlehrer!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um was geht es heute eigentlich?

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Um die Windkraft! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Er weiß es nicht! Haben Sie die Tagesordnung nicht gelesen?)

Die Landesregierung hat die Verdoppelung der Nutzung regenerativer Energien bis zum Jahr 2010 als hehres Ziel beschlossen, tut aber nichts, um es zu erreichen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Hier liegt das eigentliche Problem.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Nicht so verbissen, Herr Kollege! – Abg. Dr. Birk CDU: Sie müssen lockerer werden, auch um die Hüfte! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Was ich bei den ganzen Diskussionsbeiträgen von Ihrer Seite mitbekommen habe, ist Folgendes. – Herr Kollege, entspannen Sie sich. Tun Sie es wie ich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Jawohl, wunderbar! – Abg. Alfred Haas CDU: Entspannung bei der freien Rede!)

Was ich den Reden entnommen habe, ist einmal: Ihnen fehlt das klare Bekenntnis zur Energiewende.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Wen meinen Sie jetzt?)

Das ist Punkt 1.

Und Punkt 2 ist: Die Windenergie gefällt Ihnen nicht. Anstatt sie in unserem Land auszubauen,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Sie ist naturgegeben!)

führen Sie einen Feldzug

(Abg. Dr. Birk CDU: Gegen Windmühlen!)

gegen die Windkraft in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

(Dr. Caroli)

Dieser Feldzug sollte endlich einmal der Vergangenheit angehören, anstatt ihn immer wieder aufzufrischen, nachdem der Ministerpräsident damit begonnen hat.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sie leisten einen riesigen Beitrag zur Redekultur! – Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Ende 2001 betrug die Windstromkapazität in der Bundesrepublik Deutschland 8 750 Megawatt. Das bedeutet eine Verdreifachung in drei Jahren. Wie hoch war denn unser Anteil dabei? Sie wissen, dass er in Baden-Württemberg nur knapp über 100 Megawatt liegt.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Aber mit der genannten Größe von 8 750 Megawatt können 4 Millionen Dreipersonenhaushalte versorgt werden.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Dabei, Herr Kollege Scheuermann, erfahren wir jährlich eine Einsparung von 10 Millionen Tonnen CO₂.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Ich habe heute auch noch sehr wenig über das umweltpolitische Anliegen gehört, das wir mit den erneuerbaren Energien überhaupt verfolgen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Hofer FDP/DVP: Mehrländer hat es gesagt!)

Etwa 13 % des Primärenergieverbrauchs in Deutschland entfallen auf die Atomkraft. Bei uns im Land sind es noch wesentlich mehr. Der Anteil der fossilen Energieträger macht rund 85 % aus. Welchen Anteil aber haben die erneuerbaren Energien? Er liegt gerade mal bei 2 %. Nun nenne ich Ihnen eine Prognose der Internationalen Energieagentur. Danach erhöht sich der weltweite Energieverbrauch zwischen 1997 und 2020 um 57 %. Wenn der Anteil der fossilen Energieträger aber gleich bleibt, dann erklären Sie mir einmal, welche Folgen dies für das Klima, für die Menschen und für die Umwelt hat. Ich sage Ihnen: Das gibt eine Katastrophe.

(Zurufe von der CDU)

Nun kommen wir zu Ihrem Anteil. Wo ist Ihr Anteil bei der Energiewende? Was sagen Sie zum Ausstieg aus der Kernenergie? Welchen Beitrag leisten Sie für eine rationelle und sparsame Energieverwendung? Wie sieht bei Ihnen der Einstieg in eine neue Energieerzeugung als Vorstufe zur solaren Wasserstoffwirtschaft aus? Überall, so muss man sagen, tut das Land weitgehend nichts.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU)

Die Forscher möchte ich dabei ausnehmen. Dagegen schießen Sie nach Berlin und hoffen, dass von dort Wohltaten kommen.

(Zurufe von der CDU)

Was die Windkraft anbelangt, gewinnt man den Eindruck, dass diese Landesregierung und Sie von der CDU mehr Angst vor dem Anblick eines Windrades als vor einem kleineren Störfall in einem Atomkraftwerk haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Lasotta CDU: So ein Blödsinn! Wissen Sie eigentlich, was Sie erzählen? – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das liegt ja weit unter Ihren Fähigkeiten, Herr Caroli!)

Das ist der entscheidende Punkt. Beim Ausbau der Windkraft liegt Baden-Württemberg auf Platz 11 von 13 Bundesländern, wobei wir die Stadtstaaten nicht dazurechnen wollen. Bei der Solarenergie sieht es kaum besser aus.

(Zurufe von der CDU)

Jetzt seien Sie doch mal ein bisschen ehrlich. Die Grundlagen für den Solarboom, der heute mehrfach angesprochen worden ist, bilden das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das Marktanzreizprogramm und das 100 000-Dächer-Programm. Sie haben sich in der Vergangenheit sogar negativ zu diesen Programmen geäußert – da gibt es eine ganze Reihe von Presseverlautbarungen –, anstatt sie zu unterstützen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wir haben doch noch gar nichts zum „Blauen Turm“ gesagt!)

Nun nehmen Sie einmal die Länder Berlin, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Thüringen oder das Saarland, die Ergänzungsprogramme zu den vom Bund beschlossenen Programmen vorgelegt haben.

(Zurufe von der CDU)

Insgesamt, meine Damen und Herren, muss diese Debatte zu der Fragestellung führen: Warum ist die Energiewende notwendig, und wie wird sie in unserem Land durchgeführt?

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Das haben wir doch alles schon gehört! Sie wiederholen das alles! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Sie wiederholen alte Plattitüden, die Ihr Vorredner schon gebracht hat!)

Ich gebe Ihnen die Antwort darauf: Der Lebensstandard muss in den nächsten Jahrzehnten umwelt- und klimaverträglich gehalten werden. Von diesem Land aus müssen Zukunftstechnologien exportiert werden können und damit Arbeitsplätze geschaffen werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich darf Ihnen noch die Zahlen der Prognos AG vor Augen führen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Die kennen wir auch!)

Durch eine Minderung der CO₂-Emissionen in Deutschland um 40 % bis zum Jahr 2020 könnten 200 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

(Dr. Caroli)

Heute muss der Appell an die die Regierung tragenden Fraktionen gehen: Bekennen Sie sich endlich zur Energie-wende!

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Helfen Sie mit, einen Beitrag zur Förderung der erneuerbaren Energien zu leisten! Bauen wir die Windkraft aus! Hören Sie auf mit Ihrer Bekämpfungsstrategie!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU, u. a.: Weg von der Theorie, Herr Caroli! – Abg. Alfred Haas CDU: In seinem Wahlkreis stehen die beiden größten Windräder still! – Gegenruf des Abg. Birzele SPD: Im Straßenverkehr, Herr Kollege Haas, kostet das 500 DM oder 250 €, wenn Sie den Vogel zeigen!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Caroli, damit ich es nicht vergesse: Wir bekennen uns zu dem Ziel, bis zum Jahr 2010 den Anteil der regenerativen Energien zu verdoppeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Was machen Sie daraus? Dazu bekennen wir uns nicht. Sie nehmen den heutigen Anteil der regenerativen Energien und sagen: Wenn ich verdoppeln will, dann bedeutet das, dass ich alle Anteile, die ich heute habe, verdoppeln muss. Das ist durch überhaupt nichts begründet. Aus dem Ziel, den Anteil der regenerativen Energien bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln, kann nach keinem Gebot der Logik folgen, dass damit auch der Anteil der Windenergie verdoppelt werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dr. Caroli, Sie haben aber auch noch ein zweites Märchen aufgetischt.

(Zuruf von der SPD: Wasserkraftverdoppelung? – Gegenruf des Abg. Dr. Reinhart CDU: Biomasse!)

– Lassen Sie mich doch einmal ausreden. – Sie addieren einfach die Leistungsfähigkeit von Windkraftanlagen und rechnen aus, wie viele Häuser ich damit theoretisch mit Strom versorgen könnte. Dass aber die Windrädchen einmal laufen und einmal nicht

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Rechenfehler!)

und sich in jedem Haushalt Anlagen befinden, die permanent Strom brauchen, unterschlagen Sie.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das stimmt nicht!)

Von Grundlast und Spitzenlast haben Sie nichts gehört oder wollen Sie nichts hören.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Meine Damen und Herren, zu Recht hat Herr Dr. Caroli gefragt, was eigentlich der Ausgangspunkt der Debatte ist. Der Ausgangspunkt der Debatte ist, dass wir ein globales Klimaproblem haben und wahrscheinlich überhaupt keine Meinungsunterschiede mehr in der Frage bestehen, was die Ursachen dieses Klimaproblems sind.

(Abg. Drexler SPD: Nach 20 Jahren!)

Ursache des Klimaproblems sind die Emissionen der Treibhausgase. Diese Emissionen müssen gesenkt werden.

Wie sieht denn im Moment die Situation der Treibhausgase in Baden-Württemberg aus?

(Abg. Walter GRÜNE: Ganz schlecht! – Abg. Drexler SPD: Ganz schlimm!)

Wir haben 7 Tonnen pro Jahr und Einwohner. Ich konzediere Ihnen, dass wir den besten Wert aller Bundesländer haben, weil bei uns der Anteil der Stromerzeugung durch Atomenergie über 60 % beträgt.

(Abg. Drexler SPD: Ohne Endlagerung! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

– Die Endlager verhindern Sie ständig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe – Zurufe der Abg. Drexler SPD und Walter GRÜNE)

In einem Punkt widerspreche ich Ihnen, Herr Caroli, völlig. Wir stimmen Ihnen nicht zu im Hinblick auf den bedingungslosen Ausstieg aus der Atomenergie. Wir bekennen uns in der Energiepolitik zu einem Energiemix:

(Abg. Drexler SPD: Dann müssen Sie neu bauen!)

fossile Energie, Atomenergie, regenerative Energie. Aber jetzt, Herr Kollege Caroli – das kann ich Ihnen nicht ganz ersparen –: Wenn Sie schon so stark für eine Minderung der CO₂-Emissionen sind, dann hören Sie doch endlich einmal auf, die Kohle in Deutschland indirekt zu fördern. Denn das ist doch ein Bestandteil der Energiepolitik, den Sie nicht mehr verstehen und ich erst recht nicht, obwohl Sie das permanent fortsetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Dazu hat er keinen Ton gesagt!)

Nun, meine Damen und Herren, bekennen wir uns auch zum Energiemix bei den regenerativen Energien. Der Energiemix bei den regenerativen Energien – das ist der Sinn des Kabeljau-Vergleichs meiner Kollegin Dr. Brenner – muss in Schleswig-Holstein anders aussehen als der in Baden-Württemberg.

(Zuruf von der SPD: Kabeljau haben wir hier nicht, aber Wind!)

– Wind haben wir, aber lassen Sie mich einmal weiterreden.

Wenn bei uns Einigkeit über das Ausgangsziel besteht, die CO₂-Emissionen so weit wie möglich zu senken, müsste ei-

(Scheuermann)

gentlich bei der Frage, was wir zur Erreichung dieses Ziels tun, im Vordergrund stehen, wie viel CO₂-Minimierung mit einer Mark Einsatz

(Zuruf: Euro! – Abg. Walter GRÜNE: Das sind fast zwei Mark!)

– oder mit einem Euro, das ist egal – erreicht wird. Dabei schneidet die Windenergie schlecht ab; und die Photovoltaik schneidet am schlechtesten ab. Man müsste eigentlich in eine viel stärkere Förderung zum Beispiel der Blockheizkraftwerke eintreten.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Wer hat denn das Gesetz in Berlin gemacht?)

– Sie sind doch an der Regierung und nicht wir.

(Abg. Drexler SPD: Das haben Sie 18 Jahre lang verhindert!)

Dann müssten wir mit der Förderung noch viel mehr, als wir das bereits tun, in Bereiche einsteigen, in denen Energie eingespart werden kann. Wenn man CO₂-Emissionen reduzieren will, ist immer noch das größte Potenzial die Wärmedämmung in unserem Altbaubestand.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Sie haben das bei den Haushaltsberatungen abgelehnt!)

Herr Knapp, jetzt muss ich Ihnen einmal Folgendes sagen: Zur Ehrlichkeit gehört natürlich auch, dass man bei jeder Debatte ein paar Grundziele unserer Landespolitik berücksichtigt. Grundziel unserer Landespolitik ist – da sind wir uns doch auch einig; ich sage es allgemein –, von der Verschuldung herunterzukommen.

(Abg. Knapp SPD: Ja! – Abg. Drexler SPD: Da haben wir die Landesstiftung!)

Eines geht nicht: dass Sie, Herr Drexler, als Sprecher Ihrer Fraktion uns in den Haushaltsplanberatungen als Schuldener beschuldigen

(Abg. Birzele SPD: Zu Recht!)

und dann in der Zeit zwischen zwei Haushaltsdebatten munter fordern, fordern, fordern, ohne zu sagen, wie das bezahlt werden kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Knapp SPD: Falsch, im Haushalt! Genau wie Sie es in Berlin gemacht haben!)

Ein weiterer Gedanke, meine Damen und Herren: Wenn ich heute das Ziel habe, in etwa zehn Jahren eine Verdoppelung des Anteils der regenerativen Energien zu erreichen, dann kann ich doch nicht schon heute ein Urteil fällen, wie es in zehn Jahren aussehen wird.

(Abg. Drexler SPD: Aber Sie haben keinen Plan! Alles, was man durchrechnet, kommt nicht zu dem Ergebnis!)

– Darauf komme ich noch.

Wir stehen doch zum Beispiel auch technologisch vor weiteren Entwicklungen, die unmittelbar vor einem gewissen

Durchbruch stehen. Ich nenne nur einmal das Stichwort „Blockheizkraftwerke“: Wir können doch nicht so tun, als ob wir dieses Ziel in zehn Jahren ausschließlich unter den Bedingungen von heute erreichen müssen. Sie konzedieren uns ja auch in dieser Debatte, dass wir bei der Forschung zu regenerativen Energien Spitze sind. Dann gehe ich doch auch einmal davon aus, dass uns im Laufe der nächsten acht Jahre noch Mittel und Möglichkeiten aus dieser Forschung zur Verfügung stehen, die ich heute noch nicht berücksichtigen kann, weil ich sie nicht genau kenne. Im Umkehrschluss kann ich aber auch nicht sagen, ob dieses Ziel nur mit Mitteln, die uns heute zur Verfügung stehen, zu erreichen wäre.

(Abg. Drexler SPD: Was heißt das jetzt? – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Scheuermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Abg. Scheuermann CDU: Gern.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Kollege Scheuermann, Sie haben zum zweiten Mal die Bedeutung der Blockheizkraftwerke herausgestrichen. Ich möchte Sie fragen, wie Sie es bewerten, dass sich die Landesregierung als Eigentümerin eines Fernheizwerks ohne Stromerzeugung an der Universität Tübingen seit fünf Jahren standhaft weigert, dort eine Turbine und einen Generator mit einer Leistung von 5 Megawatt zu installieren, obwohl sogar ein Angebot der Stadtwerke Tübingen vorliegt und der Gemeinderat einstimmig dieses Ansinnen unterstützt hat, mit einer einzigen ablehnenden Begründung: Wir hoffen auf weiteres Absinken der Stromkosten, dann würde es vielleicht noch wenige Cent billiger. Halten Sie das für kompatibel mit Ihrem Vortrag zugunsten der Blockheizkraftwerke?

Abg. Scheuermann CDU: Wenn es so wäre, wie Sie gesagt haben, würde ich das nicht für kompatibel halten.

(Abg. Birzele SPD: Sehr gut! „Nicht für kompatibel“!)

Ich bin gerne bereit, mich auch persönlich in dieser Geschichte kundig zu machen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Bravo-Rufe von der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: Antrag! – Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt geht es der Regierung an den Kragen!)

– Ich habe gesagt: „kundig zu machen“. Oft ist es so, dass sich dann der Sachverhalt doch ein Stück weit anders darstellt, als der Fragesteller gemeint hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen letzten Gesichtspunkt erwähnen, nämlich die Frage der Kollision zwischen den Interessen der Windkraftanlagen und den Interessen des Natur- und Landschaftsschutzes.

(Abg. Drexler SPD: Okay!)

Wenn man Ihre Reden gehört hat, könnte man zu dem Ergebnis kommen, die Verdoppelung des Anteils der Wind-

(Scheuermann)

energie oder eine noch größere Zielerreichung ist das oberste Interesse, und diesem Interesse haben sich alle anderen unterzuordnen. Dem ist beileibe nicht so. Das Mindeste, was wir hier fordern, ist ein Gleichrang der Interessen von Windenergie und Natur- und Landschaftsschutz. Wenn ich mir einmal die wirtschaftlichen Potenziale hinter diesen Interessen vergegenwärtige – aufgrund unserer Landschaft nenne ich einmal Fremdenverkehr –,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

dann ist vielleicht nicht einmal mehr dieser Gleichrang gerechtfertigt.

(Zuruf des Abg. Knapp SPD)

Es ist doch Aufgabe der Änderung des Landesplanungsgesetzes, uns Mittel und Wege an die Hand zu geben, wie wir diesen Ausgleich zwischen den Interessen der regenerativen Energie auf der einen Seite und denen der Natur- und Landschaftspflege auf der anderen Seite zu einem Ausgleich bringen.

(Beifall der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Jetzt haben wir ein paar Streitfragen: Genügen zwei Flächenkategorien, also eine Fläche, sage ich jetzt einmal ganz unspeziell, bei der eine Abwägung dieser Interessen einen Vorrang der Interessen der Windenergie gebracht hat – – Das heißt, dort sind Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen möglich, ohne dabei noch einmal eine solche raumordnerische Abwägung durchführen zu müssen.

Wir haben jetzt den Streit, ob wir neben diesen Vorrangflächen auch Eignungsflächen brauchen. Vorrangflächen würden bedeuten, dass als solche ausgewiesene Flächen ausschließlich der Nutzung durch die Windenergie dienen. Bei Eignungsflächen würde es heißen – wenn ich die brauche; und das ist der Streit, den wir heute sicherlich auch nicht austragen können –: Eine Eignung für Windenergie ist gegeben, aber auch für andere Nutzungen.

Dann leiten Sie in gewissem Umfang ein Windhundprinzip ein: Derjenige, der in einem Eignungsgebiet mit einer möglichen Nutzung der Erste ist, bewirkt, dass auf dieser Fläche dann eine andere Nutzung nicht mehr möglich ist.

Logischerweise bedeutet eine Vorrangfläche, dass es auch Flächen gibt, bei denen eine solche Nutzung ausgeschlossen ist. Jetzt erhebt sich die Frage: Kann ein Regionalverband über die gesamte Fläche eines Verbandes hinweg Vorrangflächen und Ausschlussflächen so legen, dass kein Quadratmeter ungeregelter Fläche mehr übrig bleibt? Dies wird nicht der Fall sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Das heißt, es gibt eine im Vergleich zur Gesamtfläche einer Region geringe Vorrangfläche, wo ohne weitere raumordnerische Abwägung Windenergienutzung zulässig ist. Und es gibt eine Fläche, deren Größenordnung ich jetzt nicht definieren kann, bei der das ausgeschlossen ist. Und dann bleibt der nach meinem Dafürhalten größere Rest, bei dem § 35 des Baugesetzbuchs gilt, aber die raumordnerische

Abwägung durchgeführt werden muss, und die kann unterschiedlich ausfallen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ja!)

Weil ich nicht heute in einem Antrag präjudizieren will, was denn nun richtig ist, und weil die Regierung offensichtlich gutachterlich prüfen will, ob zwei Flächenkategorien – Vorbehalts- und Ausschlussflächen – reichen oder ob auch noch Eignungsflächen festgelegt werden müssen, haben wir uns jetzt nach langer Debatte über die Fraktionen hinweg dafür entschieden, unserem Antrag zuzustimmen,

(Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ach was!)

der nichts präjudiziert. Wir haben ja auch einmal ins Auge gefasst, zu einem gemeinsamen Antrag zu kommen, aber Ihre drei Flächenkategorien präjudizieren gerade eine Entscheidung bei dem Problem, welches die Regierung im Moment gerade gutachterlich untersucht oder untersuchen lässt. So viel von mir aus.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

(Abg. Dr. Reinhart CDU schaut demonstrativ auf die Uhr. – Abg. Dr. Reinhart CDU: Sag mal! Zwei Stunden reden wir jetzt schon!)

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will wirklich nur noch zu diesen beiden Anträgen Stellung nehmen, denn ich möchte nicht, dass das Prinzip der unbegrenzten Redezeit wieder reduziert wird auf das Prinzip der unbegrenzten Redefreiheit, was aber auch schon etwas wert ist.

(Abg. Walter GRÜNE: Das gilt auch für Abgeordnete!)

– Ja, natürlich, ich habe bisher genau 13 Minuten gesprochen und werde jetzt auch keine 10 Minuten mehr brauchen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir haben im Verband Region Stuttgart – da bin ich Fraktionsvorsitzender, wie es auch Herr Schmiedel ist – bereits einen hervorragenden Plan aufgestellt – er steht kurz vor der Verabschiedung –, der drei Kategorien hat: Vorrang, Eignung und Ausschluss. Das wurde gerade in Rheinland-Pfalz als vorbildlich vorgetragen. Ich bin, was die Frage der drei Gebietskategorien anbelangt, sogar befangen, weil wir damit gute Erfahrungen gemacht haben.

Aber es ist ganz selbstverständlich: Zuerst muss einmal geprüft werden – weil es bestritten wurde –, was aus dem Raumordnungsgesetz des Bundes abzuleiten ist. Der Herr Staatssekretär hat gesagt, das werde über das Justizministerium und über das Innenministerium erfolgen. Danach kann und muss entschieden werden, inwieweit die Einbeziehung einer dritten Raumkategorie rechtlich vorgeschrieben oder möglich ist.

(Hofer)

Man kann ja nicht vor einer Prüfung schon das Ergebnis beschließen. Nach diesem Ergebnis wäre ich auch daran interessiert, dass man nach Möglichkeit die Kategorien entweder inhaltlich in diesem Gesetz beschreibt oder der kommunalen Seite das Beschreiben durch eine dritte Gebietsform ermöglicht. Das kann aber erst der zweite Schritt sein.

Deshalb plädiere ich dafür, den Einstieg in diese Prüfung zu ermöglichen, indem wir alle zusammen dem gemeinsamen Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zustimmen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Mit dem Änderungsantrag der SPD!)

Ich tue mich natürlich auch beim eigenen Antrag leichter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palmer.

(Abg. Döpfer CDU: Der bedankt sich jetzt für die Unterstützung vom Scheuermann!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegin Brenner, Ihr Beitrag liegt leider schon länger zurück, als ich es zum Zeitpunkt meiner Wortmeldung vermutete. Aber er war so bemerkenswert, dass ich ihn an zwei Punkten in Erinnerung rufen möchte.

Der erste Punkt: Sie hatten auf die Frage von Herrn Witzel, ob es nicht geeignete Windkraftstandorte im Schwarzwald gebe, darauf verwiesen, dass Sie im Hochschwarzwald wohnen und dort noch keinen Wind feststellen konnten.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das stimmt nicht! Das hat sie nicht gesagt!)

Deswegen wüssten Sie aus Erfahrung, dass es dort keine besonders geeigneten Windkraftstandorte gibt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Protokoll nachlesen und sauber zitieren!)

– Sie darf das Zitat gerne ergänzen und noch präzisieren.

Ich habe mich beim Oberbürgermeister der Stadt Horb erkundigt. Tatsache ist: Horb-Altheim liegt unterhalb von 500 Meter, der Hochschwarzwald fängt erst ab etwa 1 000 Meter Höhe an, und Sie wohnen sogar noch im Tal.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Mein Wahlkreis geht bis hinter den Kniebis!)

Nun mag es sein, dass dort nicht ausreichend Wind vorherrscht, aber im Hochschwarzwald – besuchen Sie den! – gibt es ausreichend Wind für Windkraftwerke, und dort werden Messungen gemacht.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Kennen Sie die Hornisgrinde?)

– Die Hornisgrinde ist aber deutlich höher als 500 Meter, und dort weht Wind, Frau Brenner.

(Abg. Dr. Birk CDU: Aber das ist ihr Wahlkreis! –
Abg. Hofer FDP/DVP: Führt uns das jetzt sehr viel weiter?)

Die zweite Bemerkung: Frau Dr. Brenner, Sie haben ausgeführt, es sei historisch erwiesen, dass Windkraftträder im Schwarzwald keinen Sinn machten, weil es dort in der Vergangenheit auch keine Windmühlen gegeben habe. Daraus leiten Sie ab, dass dort nicht genügend Wind vorhanden ist.

Es gibt einen ganz anderen Grund dafür. Die Altvorderen vor 1850 hatten praktisch keine Möglichkeit, Energie zu transportieren. Der Transport war mit das teuerste Gut überhaupt, weil sie dafür Lebensmittel investieren mussten, entweder in Menschenkraft oder in Pferdekraft. Mit anderen Worten: Hätten sie oben auf dem Berg ein Windrad installiert, um dort Korn zu mahlen, hätten sie das im Tal angebaute Korn teuer hinaufschaffen müssen. Genauso hätten die Altvorderen natürlich niemals im Leben Holz am Berg hang gefällt, um es nach oben zum Sägen mit der Windkraft zu schaffen. Das heißt, Ihre Annahme, dass es gar keinen Wind gegeben haben könne und deswegen die Alten dort nicht gebaut haben, ist völlig falsch.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Ich fasse zusammen. Ex falso quodlibet – das kann Frau Lazarus bestätigen –, aus falschen Prämissen folgt jede beliebige Schlussfolgerung. Sie sind von völlig falschen Annahmen ausgegangen und sind deswegen zu dem falschen Ergebnis gekommen, dass die Windkraft bei uns in Baden-Württemberg sinnlos sei. Das Gegenteil ist richtig. Nachdem Sie keine starken Argumente gegen die Windkraft vorgetragen haben, nehme ich an, dass Sie Ihre Position deutlich revidieren werden.

(Beifall des Abg. Sakellariou SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Gut! Stimmen wir ab!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

(Abg. Dr. Birk CDU: Reden bei euch alle zu dem Thema?)

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Birk, falls Sie zu diesem Thema auch etwas zu sagen haben, können Sie auch noch gerne kommen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Dem Walter fällt nichts Neues mehr ein!)

Ich möchte mich auch auf die wohl als suboptimal zu bezeichnende Rede der Kollegin Brenner beziehen. In dieser Rede, Frau Kollegin Brenner, haben Sie doch einiges durcheinander gebracht.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Nein!)

Fangen wir mit dem EEG an. Sie haben da einen Schwachpunkt entdeckt, nämlich, größere Wasserkraftwerke könnten nicht unterstützt werden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Doch, Witzel unterstützt sie!)

(Walter)

Jetzt frage ich Sie: Wenn Sie das schon entdeckt haben, weshalb hat dann die Landesregierung damals, als es darum ging, das EEG auf den Weg zu bringen, im Bundesrat einfach dagegen gestimmt, ohne irgendwelche Änderungsanträge einzubringen?

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Der Staatssekretär hat es doch erklärt! Waren Sie da draußen?)

Sie haben das EEG pauschal abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das ist der erste Punkt. Sie haben damit dem Standort Baden-Württemberg massiv geschadet.

Sie beziehen sich darauf, dass wir in der Forschung Spitze sind.

(Abg. Capezzuto SPD: Schon wieder!)

Das sind wir auch. Nur hätte das bis heute gar nichts genutzt, wenn die Bundesregierung nicht entsprechende, weltweit führende Programme aufgelegt hätte. Dann wären wir zwar immer noch bei der Forschung führend, aber das Geld damit hätten Japan, die USA und andere Länder verdient. Dank der jetzigen Bundesregierung ist das jetzt anders.

Seit dem Amtsantritt der jetzigen Bundesregierung gibt es in Deutschland wieder Solarfabriken. Das hat es zuvor nicht mehr gegeben. Unter Kohl und Kinkel sind die Betreiber alle ins Ausland abgewandert, weil es hier keine Förderung mehr gab. Das ist der Punkt, und den vergessen Sie immer wieder zu erwähnen.

(Zurufe der Abg. Dr. Carmina Brenner und Hauk CDU)

Der nächste Punkt, den ich erwähnen möchte: Sie haben gesagt,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Kollege Walter, zweieinhalb Stunden haben wir das jetzt!)

nur durch das EEG werde die Windkraft rentabel. Warum hatte dann Hessen in der Zeit, als dort noch Rot-Grün regierte, bereits vor dem EEG sechsmal so viel Windkraft wie Baden-Württemberg, obwohl ja Hessen auch wenig Zugang zum Meer hat, wie Sie sicherlich wissen, und obwohl Hessen in etwa die gleichen Voraussetzungen wie wir hat? Das heißt, Windkraft ist eben rentabel, wenn der politische Wille vorhanden ist.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Das ist das Problem in Baden-Württemberg: Es fehlt der politische Wille zum Ausbau der Windenergie. Das ist der Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Hauk CDU: Wenn die ökonomischen Voraussetzungen stimmen!)

Sie sagen: „Wir brauchen große Wasserkraftwerke.“ Ich kann dazu an eine Petition aus der letzten Legislaturperi-

ode erinnern. Im Felsentäler Hof im Schwarzwald – das war vielleicht sogar in Ihrem Wahlkreis; das weiß ich nicht mehr genau –

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

ging es um ein größeres Kraftwerk. Wir hatten im Petitionsausschuss einen einstimmigen Beschluss. Was hat die Landesregierung gemacht? Sie hat diesen Beschluss nicht nur nicht umgesetzt, sie hat gesagt: „Nein, wir wollen das nicht.“ Das heißt, es handelt sich doch um Krokodilstränen, die Sie hier in Sachen Wasserkraft vergießen.

(Abg. Döpfer CDU: Na, na, na!)

Wenn Sie tatsächlich so große Fans der Wasserkraft sind, dann setzen Sie das im Petitionsausschuss bitte noch einmal um. Sie können das Thema noch einmal auf die Tagesordnung setzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

– Nein, ich habe schon mit dem ganzen Ohr zugehört.

Sie sagen, wir müssten zum Beispiel noch Grundlast haben, weil das Windrad nicht immer laufen würde. Ich sage Ihnen – Herr Kollege Scheuermann hat zu Recht darauf hingewiesen –: Wir brauchen mehr Kraft-Wärme-Kopplung. Was hat die Landesregierung in dieser Hinsicht getan? So gut wie gar nichts.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Biomasse!)

– Biomasse, ja. Wir können da auch zum Thema Biogas kommen. Dazu habe ich heute gehört, dass das Land Anträge zu lange bearbeitet oder ganz ablehnt. Also, Herr Kollege, da können Sie auch im ländlichen Raum einmal etwas tun.

Der nächste Punkt, meine Damen und Herren: Kernkraft. Dazu möchte ich noch etwas sagen, weil immer von „Kernkraft, CO₂-frei“ die Rede ist. Ich empfehle Ihnen einmal dringend, die beiden Studien „Nachhaltiges Deutschland“ des Umweltbundesamts zu lesen. In beiden Studien wird darauf hingewiesen, dass der Ausbau der Kernenergie auch in Sachen CO₂ kontraproduktiv sei. Denn der Ausbau der Kernenergie ist der Weg der Energieverschwendung. Das hat schon 1986 die Enquetekommission des Bundestags zum Thema „Zukünftige Energienutzung“ festgestellt. Bis heute sind diese Erkenntnisse nicht bei Ihnen angekommen. Bitte lesen Sie wenigstens die aktuellen Studien.

(Abg. Dr. Birk CDU: Herr Kollege Walter!)

Auch Ihnen bei der EnBW, Herr Kollege Birk, würde das nicht schaden.

(Beifall des Abg. Dr. Salomon GRÜNE – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des von Ihnen angesprochenen Abg. Dr. Birk?

(Abg. Teßmer SPD: Versteht der auch etwas?)

Abg. Walter GRÜNE: Ja, gern.

Präsident Straub: Bitte.

Abg. Dr. Birk CDU: Herr Kollege Walter, ist Ihnen bekannt, dass sich das Umweltbundesamt in diesem Zusammenhang auch sehr kritisch mit der kleinen Wasserkraft auseinandergesetzt hat und vor einem weiteren Zubau der kleinen Wasserkraft gewarnt hat?

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Haben Sie eine selektive Wahrnehmung, Herr Kollege Walter? – Gegenrufe von der SPD)

Abg. Walter GRÜNE: Oh, Herr Kollege Reinhart! – Ich habe das gelesen. Aber das ist dort auch sehr differenziert aufgeführt.

(Abg. Hauk CDU: Ja, genau! Es ist sehr differenziert!)

– Nein, nein. Es wird nicht generell vor dem Ausbau gewarnt. Das stimmt überhaupt nicht.

(Abg. Dr. Birk CDU: Herr Witzel wird es bezeugen können! – Gegenruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Vielmehr wird nur darauf hingewiesen, dass man dies nicht ungehindert tun könne.

(Zurufe von der CDU)

– Dort steht es so nicht drin. Es geht um einen ungehinderten Ausbau.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Aber für diesen hat hier weder Kollege Witzel noch sonst jemand gesprochen. Das müssen Sie schon ein bisschen genauer nachlesen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Das ist aber unter deinem Niveau! – Abg. Seimetz CDU: Das ist das Subniveau!)

Ich komme zum letzten Punkt, meine Damen und Herren: Sie haben die Wärmedämmung angesprochen. Herr Kollege Scheuermann, da hat der Bund mit dem CO₂-Minderungsprogramm wieder gezeigt, wie es geht. Sie sind hier mit dieser schrägen Konstruktion der Stiftung einen Weg gegangen, der verhindert, dass man es ähnlich macht wie im Bund. Dort hat man gesagt: Mit den Geldern, die man durch den Verkauf der UMTS-Lizenzen eingenommen hat, werden Schulden getilgt. Mit dem, was man an Zinsen spart, tätigt man zukunftssträchtige Investitionen – unter anderem das CO₂-Minderungsprogramm. So etwas Ähnliches hätten wir in Baden-Württemberg auch machen können. Damit wäre der Umwelt gedient worden. Damit zeigt auch die Bundesregierung einmal mehr, wo es langgeht, meine Damen und Herren.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Noch ein allerletzter Punkt: Hier wurde mein früherer Kollege Helgo Bran zitiert. Da muss ich ja schon lachen, wenn er zitiert wird. Aber wenn in Ihren Zitatenschatz zukünftig

Eingang finden soll, was mein früherer Kollege Bran sagt, dann kann ich Ihnen ein altes Zitat von ihm nennen, das mir eingefallen ist. Das hat zwar mit diesem Thema nichts zu tun, aber Sie können es gern immer verwenden. Das lautete: „Psychodelische Pilze sind besser als Sex.“

Danke.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Reinhart CDU: Kann man das erklären? – Abg. Hofer FDP/DVP: Unbegrenzte Redezeit! – Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kaufmann.

Abg. Kaufmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die neuen Regelungen zur Redezeit geben auch die Möglichkeit zu einem ungeplanten Redebeitrag. Das hat den Vorteil, dass man gezwungen ist, sich kurz zu fassen und sich hart an der Sache zu orientieren.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr löblich! – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Deshalb möchte ich eigentlich nur zu dem uns heute vorliegenden Gesetzentwurf bzw. zu den Anträgen Stellung nehmen. Dazu darf man aber durchaus eine Vorbemerkung machen. Herr Ministerpräsident, die Reaktion auf den Ministerratsbeschluss zur Ausweisung von Standorten für Windenergieanlagen hat im Land wahrlich keinen Jubel verursacht. Genau das Gegenteil war der Fall. Es herrschte blankes Entsetzen, zumindest bei den potenziellen Betreibern, die dadurch eine Aushöhlung der Privilegierung nach § 35 des Baugesetzbuchs befürchteten. Es gab aber auch Kopfschütteln und Entsetzen

(Zuruf von der SPD: Bei den Gemeinden!)

insbesondere zunächst einmal bei den Gemeinden und bei den Regionalverbänden, die natürlich befürchten, dass sie für ihre bisherige Arbeit keine ausreichende Rechtsgrundlage mehr haben und ihre Planungen obsolet werden.

Die Vorgabe, Vorranggebiete mit einem absoluten Ausschlusscharakter festzulegen und dann noch die Regional- und Raumbedeutsamkeit bei einer Nabenhöhe von 50 Metern und bei mehr als zwei Anlagen festzustellen, heißt, dass im Prinzip alle Windkraftanlagen durch dieses Raster fallen. Alle modernen Windkraftanlagen haben diese Höhe, insoweit wird jede erfasst. Ob es zweckmäßig ist, die Raumbedeutsamkeit in diesem Umfang festzulegen, ist rechtlich – –

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Wollen Sie, dass man überall Einzelanlagen errichten kann?)

– Das hat damit nichts zu tun. Machen Sie sich einmal bei den einschlägigen Gerichtsurteilen kundig, ob das eine rechtssichere Auskunft ist. Es gibt ein Urteil eines Magdeburger Gerichts, das festgelegt hat, dass die Höhe nicht das ausschlaggebende Kriterium für die Raumbedeutsamkeit sein kann. Aber das ist jetzt nicht mein Thema.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Aber wollen Sie, dass überall errichtet werden kann? Sagen Sie doch einmal, was Sie wollen!)

(Kaufmann)

Ich will auf den Punkt kommen. Alle Regionalverbände sind der Meinung, dass das Planungsinstrumentarium verbessert werden muss und dass es flexiblere Instrumente geben muss. Diese Instrumente stehen im Raumordnungsgesetz. Deshalb ist Ihr Antrag, der Landtag wolle beschließen, die Privilegierung der Windkraftanlagen nach § 35 des Baugesetzbuchs nach den Vorgaben des § 7 Abs. 4 des Raumordnungsgesetzes auf eine landesplanerisch rechtssichere Genehmigungsbasis zu stellen, in der Sache berechtigt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Wir präzisieren das!)

Wir haben das nur präzisiert.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Mein guter Gunter!)

Wir haben es präzisiert, weil der Absatz 4 genau die von uns im Änderungsantrag genannten Vorranggebiete, Vorbehaltsgebiete und insbesondere Eignungsgebiete expressis verbis benennt.

Damit kein Zweifel auftritt, was Sie wollen – nämlich die Möglichkeit schaffen, auch Eignungsgebiete auszuweisen –, haben wir dies in den Änderungsantrag hineingeschrieben, um Sie dazu zu zwingen, in diesem Fall Farbe zu bekennen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Es muss möglich sein, Vorranggebiete, Eignungsgebiete und – wie Sie gesagt haben, Herr Scheuermann; dieser Meinung bin ich auch – Flächen auszuweisen, die dann nach § 35 des Baugesetzbuchs zu beurteilen sind. Genau diese Intention liegt unserem Antrag zugrunde. Sie haben es ähnlich formuliert. Es ist abenteuerlich, zu sagen: Da brauchen wir jetzt noch eine Prüfung.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nein, wird gestrichen!)

Das Gesetz – schauen Sie hinein – sieht das ausdrücklich vor. Andere Bundesländer praktizieren es, und alle Regionalverbände, die ich kenne, fordern, dass man die Eignungsgebiete als mögliches Planungsinstrument in das Landesplanungsgesetz von Baden-Württemberg hineinschreibt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Witzel GRÜNE – Abg. Drexler SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Es gibt keinen Grund, dieses vom Bundesgesetzgeber vorgesehene Instrumentarium unseren Planungsträgern zu verweigern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es! – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Wenn Sie sichergehen wollen, dann schlage ich Ihnen auch vor, zusätzlich einen Durchführungserlass an die Regionalverbände zu geben. Darin können Sie dann festlegen, was die Suchkriterien sind, welches die Tabukriterien, wie es mit der rechtlichen Belastbarkeit bei den Winddaten bestellt ist.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nicht so viel! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Wann darf der Wind kommen?)

Da können Sie sich einfach einmal austoben und sagen, was Sie eigentlich wollen, statt übers Land zu gehen und zu sagen: Alles ist raumbedeutsam, alles muss kontrolliert werden, alle Räder stehen still, wenn mein starker Arm es will. So kann es nicht gehen!

(Beifall bei der SPD)

Gleichzeitig schlage ich Ihnen noch vor: Das Erheben von Winddaten ist eine teure Angelegenheit.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Wenn die Landesregierung dies will, dann soll sie die LfU dazu zwingen, ein geeignetes Raster mit entsprechenden Planungsdaten aufzustellen und dies den Regionen und den Regionalverbänden zur Verfügung zu stellen. Diese Kosten gehören ressortmäßig zum Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister für Umwelt und Verkehr Müller.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte, die normalerweise eine Stunde dauert, läuft seit zweieinhalb Stunden, und ich habe noch gar nicht gesprochen.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Zugabe!)

Ich bin hier nur zum Rednerpult gegangen, um zu sagen: Es gäbe viel zu sagen, aber heute von mir nicht mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! Sehr gut! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr gut! Bravo! Der Mann ist gut!)

Aber wenn ich etwas gesagt hätte, hätte ich das unter vier Überschriften gebracht.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Die Überschriften sage ich Ihnen noch. Fordern Sie mich nicht heraus, die Inhalte zu liefern; sonst dauert es eine halbe Stunde.

(Große Heiterkeit)

Den Anteil regenerativer Energien zu verdoppeln ist ein ehrgeiziges Ziel. Wenn ich ein ehrgeiziges Ziel habe, dann sollte ich ein paar Fehler vermeiden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Erstens: Ich sollte versuchen, in diesem Bereich mit relativ viel Physik und Ökonomie vorzugehen und mit relativ wenig Ideologie und Moden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut! Mit möglichst viel Konsens! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

(Minister Müller)

Zweitens: Ich würde versuchen, mit mehr Ordnungspolitik vorzugehen und mit weniger Subventionspolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP und Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr gut!)

Drittens: Ich würde versuchen, mich auf die großen, wesentlichen Felder zu beziehen

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Wo auch etwas herauskommt!)

und dabei die Hebel, die ich habe, in Bewegung zu setzen. Die liegen übrigens bei der Bundespolitik und bei der internationalen Klimaschutzpolitik, und manches hier ist relativ kleinkariert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Knapp SPD)

Und viertens: Meine Damen und Herren, bei dem Gemälde, das Sie zeichnen, gibt es die Guten und die Bösen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! Sehr gut!)

Die einen haben das Etikett Schwarz-Gelb, und die anderen haben das Etikett Rot-Grün. Die Wirklichkeit ist viel differenzierter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Aber um das auszuführen, müsste ich jetzt eine längere Rede halten.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Machen Sie es doch!)

Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Starke Rede!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, Sie waren alle Zeugen einer Premiere: Das war die kürzeste Rede, die der Herr Umweltminister je gehalten hat.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Drexler SPD: Ein Minister überhaupt!)

Lassen Sie mich aber zu den Redezeiten allgemein noch eine Bemerkung machen, auch weil ich in einigen Kommentaren falsche Vergleiche gehört habe. Bei umfangreichen Tagesordnungspunkten hat das Präsidium stets 10 oder 15 Minuten Redezeit pro Fraktion, gegebenenfalls gestaffelt, festgelegt. Zusätzlich gab es bei Großen Anfragen noch 5 Minuten für das Schlusswort und bei Anträgen 5 Minuten für die Begründung. Also wenn Vergleiche, dann bitte mit den richtigen Zeitangaben!

(Abg. Hofer FDP/DVP: Dann kann man ja noch ein bisschen weitermachen! Dann haben wir noch etwas Luft! – Abg. Alfred Haas CDU: An wen war das jetzt gerichtet?)

Nun kommen wir, da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Die Große Anfrage der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/134, ist durch die Aussprache erledigt.

Abschnitt I des Antrags Drucksache 13/269 ein Berichtsantrag. Er ist durch die Aussprache erledigt.

Zu Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/269 liegt der Änderungsantrag Drucksache 13/928 vor. Abschnitt I dieses Antrags begehrt lediglich, Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/269 abzulehnen. Ich schlage deshalb vor, jetzt über Abschnitt II des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/269, abzustimmen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Wer Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/269 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit Mehrheit abgelehnt.

Damit ist Abschnitt I des Änderungsantrags Drucksache 13/928 erledigt.

Wir kommen zu Abschnitt II des Änderungsantrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/928. Hierzu liegt der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Drucksache 13/932, vor, mit dem der Text ergänzt werden soll. Ich frage die Antragsteller, ob sie diese Ergänzung übernehmen.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP: Nein!)

– Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/932, abstimmen. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist abgelehnt.

Dann lasse ich über Abschnitt II des Antrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/928, abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II dieses Antrags ist mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/156, abstimmen. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Kranke Kassen statt Krankenkassen – Verfehlte Gesundheitspolitik der Bundesregierung zulasten der Bürgerinnen und Bürger – beantragt von der Fraktion der CDU

Es gelten die üblichen Regeln der Aktuellen Debatte mit Ausnahme der Redezeitbegrenzung, aber natürlich mit der Regelung, dass in zwei Runden debattiert werden soll.

Das Wort erhält Herr Abg. Hoffmann.

(Große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit für den Redner. – Bitte schön, Herr Kollege Hoffmann.

Abg. Hoffmann CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Gesundheit das Wichtigste im Leben ist und für die Aussprache über die Windenergie schon zweieinhalb Stunden gebraucht wurden, müsste eigentlich die jetzige Aktuelle Debatte fünf Stunden dauern; aber ich glaube, das will hier niemand.

Stellen Sie sich unsere Krankenkassen einmal als Patienten vor, die ernsthaft erkrankt sind und dringend einen Arzt benötigen. Als Ärztin erscheint Frau Gesundheitsministerin Schmidt, und als einziges Medikament – es sei ihr verziehen, weil sie nicht vom Fach ist – hat sie ein Glas Wasser dabei. Dieses Glas Wasser symbolisiert die Gesetze, die schon seit vielen Monaten die Rettung der schwer kranken Krankenkassen einleiten sollen. „Warum Wasser?“, fragt man sich. Das ist leicht zu beantworten: Wasser ist billig, es kann nicht schaden, es wird auch nichts nützen, aber niemand kann der Ärztin vorwerfen, sie habe nichts unternommen. Ein Glas Wasser ist ein gutes Symbol für die völlig unzureichenden Gesetze, die in den letzten dreieinhalb Jahren rot-grüner Gesundheitspolitik über uns hereingebrochen sind.

Mit einem Rekorddefizit – Frau Haußmann, ich muss es sagen, es ist so – von 5,5 Milliarden DM haben die Kassen das Jahr 2001 abgeschlossen, und dies, obwohl wir Beitragssätze haben, die so hoch sind wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Patienten müssen mit immer höheren Beiträgen rechnen, bekommen dafür aber keine besseren Leistungen. Wenn nichts Entscheidendes passiert – das sind auch Aussagen der Krankenkassen von dieser Woche –, ist damit zu rechnen, dass noch in diesem Jahr, spätestens am 31. Dezember, die Beitragssätze die 15-%-Marke überschreiten. Ich denke, wir alle wissen, was das bedeutet: Als wir hier vor einem Jahr diskutiert haben, waren wir bei 13,2 %, und jetzt sind wir bei fast 15 %.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: 14 % im Bundesdurchschnitt! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Steigende Tendenz!)

Passiert ist wider besseres Wissen nichts, aber auch gar nichts. Das Einzige, was innerhalb der letzten Monate abgeliefert worden ist, sind Beruhigungstabletten und hanebüchene Fehlleistungen.

Ich will Ihnen auch zwei Beispiele nennen, die das ganz deutlich machen: Wir haben die Aufhebung der Arznei- und Heilmittelbudgets ohne jedes Auffangkonzept. Oder ich nenne den Ablasshandel unseres Bundeskanzlers mit der Pharmaindustrie über 400 Millionen DM.

(Abg. Alfred Haas CDU: Unglaublicher Vorgang!)

Ich möchte Ihnen zwei Sätze aus der Presseerklärung der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen zur aktuellen Situation vorlesen. Satz 1:

Die Beitragssatzerhöhungen wären vermeidbar gewesen, betonten die Spitzenverbände.

Und ein zweiter Satz:

Offenbar habe die Ankündigung der Bundesgesundheitsministerin Schmidt, die Arzneimittelbudgets abzuschaffen, ohne gleich wirksame Alternativen vorzusehen, diesen Ausgabenanstieg ausgelöst.

Bis Ende des Jahres – das war 2001 – rechnen die Spitzenverbände allein deswegen mit einer Mehrausgabe von 3 Milliarden DM.

Wir haben in dieser Woche mit Herrn Sing gesprochen. Ich habe heute vor dieser Debatte auch mit Herrn Dr. Schlenker von den Betriebskrankenkassen geredet.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir haben eine hanebüchene Situation. Im letzten Frühjahr sind die Arzneimittelausgaben der Krankenkassen um über 20 % in die Höhe gegangen. Frau Schmidt hat gesagt, das sei ein Einmaleffekt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Warum?)

Dieser Einmaleffekt hat sich über das ganze Jahr hingezogen, und im ersten Quartal – jetzt wieder –, zum 31. März, wurden auf die 20 % noch einmal 6 % Steigerung draufgesattelt. Das heißt, wir hatten innerhalb eines Jahres Ausgabensteigerungen für Arzneimittel um rund 25 %.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich weiß nicht, ob damit irgendein Patient gesünder geworden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Und Ihre Alternative?)

Jetzt wollen wir uns einmal über die konkreten Maßnahmen unterhalten, die die Bundesregierung vorgelegt hat, um die GKV zu retten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie doch mal, was Sie machen wollen!)

– Frau Haußmann, hören Sie mir jetzt einmal zu. Vielleicht können Sie noch etwas lernen, wenn Sie einmal einen Moment zuhören.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Beratungsresistent! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Unruhe)

Die Bundesregierung wirbt landauf und landab mit den Chronikerprogrammen. Jetzt muss man sagen – da bin ich redlich –, das Ziel ist ehrenwert, nämlich chronisch Kranke besser zu behandeln und dadurch mittelfristig nicht nur Geld einzusparen, sondern auch eine gerechte Mittelverteilung herzustellen. Ich sage es noch einmal – Frau Haußmann, Sie werden das nachher sicher aufgreifen, hoffe ich –:

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Bestimmt!)

Das Ziel ist in Ordnung, aber der Weg ist eine Katastrophe. Warum? Die chronisch Kranken sind bei genau denjenigen Kassen versichert, die schon jetzt die höchsten Beiträge haben. Diese Kassen müssen jetzt dafür sorgen, dass sich ihre Kunden in die Chronikerprogramme einschreiben. Wer viele Kunden dazu motivieren kann, bekommt viel Geld aus dem Risikostrukturausgleich. Aber – das ist der große Strickfehler – das Geld kommt nicht von den Kassen, die viel Geld haben, sondern die Kassen, die schon die chronischen Patienten haben und unter Mangel leiden, teilen sich

(Hoffmann)

diese Kosten auf. Sie haben nichts anderes als ein fröhliches Modell des Kreislaufs innerhalb der ohnehin angeschlagenen Großkassen. Betroffen sind die AOK, die Innungskrankenkassen und die Ersatzkassen.

Was wird die Folge sein? Die Chronikerprogramme sind ja das Hauptargument von Frau Schmidt. Es wird überhaupt nicht darum gehen, wer die besten Behandlungskonzepte vorweist, sondern es wird ein Wettbewerb ausbrechen. Dieser Wettbewerb hat schon begonnen: Die Patienten mögen sich einschreiben. Ob am Ende dann wirklich Chronikerprogramme stehen, die auch von den Patienten durchgeführt werden, spielt bei der Bezahlung der Programme schließlich keine Rolle. Das heißt, die Qualität am Ende wird nicht mehr überprüft. Sie ist völlig unwichtig. Wir machen jetzt eines: Wir machen einen riesigen Wettbewerb um die Einschreibung der Patienten. Das ist auch schon alles.

(Abg. Döpfer CDU: Mehr Kosten! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Was wollen Sie denn ändern? Das würde mich interessieren!)

– Das kommt noch. – Der nächste Punkt zu diesen Chronikerprogrammen ist: Ich bin gespannt, wie viele Abschlüsse wir in diesem Jahr zu diesen Programmen überhaupt bekommen. Denn die Vertragsparteien sind bis auf ganz wenige Ausnahmen bisher überhaupt nicht imstande, die Chronikerprogramme als leitliniengestützte Behandlung einzuführen, weil die Gesetzgebung wieder einmal sehr, sehr enge Vorgaben gemacht hat und sich kaum einer der Vertragspartner imstande sieht, die Programme zu definieren.

Ich sage Ihnen eines voraus: Wir werden wahrscheinlich im nächsten Jahr wieder darüber reden, weil dann hoffentlich wir an der Regierung sind und an den von Ihnen ausgelösten Folgen der Gesundheitspolitik etwas ändern können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das stimmt nicht! Da brauchen Sie bestimmt keine Angst zu haben! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Da ist aber der Stoiber vor! – Abg. Bebbler SPD: Sie werden nicht Gesundheitsminister!)

Ich sage Ihnen noch eines voraus: Die Chronikerprogramme werden, wenn überhaupt, erst in vielen Jahren Wirkung zeigen. Sie werden uns insgesamt mehr Geld und nicht weniger Geld kosten. Wir haben dann immerhin die Behandlung der Patienten verbessert, aber von Beitragssparnis oder konstruktiven Plänen kann man nicht reden.

Jetzt gibt es ein neues Gesundheitspapier unserer Gesundheitsministerin. Das ist vergangene Woche präsentiert worden – offensichtlich um für Wahlkampfruhe zu sorgen. Es scheint aber ein zweites Papier zu geben, und ich bin gespannt, Frau Haußmann, was Sie nachher dazu sagen werden.

(Abg. Fischer SPD: Wieso wissen Sie, dass Frau Haußmann nachher redet? – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Frau Haußmann sitzt nur zur Ablenkung da!)

Initiatoren dieses Papiers sind zwei Herren: Der eine heißt Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramts, und der zweite heißt Florian Gerster, der ja inzwischen eine neue Aufgabe übernommen hat. In diesem zweiten Papier sind drastische Einschnitte im Gesundheitswesen enthalten. Es ist aber offensichtlich ein Geheimpapier. Dieses Papier ist erstellt worden mit dem Hinweis auf den drohenden blauen Brief aus Brüssel.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aus der CDU-Zentrale wahrscheinlich!)

– Da fragen Sie einmal bei Ihren Leuten in Berlin nach.

Dramatisch für uns ist, dass Deutschland trotz hoher Ausgaben bei den Sterblichkeitsraten im Zusammenhang mit den häufigsten Erkrankungen nur im Mittelfeld liegt. Eine grundlegende Reform müsste aus unserer Sicht also zunächst einmal die Defizite beseitigen.

Was wird angeboten? Damit bin ich bei dem Papier der SPD, das uns auch vorliegt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie doch mal etwas zum CDU-Papier! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ich habe kein SPD-Papier!)

In dem Papier wird angeboten, zwei neue Behörden einzurichten. Das klingt zunächst einmal ganz toll.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist immer toll!)

Wir brauchen allerdings in der gesetzlichen Krankenversicherung gewiss – gewiss! – keine neuen Behörden. Wir brauchen auch gewiss keine neuen Wettbewerbsbeschränkungen, sondern die Kassen müssen in die Lage versetzt werden, über die Gestaltung des Beitragssatzes hinaus für die Versicherten attraktive Angebote zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Lassotta CDU: Mehr Gestaltungs- und Wahlmöglichkeiten!)

Durch das ganze Papier zieht sich ein roter Faden, der doch sehr interessant ist, nämlich eine Tendenz zur Gleichschaltung der Krankenkassen. Es begann bei den Veränderungen zum Risikostrukturausgleich; die Probleme sind ja auch auf den RSA zurückzuführen. Im neuen Papier ist auch zu sehen, dass die SPD eigentlich eine Einheitskrankenkasse will. Ich sage hier in aller Deutlichkeit, dass wir das unter keinen Umständen mittragen werden. Wir bekennen uns zur Pluralität der Krankenkassen. Wir wollen keine Einheitskasse. Sie können sich die versteckten Wege sparen, sie über den Risikostrukturausgleich anzustreben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Haben Sie einmal in die Schweiz geschaut?)

– Lieber Herr Drexler, ich wohne in der Nähe der Schweiz. Die Schweiz hat keine Einheitskrankenkasse.

(Abg. Drexler SPD: Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

– Ich habe das gerade gehört.

(Abg. Drexler SPD: Ich habe doch nicht gesagt, dass die eine Einheitskasse haben!)

(Hoffmann)

Wir werden den Menschen sagen, mit welchen konkreten Vorstellungen wir in die Bundestagswahl gehen. Wir werden auch keine Grund- und Wahlleistungen einführen, sondern die Versicherten werden weiterhin ihren Arzt frei wählen können.

(Zuruf von der SPD: Schauen Sie mal Ihr Wahlprogramm an!)

Wir wollen aber einige andere Wahlmöglichkeiten einführen.

(Zurufe von der SPD)

– Sie sollten aktuellere Papiere lesen und nicht die alten.

(Abg. Drexler SPD: Die haben wir gelesen! Stoiber!)

Es gibt andere Alternativen.

(Zuruf von der SPD: Für Stoiber gibt es andere Alternativen!)

Es gibt zum Beispiel die Möglichkeit, Wahltarife einzuführen. Die Wahltarife würden dazu führen, dass die Leute eine Beitragssatzsenkung wählen können. Die Beitragssatzsenkung ist aber gleichzeitig verbunden mit der Frage, welchen Eigenanteil sich der Einzelne zutrauen möchte.

(Abg. Drexler SPD: Ah ja! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ah ja! Nachtigall, ich hör dir trapsen!)

– Die Menschen wollen Alternativen im Gesundheitswesen. Die Alternativen können Wahltarife sein –

(Abg. Drexler SPD: Also, sehen Sie!)

Wahltarife sind eine sehr günstige Möglichkeit; andere Länder haben sie auch in Versuchen ausprobiert –, nach denen das Gesundheitswesen so gestaltet wird, dass die Menschen die Leistungen erhalten, die sie wirklich für sich in Anspruch nehmen möchten.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Richtig!)

Wir werden mehr Transparenz einführen – das fehlt in Ihrem Papier fast völlig –, und wir werden vor allem die Ungerechtigkeiten wie zum Beispiel die überzogenen Auswirkungen des Risikostrukturausgleichs beseitigen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie denn? Sagen Sie doch, wie!)

Die „kranken“ Krankenkassen brauchen keine Rezepte mit Wasser und keine Wundsalbe und vor allem keine runden Tische. Was wirklich gebraucht wird – und da geben Sie uns in dreieinhalb Jahren Gesundheitspolitik keinerlei Antwort –, ist eine umfassende Neuausrichtung des Gesundheitswesens. Der mündige Patient steht in Ihrem Papier, und Sie hätten dreieinhalb Jahre Zeit gehabt, die Bürger zu mündigen Patienten zu machen. Aber Sie haben es nicht getan.

(Abg. Drexler SPD: Und Sie haben sogar 16 Jahre Zeit gehabt! – Gegenruf des Abg. Dr. Lasotta CDU: Und Sie haben die Reform wieder rückgängig gemacht! Wir haben Ihnen 9 Milliarden DM Überschuss gegeben! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Das war doch keine Reform!)

– Frau Haußmann, hören Sie doch einen Moment mir zu und nicht dem Kollegen Lasotta, der sicher wichtige Einwendungen hat.

(Abg. Drexler SPD: Herr Lasotta hat keine Ahnung! – Zurufe der Abg. Ursula Haußmann SPD und Dr. Lasotta CDU)

Herr Lasotta ist auch Arzt.

(Abg. Drexler SPD: Ja, das merkt man! – Abg. Bebbler SPD: „Willi Wichtig“!)

Ich sage Ihnen noch einen letzten Satz. Wenn sich deutsche Ärzte bei der Behandlung der Kranken so viel Zeit gelassen und so schlechte Rezepte ausgestellt hätten, müsste man demnächst wohl mit dem Aussterben der deutschen Bevölkerung rechnen. Wir wollen eine andere Gesundheitspolitik, und ich bin sicher, wir werden sie ab dem 22. September auch bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das ist aber eine gefährliche Aussage! – Abg. Fischer SPD: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Haußmann.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage mich, wer bis 1998 regiert hat.

(Beifall bei der SPD)

Herr Hoffmann stellt sich hier hin und attackiert die Bundesgesundheitspolitik,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Wir hatten 9 Milliarden Überschuss!)

ohne konkrete Vorschläge zu machen, wie er es aus seiner Sicht gerne hätte. Kein Wort habe ich dazu gehört.

(Beifall bei der SPD)

Sie verunsichern nur die Patientinnen und Patienten massiv. Diese Politik machen wir nicht mit, Herr Kollege Hoffmann. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hoffmann CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu den solidarischen Stärken unseres Gesundheitssystems zählen nach wie vor ein umfassender Versicherungsschutz für alle, ein unabhängiger Leistungsanspruch, der allein durch das medizinisch Notwendige definiert wird,

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

und eine wohnortnahe Versorgung ohne Wartezeiten.

(Abg. Hoffmann CDU: Das sind alles Selbstverständlichkeiten!)

Das deutsche Gesundheitswesen hat aber auch Schwächen. Die OECD-Studie – ganz aktuell – belegt dies ja. Trotz ho-

(Ursula Haußmann)

hem Mitteleinsatz werden im Ländervergleich oft nur durchschnittliche Ergebnisse in der Gesundheitsversorgung erzielt. Die Leistungen müssen deshalb sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Das muss unser Ziel sein. Vor allem muss, um die Beitragssätze stabil halten zu können, die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringer verbessert werden. Daran arbeiten wir. Insgesamt müssen wir auch über Unter-, Über- und Fehlversorgung reden. Diese müssen vermieden werden, damit unser Gesundheitswesen auch künftig noch bezahlbar bleibt. Das sind wir den Beitragssatzhaltern und allen am Gesundheitswesen Beteiligten schuldig.

Wir brauchen Reformen, die Antwort auf die Frage geben, wie die Herausforderungen durch eine immer älter werdende Gesellschaft, durch den medizinischen Fortschritt und durch die Veränderung von Krankheitsbildern bewältigt werden können. Wir haben keinen Bedarf – ich sage das ausdrücklich – an Schnellschüssen und keinen Bedarf an drastischen Leistungskürzungen und Zuzahlungserhöhungen,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Warum haben Sie vier Jahre gebraucht? Vier Jahre haben Sie gewartet! Das ist Ihre Politik der ruhigen Hand!)

Herr Dr. Lasotta, für die Versicherten, wie dies die CDU beabsichtigt.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind wirklich die Letzten, die sich hier aufspielen sollten.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sie machen in der Bundesregierung die Politik!)

Ihr einziges Konzept ist, dass die Kranken die Zeche zahlen sollen. Sonst fällt Ihnen doch zu diesem Thema überhaupt nichts ein.

(Abg. Heinz CDU: Sie wollten doch alles besser machen, haben aber nichts gemacht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Jahr können wir davon ausgehen, dass die gesetzliche Krankenversicherung wieder schwarze Zahlen schreibt

(Lachen bei der CDU)

und die Beitragssätze stabil bleiben. Der durchschnittliche allgemeine Beitragssatz, der zum 1. Januar 2002 bundesweit

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Sie sind ja eine Mega-Lügnerin, Frau Haußmann!)

14 % beträgt, Frau Dr. Gräßle, wird sich im Jahresdurchschnitt 2002 auf etwas unter 14 % einpendeln. Denn es ist absehbar, dass aufgrund der neuen Kündigungsregelungen ab dem 1. April ein leichter Rückgang des durchschnittlichen allgemeinen Beitragssatzes zu erwarten ist. Außerdem besteht bei einigen Kassen bei hohen Finanzreserven

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

und nach wie vor deutlichen Überschussentwicklungen auch die Notwendigkeit der Beitragssatzsenkung.

(Abg. Hoffmann CDU: Das ist ein Hohn!)

– Das ist Fakt.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sie verschließen die Augen vor der Realität, Frau Haußmann!)

Durch die zur Jahreswende erfolgten Beitragssatzanhebungen, die zum Teil deutlich höher sind, als es zum Ausgleich des Defizits im Jahr 2001 erforderlich ist,

(Abg. Alfred Haas CDU: Das wiederholen Sie bitte noch einmal!)

und die konsequente Umsetzung der ergriffenen Sparmaßnahmen im Arzneimittelbereich wird sich die gesetzliche Krankenversicherung finanziell stabilisieren.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das glauben nur Sie! – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Frau Haußmann, Vorsicht, es gibt ein Protokoll Ihrer Rede!)

Selbst bei vorsichtigen Annahmen zur konjunkturellen Entwicklung können wir in diesem Jahr mindestens mit einem ausgeglichenen Finanzergebnis rechnen. Und warum wird das so sein? Weil wir schon einige wichtige Strukturveränderungen auf den Weg gebracht haben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die alle mehr Geld kosten!)

Zusätzlich zur Neuordnung des Arzneimittelmarkts haben wir in den letzten Monaten strukturelle Weichenstellungen eingeleitet, die sowohl die Versorgungssituation der Patientinnen und Patienten verbessern als auch die Solidarität unter den Krankenkassen stärken und gleichzeitig Einsparpotenziale bieten.

(Abg. Hillebrand CDU: Wer's glaubt!)

Ich will nur einige nennen.

Die mit Zustimmung des Bundesrats verabschiedete Reform des Risikostrukturausgleichs entlastet durch den ab 2002 eingeführten Risikopool insbesondere die Krankenkassen in den Ballungsräumen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Die Einführung der Disease-Management-Programme verbessert die Versorgungssituation chronisch Kranker.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Was kostet das, Frau Kollegin?)

Und genau um die geht es uns, um die Patienten; sie stehen nämlich in unserem Konzept im Mittelpunkt. Darüber werden wir zukünftig noch streiten.

Die Einführung der Disease-Management-Programme

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Kostet eine halbe Milliarde!)

(Ursula Haußmann)

kann insbesondere bei den großen Versorgerkassen bereits im zweiten Halbjahr 2002 – so die Erwartung der Experten – zu Entlastungen führen.

Zusätzliche Aufwendungen der Krankenkassen für die Programme werden vor allem mittel- und langfristig durch die verbesserte Versorgung und mehr Wirtschaftlichkeit kompensiert. Das Fallpauschalengesetz löst das Budgetsystem im Krankenhaus durch ein Preissystem ab, erhöht die Wirtschaftlichkeit und die Transparenz der Kosten und Leistungen sowie die Qualität von Behandlung und Pflege.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute!)

Ein Weiteres wird der Hausarzt als Lotse sein. Wir stärken die Prävention.

Das sind eine Fülle von Maßnahmen, bei denen auch Experten uns bestätigen, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die GKV, die gesetzliche Krankenversicherung, so modernisieren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass sie unter Beibehaltung der Grundprinzipien Solidarität, Sachleistungsprinzip, Selbstverwaltungsprinzip und unter Beibehaltung der medizinisch notwendigen Versorgung, der Vollversorgung, die zukünftigen Herausforderungen auch annehmen kann. Eine Zweiklassenmedizin, wie sie die CDU und auch die FDP planen,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Die haben wir doch jetzt! Wir haben doch jetzt schon eine Zweiklassenmedizin!)

wird es mit uns

(Abg. Drexler und Abg. Schmiedel SPD: Nicht geben!)

nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

(Zuruf von der SPD: Aber nicht wieder 16 Minuten! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Vier Minuten!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich streng an das Thema halten und versuchen, meinen Beitrag nicht zu sehr auszudehnen. Allerdings werde ich nicht nur Überschriften nennen können. Das Thema heißt: „Kranke Kassen statt Krankenkassen“. Der Kollege Hoffmann hat schon gesagt: Wenn man seitens der gesetzlichen Krankenversicherung 5,5 Milliarden DM Defizite im Jahr 2001 schreibt, dann kann man in der Tat von kranken Kassen reden.

(Abg. Drexler SPD: Na, na, na!)

Zweiter Punkt: Auswirkungen, Benachteiligungen für unsere Bürgerinnen und Bürger. Ich glaube, da brauche ich überhaupt nicht groß die Experten zu fragen, sondern da muss ich nur die Menschen draußen im Land fragen. Die

sagen uns alle: Wir zahlen immer höhere Beiträge und kriegen immer weniger Leistung. So ist es eben.

(Abg. Drexler und Abg. Bebbler SPD: Sie sind doch Arzt!)

Jetzt müssen wir uns doch mal nicht immer Begriffe um die Ohren schlagen, sondern überlegen, wie die Grunddiagnose lautet. Die Grunddiagnose ist: Demographische Entwicklung, medizinisch-technischer Fortschritt erfordern immer mehr Leistungen, weil die Menschen Gott sei dank immer älter werden, aber dadurch – wir haben es gestern beim Thema Altenhilfe diskutiert – selbstverständlich mehr Leistungen brauchen. Das ist übrigens auch ein Thema der Generationengerechtigkeit – Professor Raffelhüschen hat das ja einmal für die GKV wunderschön aufbereitet –, genauso wie zum Beispiel bei der Rente oder der Pflegeversicherung.

Nun, liebe Kollegin Haußmann, haben Sie von der SPD, wenn auch unter Schmerzen, im Bereich der umlagefinanzierten Rente den Weg angetreten, zu sagen: Jawohl, angesichts der demographischen Probleme nehmen wir den solidarisch finanzierten Anteil in diesem System ein Stück weit zurück, begrenzen ihn auf den Kern – denn Absenkung des Niveaus heißt nichts anderes, als den Kern etwas schlanker zu machen – und versuchen dafür, mehr Eigeninitiative, Eigenverantwortung mit reinzubringen.

(Abg. Drexler SPD: Waren Sie dagegen?)

– Wir waren nicht dagegen.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich, im Bundestag! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie haben doch im Bundestag alles blockiert!)

– Stimmt doch gar nicht. Wir reden jetzt nicht über die Rente. Wir haben die Tendenz begrüßt.

(Abg. Bebbler SPD: Unglaublich!)

Genau dahin wird es auch in der Gesundheitspolitik wieder gehen müssen, dass wir die Grenze zwischen Solidarität – was soll weiterhin solidarisch abgesichert werden? – und dem, was man mehr der individuellen Freiheit der Gestaltung des Einzelnen überlassen will – – Darum wird die Debatte jetzt auch im bevorstehenden Bundestagswahlkampf gehen. Darum dürfen Sie sich nicht drücken. Es darf nicht genauso passieren wie bei der Rente,

(Abg. Drexler SPD: Sagen Sie es doch!)

dass Schröder vor der Wahl den Leuten sagt: „Wir bleiben bei dem Niveau 70“ und sich anschließend unter Tränen bei jedem einzelnen Rentner entschuldigen will.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Was wollen Sie?)

Sie sollten vielmehr den Bürgerinnen und Bürgern auch vor der Wahl sagen, dass kein Weg daran vorbei führt, dass aufgrund der Mehrleistungen mehr Kosten entstehen werden und dass wir diese nicht allein über den Beitrag finanzieren können.

(Abg. Drexler SPD: Sagen Sie, wie und was!)

(Dr. Noll)

Was wir fordern, ist schon lange klar. Die CDU sagt es ja auch.

(Abg. Drexler SPD: Sagen Sie es doch!)

Sie spült es allerdings ein bisschen weich, weil man von dem Reizbegriff „Grund- und Wahlleistungen“ wegkommen will.

(Abg. Drexler SPD: Aha!)

Frau Haußmann, Sie sollten schon zur Kenntnis nehmen, dass diese Papiere aus dem Bundeskanzleramt natürlich auch vorliegen,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich nehme zur Kenntnis, dass von Ihnen überhaupt keine Vorschläge kommen!)

dass man auch darüber nachdenkt, den Leuten ehrlicherweise zu sagen, was noch solidarisch finanzierbar ist.

Wie sieht unsere Lösung aus? Wir wollen dieses planwirtschaftlich gesteuerte System – Deckel drauf und immer mehr Schraubchen, an denen zu drehen versucht wird, die das System aber immer teurer machen und die den Einzelnen immer mehr entmündigen –, aufbrechen.

(Abg. Drexler SPD, auf die Zuhörertribüne deutend: Sagen Sie doch den Menschen dort oben, was Sie wollen!)

Wir müssen mehr Wahlfreiheit für individuelle Gestaltungen möglich machen. Das heißt aufseiten der Krankenkassen, dass man die Pflicht zu einheitlichen Vertragsabschlüssen im Leistungsgeschehen auf jeden Fall aufbrechen muss. Es muss mehr Möglichkeiten geben. Das hat auch Kollege Hoffmann – in seinem Privatberuf bei einer Krankenkasse tätig – gesagt: Wir wollen mehr Freiheit in der Vertragsgestaltung. Damit stelle ich das System dann ein Stück weit vom Kopf – vom Plankopf, der sich im Bundesgesundheitsministerium befindet – auf die Füße der Versicherten vor Ort, der Krankenkassen vor Ort. Die Leute wollen keine Zweiklassenmedizin,

(Abg. Drexler SPD: Was wollen Sie? Sagen Sie es mal! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

die da lautet, Frau Haußmann: Entweder du hältst dich an das, was wir im Bundesgesundheitsministerium für richtig für dich halten – dann bekommst du alles zum Nulltarif –,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das medizinisch Notwendige!)

oder du willst etwas anderes, dann zahlst du alles selber. Das ist die wahre Zweiklassenmedizin, dass Sie den Leuten vorgaukeln, es wäre alles finanzierbar, ihnen hinterherum über die Budgets aber Leistungen vorenthalten,

(Abg. Drexler SPD: Was wollen Sie?)

die sich dann derjenige, der nicht im GKV-System ist, natürlich privat beschaffen kann. Das ist eine echte Zweiklassenmedizin.

(Abg. Drexler SPD: Was wollen Sie, was die Leute selber bezahlen sollen?)

Die Alternative, mehr Wahlfreiheit, wonach sich der Einzelne entscheiden kann, sich bei seiner Versicherung eine Grund-/Basisversorgung zu beschaffen, und auch der Stufenplan, den Kassen mehr Freiheit zu geben, ist ja nichts anderes. Denn wenn man den Kassen Freiheiten gibt, unterschiedliche Module anzubieten, muss man als Gesetzgeber natürlich auch ein Stück weit definieren, was jede Kasse nach wie vor zwingend anbieten muss. Das ist dann das Basismodul, welches sich jeder besorgen kann.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Drexler?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ich gestatte sie. Ja.

Abg. Drexler SPD: Herr Kollege, können Sie vielleicht jetzt erzählen

(Abg. Alfred Haas CDU: Er ist doch gerade dabei!

– Abg. Dr. Lasotta CDU: Sie unterbrechen ihn doch gerade!)

– nein, nein, da ist er nicht dabei –, ganz konkret erzählen, was der Bürger nach Ihrem Modell zukünftig a) selbst entscheiden und b) selbst zahlen soll?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehen Sie, da bin ich gerade nicht so staatsgläubig wie Sie, dass ich das vorschreiben wollte.

(Unruhe bei der SPD)

Ich will es ja gerade den Versicherten und den Krankenkassen, die ja Versichertenvertreter sind, überlassen, Module zu entwickeln, bei denen man sagt: Das halten wir für unverzichtbar.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich könnte ich Ihnen jetzt einzelne Beispiele nennen. Ich sage auch: Ein Teil des Zahnersatzes ist nicht zwingend solidarisch zu finanzieren. Das wissen Sie schon lange, und das haben auch Sie durch Ihre Gesundheitspolitik nicht geändert. Auch Sie stehen ja dazu.

Also, es ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, das alles im Detail zu diskutieren. Wir müssen bloß endlich einmal wegkommen davon, an irgendwelchen Detailschraubchen zu drehen und damit das System immer teurer zu machen. Vielmehr brauchen wir einen grundlegenden Richtungswechsel hin zu mehr Freiheit für die Verantwortlichen vor Ort. Dann wird sich auch das Interesse des Versicherten ein Stück weit erhöhen, auf Kostenkontrolle zu achten; denn dann hat er selbst ein vitales Interesse daran. Denn der Glaube, man könnte Wirtschaftlichkeitsreserven durch immer mehr Bürokratie, die ja auch Geld kostet, nutzen, war ein Irrglaube, und das haben die vergangenen drei Jahre ganz klar gezeigt.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Also, die klare Richtung muss lauten: ein freieres System, mehr Kompetenzen an diejenigen, die wirklich vor Ort miteinander zu tun haben, nämlich Versicherte und Versicherungen. Dann, glaube ich, wird mehr Markt in diesem Sys-

(Dr. Noll)

tem entstehen. Das Ganze muss natürlich transparent geschehen, und da wird die Kostenerstattung eine wesentliche Rolle spielen. Wenn Sie den Kopf schütteln, dann sage ich immer: Die Kostenerstattung – –

(Abg. Drexler SPD, auf die leeren Abgeordnetenbänke der Fraktion der FDP/DVP deutend: Die gesamte Fraktion ist beim Arzt! – Heiterkeit)

– Herr Drexler, im Gegensatz zu Ihrer Fraktion ist meine Fraktion von mir über Gesundheitspolitik so wunderbar informiert, dass es die Abgeordneten nicht nötig haben, heute hier zu sein. Das hätten Sie, Frau Haußmann, vielleicht auch einmal tun sollen, damit Ihre Fraktion dann auch einmal Bescheid weiß und nicht immer solchen plumpen Parolen nachläuft.

Jetzt will ich versuchen, den dritten Punkt, der wirklich, wenn man einmal über die Generaldebatte – – Darüber müssen wir uns im bevorstehenden Wahlkampf streiten. Ich bin einmal gespannt, was nach der Wahl – egal, wer regiert – dann wirklich herauskommt, ob diejenigen aus dem Bundeskanzleramt, die auch die massiven Einschnitte fordern, oder ob Sie mit dem, was Sie hier gebetsmühlenhaft vortragen, sich durchsetzen werden.

Wenn man einmal genau hinhört – und da habe ich eine große Hoffnung –, hört man ja aus dem Bundeskanzleramt etwas vom Abspecken des Leistungskatalogs und vom Dreistufenmodell. Herr Sing sagt, wir bräuchten einen zielgenaueren Leistungskatalog. Da ist mir eigentlich klar geworden: Es gibt wohl eine Chance auf einen Konsens – und das müssen wir den Leuten draußen auch sagen –, dass vielleicht nicht mehr alles zum Nulltarif zu haben ist, sondern dass wir gerade im Interesse derer, die bedürftig sind, die Mittel auf das wirklich Notwendige konzentrieren müssen. Über den Weg dahin können wir uns streiten.

Lassen Sie mich zum Schluss zum Risikostrukturausgleich kommen. Wenn wir also tatsächlich ein mehr marktwirtschaftlich organisiertes System haben – und Sie stehen ja noch, offiziell jedenfalls, auch zum Wettbewerb der Krankenkassen –, dann wird dieser Wettbewerb nur funktionieren, wenn man ihn nicht alleine über den Beitragssatz, sondern eben auch über solche flexiblen Vertragsgestaltungen möglich macht.

Das Zweite, was zu sagen ist: Wenn der Wettbewerb dann funktioniert, ist ein Risikostrukturausgleich auf jeden Fall überflüssig. Wenn der Markt funktioniert, dann kann ich nicht den, der im Markt erfolgreich ist, bestrafen, indem er den anderen mit subventioniert, der im Markt nicht mehr erfolgreich ist. Das ist völlig kontraproduktiv. Das heißt also, ein Risikostrukturausgleich hat eigentlich nur zu Beginn des Wettbewerbs eine Berechtigung, wo möglicherweise historisch gewachsene Ungleichheiten zwischen dem Klientel der einzelnen Kassen bestehen, aber nicht mehr zehn Jahre nach dem Beginn der Kassenwahlfreiheit. Wir müssen diesen Risikostrukturausgleich tendenziell nach unten fahren und dürfen nur noch wirkliche Disparitäten ausgleichen.

Da ist nun leider ein wirklicher Sündenfall beim Risikostrukturausgleich passiert. Er war zu Beginn wenigstens nur einnahmeorientiert, das heißt, wenn eine Kasse über-

proportional viele Rentner hatte, die wenig Beiträge bezahlten, hat sie dafür von der Kasse, die weniger Rentner hatte, den Beitragsausfall ein Stück weit kompensiert bekommen.

Was ist jetzt dieser Sündenfall? Er besteht in der Ausgabenorientierung, das heißt, die Kasse, die über Disease-Managementprogramme Mehrkosten produziert, wird belohnt. Es kann sich doch jeder an zwei Fingern abzählen, dass ich, wenn ich die Ausgabensteigerung belohne über Umschichtungen zwischen denen, die weniger ausgeben, und denen, die mehr ausgeben, keineswegs zur Kostendämpfung beitragen werde.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Es geht auch um eine Verbesserung der Versorgung der Patienten! Die Versorgung der Patienten war im europäischen Vergleich nicht optimal, das wissen Sie doch genau!)

– Liebe Frau Haußmann, was unter dem Deckmantel der Solidarität mit den östlichen Bundesländern daherkommt, ist nichts anderes als eine verfehlte Subventionierungspolitik, die die Strukturen dort nicht bereinigen wird. Ich sehe es einfach so: Das, wofür wir uns in Baden-Württemberg wirklich Mühe gegeben haben, zum Beispiel der Bettenabbau im Krankenhausbereich, um Strukturen wirtschaftlicher zu machen, das, was wir da für unsere Bürgerinnen und Bürger im Sinne an sich möglicher niedrigerer Beiträge erwirtschaftet haben, müssen wir in vollem Umfang bzw. sogar überkompensierend in die östlichen Bundesländer transportieren. Da von mangelnder Solidarität zu reden und das zu diffamieren, wie es Herr Schröder im Moment tut, halte ich wirklich für sehr hinterlistig.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Haben wir jetzt eine Stellvertreterdiskussion? Er hat doch heute gar nicht geredet!)

Wir reden heute über das Land Baden-Württemberg, und ich stehe voll – da hat es Irritationen gegeben – hinter der Klage gegen den Risikostrukturausgleich, allerdings nicht mit dem Ziel, den Risikostrukturausgleich auf Länderebene zu stabilisieren, sondern ihn langfristig, wenn der Markt wirklich funktioniert, abzuschaffen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich habe versprochen, es heute nicht so lange zu machen.

(Abg. Bebbler SPD: Versprechen gebrochen! – Abg. Drexler SPD: Da sieht man mal, wenn die FDP was verspricht!)

Von daher noch einmal: Man muss den Menschen ehrlich sagen, dass keiner Angst zu haben braucht. Gegen die existenziellen Risiken wird jeder und jede von uns weiterhin in einem gesetzlich vorgegebenen Rahmen abgesichert sein.

(Abg. Drexler SPD: Das stimmt nicht!)

Darüber hinaus kann jeder Einzelne für sich entscheiden: Was möchte ich im Zweifelsfall an Zusatzleistungen haben, oder was kann ich möglicherweise aus eigenen Mitteln finanzieren?

(Abg. Drexler SPD: Was ist existenziell und nicht existenziell?)

(Dr. Noll)

Erst dann, wenn wir von diesem planwirtschaftlichen System wegkommen hin zu wieder mehr Mitbestimmung der Versicherten, der Patienten vor Ort, werden wir die Krankenkassen wieder zu echten Gesundheitskassen machen können.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD: Zu spät, Herr Theurer! – Abg. Drexler SPD: Waren Sie beim Arzt, Herr Theurer? – Gegenruf des Abg. Theurer FDP/DVP: Ja, ich war beim Arzt! – Abg. Bebbler SPD: Von diesem planwirtschaftlichen System haben Sie aber die ganzen Jahre gut gelebt! Der Zahnarzt hat kassiert!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Lösch. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Ruhe.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die letzten Worte meines Vorredners gerade waren: „Wir sind hier in Baden-Württemberg.“ Deshalb frage ich mich, warum wir diese Diskussion führen, die eigentlich eine bundespolitische ist.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Risikostrukturausgleich ist Baden-Württemberg! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Weil wir auch in Baden-Württemberg Beitragszahler haben!)

Zum Risikostrukturausgleich darf ich in Erinnerung rufen: Der Risikostrukturausgleich wurde 1992 mit genau den Stimmen eingeführt, die heute dagegen klagen. Das muss man sich einmal überlegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Zu Beginn!)

Der Risikostrukturausgleich ist ein zentraler Bestandteil der Krankenversicherung, der das Ziel hat, die unterschiedlichen Bedingungen zwischen Ost und West auszugleichen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein, das stimmt nicht!)

Das hat etwas mit fairem Wettbewerb zu tun. Das, was Sie mit dieser Klage machen,

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

ist eine Entsolidarisierung zwischen West und Ost. Da würde ich mich an Ihrer Stelle nicht so aufplustern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Kollegin Lösch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Hoffmann?

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Gern.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: „Hoffmann-La Roche“!)

Abg. Hoffmann CDU: Ich störe ungern Ihren Vortrag. Eine einzige Frage: Stimmt es, dass in der alten SGB-Rege-

lung, als der Risikostrukturausgleich eingeführt worden ist, auf Wunsch des Landes Baden-Württemberg der Satz stand, dass dieser Risikostrukturausgleich und seine Auswirkungen im Jahr 1998 zu überprüfen seien? Stimmt es ferner, dass die Bundesregierung diese Überprüfung ausgesetzt und bisher nicht vorgenommen hat?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Aha! – Abg. Kiefl CDU: Hört, hört! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE weist mit einer Geste auf Abg. Ursula Haußmann SPD hin, die sich ebenfalls zu einer Zwischenfrage gemeldet hat. – Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Lasotta CDU: Frau Lösch, Sie müssen die Frage beantworten!)

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Darf ich nicht antworten, oder?

Stellv. Präsident Birzele: Frau Kollegin Lösch, ich schlage vor, dass Sie zunächst die Zwischenfrage des Kollegen Hoffmann beantworten, die ja aus zwei Teilen bestand. Anschließend lassen wir die Zwischenfrage der Kollegin Haußmann zu.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Danke schön, Herr Präsident. – Ich gebe Ihnen insofern Recht, dass eine Reform des Risikostrukturausgleichs erfolgt. Die Reform des Risikostrukturausgleichs ist in der Mache. Von daher weiß ich nicht, wo Ihre Probleme liegen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Vier Jahre zu spät! – Abg. Wieser CDU: Am 22. ist der Vertrag ausgelaufen, junge Frau!)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Kollegin Haußmann, bitte.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Liebe Kollegin Lösch, geben Sie mir Recht,

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein!)

wenn ich feststelle, dass die Landesregierung nur gegen den Risikostrukturausgleich geklagt hat, ohne differenziert zu sagen, was sie überhaupt will? So haben wir das von unseren beiden Kollegen von der FDP/DVP und der CDU heute schon gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Hillebrand CDU: Wer regiert denn?)

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Da gebe ich Ihnen Recht, Kollegin Haußmann.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Denn, wie gesagt, die Reform des Risikostrukturausgleichs ist in der Mache. Sie ist nicht erst seit 1998 in der Mache.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Alles zur Gesundheitspolitik ist seit vier Jahren in der Mache! Alles!)

– Sie ist angekündigt, Kollege Lasotta. Vielleicht versuchen Sie selbst einmal eine Rede zur Gesundheitspolitik zu halten. Vielleicht dürfen Sie ja in der zweiten oder in der dritten Runde reden. Dann können Sie sich hier darstellen.

(Brigitte Lösch)

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Jetzt lassen Sie mich einmal etwas zur Gesundheitspolitik sagen. Die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung ist eine Dauerbaustelle, und zwar nicht erst seit gestern, sondern schon seit vielen Jahren.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Da haben Sie Recht!)

Die Reform der Krankenversicherung wird auch in den nächsten Jahren eine Dauerbaustelle bleiben. Ich denke, darüber sind wir uns alle einig.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Wir sind uns auch darüber einig, dass wir eine Reform der Gesundheitspolitik brauchen.

Es herrscht wirklich kein Mangel an Ideen, wie man das System verändern könnte. Die Umsetzung war bisher schwierig. Sie haben gesehen, dass Herr Seehofer und Andrea Fischer an dem Versuch gescheitert sind, die Kostenexplosion im Gesundheitswesen zu verhindern. Auch Ulla Schmidt, die Ministerin mit dem Lächeln im Haifischbeken, tut sich da im Augenblick noch schwer.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Die Frau spricht gut! Die Baustelle ist unter Einsturzgefahr! – Gegenruf des Abg. Bebber SPD)

– Nein. Ich will darauf hinweisen, was Herr Minister Müller zuvor gesagt hat. Auch dieses Thema eignet sich nicht für eine Unterscheidung zwischen Gut und Böse. Vielmehr handelt es sich um ein Thema, bei dem man nicht sagen kann: Das haben die Bösen in Berlin verbockt.

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Um bei dem Bild der „kranken Kassen“ zu bleiben, muss einfach auch einmal festgestellt werden, dass man eine ernsthafte Analyse vornehmen muss. Ohne gute Diagnose gibt es keine erfolgreiche Therapie.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Deshalb muss man sich einmal ansehen, welche aktuellen Befunde es gibt und wo die Haken liegen.

Der Bericht der Weltgesundheitsorganisation und auch das Gutachten des Sachverständigenrats sagen aus: Wir haben zu hohe Ausgaben bei einer nur mittelmäßigen Versorgungslage, die Qualität liegt im Argen, und das alles macht man noch mit sehr geringer Patientenorientierung.

Als Antwort auf diese Probleme wird einfach gesagt: „Mehr Geld ins System, Pflicht- und Wahlleistungen ohne eine Steuerung der Qualität.“ Diese Antworten sind zu einfach. So einfach können Sie sich das auch nicht machen,

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie, die Sie hier einen Freiheitsbegriff aufstellen, wonach sich jeder Versicherte selbst aussuchen soll, was er zusätz-

lich zahlen will. Das kann doch wirklich nicht Ihre ernsthafte Meinung sein, Herr Dr. Noll.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Das haben Sie gesagt. Aber bitte, gern.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frau Kollegin Lösch, ich darf Sie fragen, ob Sie die 10 % privat Versicherten in der Bundesrepublik Deutschland, die schon heute bei ihrer Versicherung zwischen unterschiedlichen Tarifen und auch unterschiedlicher Ausgestaltung wählen können, für so viel intelligenter, kundiger und mündiger halten. Glauben Sie, dass das auf die restlichen 90 % – weil sie angeblich zu blöd wären – nicht übertragbar ist?

(Abg. Bebber SPD: Aber das ist doch Polemik! – Unruhe)

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Noll, ich möchte Sie daran erinnern, was Sie wortwörtlich vorhin gesagt haben: Jeder Versicherte kann sich selbst herausuchen, was er zahlen will. Bekennen Sie doch einmal Farbe. Was wollen Sie eigentlich? Wo ist denn die Grenze? Was sind denn Pflicht-, Grund- und sind Wahlleistungen? Immer wenn ich Sie reden höre, drücken Sie sich um eine Antwort.

(Abg. Fischer SPD: Das ist das Problem!)

Egal, um welchen Leistungsträger es sich gerade handelt: Sie reden ihm nach dem Mund.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das kann doch nicht ein Politiker festlegen!)

Ich will das endlich einmal wissen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von den Grünen: Das wird man von Noll nie erfahren! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Weitere Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Vertrackte an der Situation ist, dass schon die kleinsten Veränderungen in der Gesundheitspolitik die größten Proteste bei den betroffenen Leistungsanbietern und Lobbygruppen auslösen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ach, Quatsch!)

Wenn ich Schlagzeilen lese wie zum Beispiel: „Industrie und Ärzte umgehen das Gesetz“, im Untertitel: „Fragwürdige Tricks der Krankenkassen“ – „Stuttgarter Zeitung“ vom 4. April 2002 – oder in der „Südwest Presse“ vom 16. März 2002: „Kaum ein Arzt hält sich an neue Gesetze“, dann frage ich mich manchmal wirklich, wo ich bin. Bin ich hier in einer Bananenrepublik, in der jeder schaut, dass er bestehende Gesetze unterlaufen kann?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Weil sie den Patienten schaden, werden sie unterlaufen! – Abg. Wieser CDU: Nach dreieinhalb Jahren: „Bananenrepu-

(Brigitte Lösch)

blik“! – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Aber wer ist denn für die Gesetze verantwortlich? Wer hat denn die Exekutive im Bund?)

Das eigentlich Ungeheuerliche ist, dass man argumentiert, dies geschehe zum Wohl der Patienten. Das empfinde ich in der Tat als eine Ungeheuerlichkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir sind uns einig, dass wir eine Reform brauchen. Es liegen viele Reformvorschläge auf dem Tisch, ausgegorene und zum großen Teil auch unausgegorene. Die Reformvorschläge bewegen sich zwischen zwei Modellen.

Von einem Modell haben wir vorhin gehört: eine totale, radikale Systemänderung, eine Umstellung auf eine weitgehend marktwirtschaftliche Lösung nach dem Motto „Mehr Wettbewerb und mehr Eigenverantwortung“. Dazu gehören die Verbreiterung der Finanzierungsgrundlage über mehr Eigenbeteiligung und parallel dazu eine Kürzung des Leistungskatalogs. Mit anderen Worten: Es soll mehr Geld ins System kommen, aber zulasten der Kranken gehen. Regulierungen sollen zugunsten des so genannten freien Spiels der Marktkräfte abgebaut werden. Das haben wir eben gehört.

Der zweite Weg ist ein anderer. Dabei geht es um eine grundsätzliche Beibehaltung des jetzigen Systems. Weiterhin geht es um ein solidarisches System, um eine Weiterentwicklung des bestehenden Systems mit dem Ziel der Effizienzsteigerung und der Qualitätsverbesserung. Das ist derzeit in der Debatte.

Es ist nicht so, dass von Berliner Seite nichts getan würde.

(Abg. Wieser CDU: Nein, aber es wird das Falsche getan! Das ist das Problem! Wenn Sie nichts tun würden, wäre es noch besser!)

Derzeit wird darüber debattiert, Gesundheitsziele vorzugeben und die Qualität der Krankenversorgung mit dem Instrument von Leitlinien in den Griff zu bekommen. Wenn man gar nichts macht, wie Sie es tun würden, würde sich alles zum Negativen verändern.

Was macht die Landesregierung? Die Landesregierung hat Anfang Februar unter dem Titel „Patientinnen und Patienten müssen im Mittelpunkt einer zukunftsorientierten und humanen Gesundheitspolitik stehen“ ein Eckpunktepapier für eine Gesundheitsreform vorgestellt,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Richtig!)

statt Kern- und Wahlleistungen ein neues Dreistufenmodell, Stärkung von Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und Entscheidungsfreiheit der Patienten. Ich habe es mir tatsächlich durchgelesen und relativ schnell festgestellt: alles lauwarmer Kaffee. Das muss ich wirklich sagen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gesünder als zu heiß!)

Alles schon einmal gelesen, alles aufgewärmte Schlagworte, in neue Formulierungen verpackt, aber alles unausgego-

ren. Die wesentlichen Fragen der Gesundheitspolitik, über die wir vorhin diskutiert haben, bleiben auch in diesem Papier unbeantwortet. Der Abschied von Kern- und Wahlleistungen ist nicht vollzogen, wie es angekündigt worden ist, sondern wird bloß unter anderen Vorzeichen wieder aufgetischt: Es heißt jetzt Dreistufenmodell. Ich würde sagen: Das Papier ist im Endeffekt ein Etikettenschwindel, sonst nichts.

(Beifall bei den Grünen)

Denn die bisher ungelöste Frage, auf die ich auch heute noch keine Antwort bekommen habe: „Was ist medizinisch notwendig, und was ist denn die Luxusvariante unserer Medizin?“, ist überhaupt nicht beantwortet. Vielleicht kann ja heute jemand noch etwas dazu sagen. Sie bleiben auch nach wie vor die Antwort schuldig, wie Sie zukünftig die Mehrkosten, die durch den medizinischen Fortschritt und die Demographie entstehen, bewältigen wollen.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: War Frau Fischer nicht Ihre Ministerin?)

Mir hat sich nach Lektüre dieses Papiers die Vermutung aufgedrängt, dass nach den Vorstellungen der CDU die Gesellschaft einer Zukunft entgegengehen soll, in der der Katalog des medizinisch Notwendigen immer mehr zusammenschrumpft zugunsten so genannter selbst gewählter Satzungsleistungen. Damit entspricht der Idealtypus des Patienten in einem Gesundheitswesen à la CDU dem gut betuchten, dem gut informierten, dem möglichst jungen und gesunden Menschen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! Genau!)

Wir wissen, dass bei solchen Modellen diejenigen zurückbleiben, die diesem Idealtypus nicht entsprechen. Das sind die chronisch Kranken und die sozial Schwachen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich glaube nicht, dass das die Richtung sein sollte, in die wir unser Gesundheitssystem entwickeln.

Wir stehen deshalb für das andere Modell, das keinen radikalen Systemwechsel vorsieht. Wir wollen grundsätzlich das solidarische Versicherungsmodell beibehalten, wenn auch mit radikaleren Reformschritten.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Sie stehen doch für das Nichtstun! Frau Lösch, für das Nichtstun stehen Sie! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Frau Gräßle, seien Sie vorsichtig!)

– Frau Dr. Gräßle, Sie können alles sagen, aber nicht, dass wir für das Nichtstun stehen.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Doch, für das Nichtstun!)

Denn dann muss ich Ihnen leider sagen, dass Sie die letzten vier Jahre Ihre Ohren nicht offen hatten und nicht mitgekriegt haben, was eigentlich in Berlin in der Gesundheitspolitik geschehen ist.

(Brigitte Lösch)

(Abg. Hauk CDU: An den Taten sollt ihr sie erkennen! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Sprechen Sie doch mal mit Patienten, um zu erfahren, was die sagen!)

Sie können viel sagen, Frau Dr. Gräßle, aber das nicht.

Was brauchen wir? Wir glauben, dass unser System –

(Zuruf des Abg. Bebber SPD – Gegenruf des Abg. Dr. Lasotta CDU: Im Gegensatz zu Ihnen spreche ich täglich mit Patienten! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Die armen Patienten! – Abg. Wieser CDU: Bei Ihnen ist bald der Bart ab, Herr Bebber!)

– Wenn sich die Herren beruhigt haben, kann ich weitermachen.

Wir sind uns einig, dass wir Reformen brauchen. Wir sind uns auch einig, dass es verschiedene Grundrichtungen gibt. Sie wollen einen Systemwechsel. Wir wollen keinen Systemwechsel. Wir wollen unser System weiterentwickeln und besser machen. Ich meine, dass man ein System, das gute Noten hat und funktioniert, nicht verschlechtern sollte. Gute Noten hat unser System bei den Kriterien „guter Zugang für alle“ und „gerechte Verteilung der Ressourcen“ sowie beim solidarischen Aufbau der Versicherung.

Zum Abschluss sage ich Ihnen noch, was passiert, wenn man allein die Marktorientierung in den Vordergrund stellt. Das können Sie am Beispiel der USA ganz gut sehen. In den USA gab es eine radikale Marktöffnung. Was ist das Ergebnis? Herr Dr. Noll, das wird Ihnen nicht gefallen. Das Ergebnis ist mehr Bürokratie, eine Verteuerung des Systems und eine ungerechte Verteilung der Ressourcen.

Wir haben viele Vorschläge, wie man die Gesundheitspolitik weiterentwickeln könnte. Diese Vorschläge werden in Berlin diskutiert. Ich denke, dass wir auf dem richtigen Weg sind und dass wir die Möglichkeiten genutzt haben, alles, was in unserer Macht steht, zu tun, um die Gesundheitspolitik in die richtige Richtung zu entwickeln.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Döpfer CDU: An die Wand!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Dr. Repnik.

Sozialminister Dr. Repnik: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird die Frage gestellt, Frau Lösch, warum dieses Thema im Landtag von Baden-Württemberg eine Rolle spielt. Es spielt erstens deswegen eine ganz gewichtige Rolle, weil wir für die Gesundheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mitverantwortlich zeichnen – ich als Gesundheitsminister und die Gesundheitspolitiker aller Fraktionen –, und zweitens, weil alle Beiträge und Beitragssteigerungen, die wir im Land mitzutragen haben, die Bürgerinnen und Bürger zu bezahlen haben, und zwar ganz gewaltig.

(Abg. Wieser CDU: Der Geldbeutel der Arbeiter!
– Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sie müssen bloß Vertrauen haben!)

Man sollte vielleicht einmal auf die Historie aufmerksam machen, wie es eigentlich war. Im Jahr 1998 hatte noch die Bundesregierung von CDU/CSU und FDP – der Minister hat Seehofer geheißen – das Gesundheitsreformgesetz 99 auf den Weg gebracht, das geprägt war von moderneren Elementen, unter anderem auch durch die Stärkung der Eigenverantwortung, was natürlich auch Beteiligung und Solidarität heißt. Die jetzige rot-grüne Regierung ist mit dem Ziel angetreten: Wir machen nicht alles anders, aber vieles besser. Sie hat im Klein-Klein-Bereich vieles anders gemacht, aber nichts besser.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie hat das Gesundheitsreformgesetz 99 ausgesetzt

(Abg. Schmiedel SPD: Gott sei Dank! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Zuzahlung, Krankenhausnotopfer! Ich kann diese ganzen Grausamkeiten aufzählen! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: War das eine große soziale Tat?)

und statt mehr Wettbewerb wieder eine staatliche Steuerung und enge Budgetierung eingeführt. Dieses führte und führt dazu, dass Gesundheitsleistungen rationiert werden müssen und dass, wenn am Ende des Jahres das Budget erschöpft ist, Operationen und andere Leistungen, auch im Bereich der Medikamente, nicht mehr erbracht werden können. Das ist die typische Zweiklassenmedizin.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist eure Solidarität! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Zu Ihrer komme ich gleich noch, Herr Noll! – Abg. Schmiedel SPD: Das hat doch Seehofer eingeführt!)

Hinzu kommt, dass durch das neue Gesetz den Gesundheitskassen, den Sozialkassen durch die Absenkung der Krankenversicherungsbeiträge bei den arbeitslosen Versicherten mehrere Hundert Millionen DM entzogen worden sind und dass durch die Kürzung der Eigenbeteiligung eine weitere Milliarde entzogen worden ist sowie gleichzeitig neue Leistungen zur Therapie eingeführt worden sind, was zu Mehrleistungen von etwa 9 Milliarden DM und weniger Einnahmen geführt hat. Dann wollen Sie den Bürgerinnen und Bürgern erklären, dies gehe auf.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Unmöglich! Das ist ja unglaublich! Sie meinen, wenn man Geld abheben könne, habe man schon ein Vermögen!)

Ich sage hier in aller Deutlichkeit und Klarheit: Wenn irgendein Politiker jetzt vor den Wahlen den Bürgerinnen und Bürgern sagt: „Ihr bekommt mehr Leistung, selbstverständlich medizinisch-technischen Fortschritt, ihr zahlt weniger zu, es wird billiger und die Qualität wird besser“, belügt er die Bürgerinnen und Bürger.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und die Beiträge sinken!)

– Und die Beiträge sollen auch noch sinken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Minister Dr. Repnik)

Man muss sich Folgendes vorstellen: Innerhalb der letzten drei Jahre sind die Beiträge in Deutschland von unter 13 % im Schnitt auf über 14 % gestiegen. Ich bringe als Beispiel die AOK: von 13 % auf 14,2 %. Von den 14,9 % bei den IKK möchte ich jetzt gar nicht sprechen. Also steigende Beiträge bei einer schlechteren Versorgung.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Da bleibt die Bundesregierung nach wie vor untätig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vorschläge, die jetzt von Frau Schmidt daliegen, sind eigentlich ernüchternd. Es wird weiterhin an Symptomen herumkuriert, und man macht keine kausale Behandlung. Das führt zu einer Verunsicherung der Gesundheitsanbieter und – das ist das Schlimmste – der Patienten. Frau Haußmann, die Zahlen muss man sich schon einmal auf der Zunge zergehen lassen. Im Jahr 1998 – bei Übernahme der Bundesregierung durch die rot-grüne Koalition – hatten die Krankenkassen noch einen Überschuss von 500 Millionen €.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Da hat es noch gar keinen Euro gegeben!)

– Damit Sie nicht umrechnen bzw. umdenken müssen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: PISA!)

Im Jahr 2001, trotz Beitragssteigerung – –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das zeigt, was für eine Baustelle Sie uns hinterlassen haben!)

Im Jahre 1998, Frau Haußmann – merken Sie sich diese Baustelle –, betrug die Überschüsse 500 Millionen €.

(Abg. Wieser CDU: Erblast!)

Gleichzeitig gab es ein neues Reformgesetz, natürlich auch mit Eigenbeteiligung. Sie sprachen über Eigenbeteiligung. 25 Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger waren davon befreit.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ein Drittel aller Versicherten!)

– Eben. – Und im Jahre 2001 gab es trotz steigender Beitragssätze ein Defizit von 2,8 Milliarden DM. Wir marschieren auf 15 % zu. Das heißt für Baden-Württemberg, nur als Beispiel: Allein die Steigerung der Beitragssätze heißt für die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs pro Jahr 900 Millionen € mehr. Häufig zahlt der Patient, der Versicherte, und häufig der Arbeitgeber.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Es ist schon wichtig, aufzuzeigen, worüber wir hier sprechen. Die Belastungen werden größer, und die Leistungen werden geringer. So etwas nennt man Gesundheitsreformpolitik. Vier Jahre hatten Sie Zeit. Zwei Jahre hat es Frau Fischer probiert.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie haben 16 Jahre Zeit gehabt!)

Frau Fischer hat ein Gesetz vorgelegt. Dieses Gesetz ist im Bundesrat mit 16 : 0 Stimmen abgelehnt worden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Seitdem explodieren die Kosten!)

16 : 0! Das war das Gesetz von Frau Fischer.

(Zurufe)

– Nein, nein. Herr Kretschmann, 16 : 0 heißt nicht nur CDU/CSU-regierte Länder, sondern das heißt auch Länder mit Regierungsbeteiligungen von SPD, FDP und den Grünen, wie auch immer.

(Abg. Wieser CDU: Da gibt es also auch vernünftige Leute! – Zurufe der Abg. Dr. Salomon, Kretschmann und Brigitte Lösch GRÜNE – Unruhe)

Dann konnte sie dieses Gesetz gerade noch retten, indem sie die Ostländer eingekauft hat. Sie hat gesagt: Wir machen den Risikostrukturausgleich, der bis dahin getrennt war in das Rechtsgebiet West und das Rechtsgebiet Ost, zusammen, obwohl die Zeit noch nicht reif war, das zusammenzuführen. Das führte dazu, dass sich die Ostländer gesagt haben: Wenn wir jetzt sehr viel Geld in unsere Krankenkassen bekommen, dann sind wir bereit, dies mitzutun.

Jetzt werden in den Risikostrukturausgleich über 13 Milliarden DM verteilt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Über 20 Milliarden DM!)

– Über 13 Milliarden €. – Allein aus Baden-Württemberg werden über 1 Milliarde € netto ausbezahlt. Das heißt, wir zahlen 0,3 Prozentpunkte unserer Beiträge in diesen Risikostrukturausgleich. Frau Haußmann, das ist jetzt wichtig, weil Sie das vorhin angesprochen haben. Wir würden es ja noch für gerecht halten, dass man sagt, zum Einnahmenausgleich macht man einen Risikostrukturausgleich, damit die Kassen, die etwas leidend sind, die schlechtere Klientel und Risikoklientel haben, dadurch einen Ausgleich bekommen, weil sie aus diesem Grund größere Ausgaben und weniger Einnahmen haben.

Das hat aber jetzt dazu geführt, dass sich die Ostkassen in einer großen Breite entschulden konnten. Mir sagte der Kollege Geisler schon bei der Einführung: „Bei der AOK in Sachsen brauchen wir das Geld überhaupt nicht. Unsere Krankenkasse ist in Ordnung. Aber wir nehmen das mit.“

(Abg. Kurz CDU: Die senkt den Beitrag auf 12,9 %, und wir müssen erhöhen!)

Die AOK Sachsen hat in genau dieser Zeit seit dem letzten Jahr ihre Beiträge von 14,2 % auf 12,9 % senken können. Sie sehen: eine Senkung, prima.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Deshalb muss sich ja beim Risikostrukturausgleich etwas ändern! Wir haben Maßnahmen eingeleitet!)

(Minister Dr. Repnik)

Aber gleichzeitig hat die AOK Baden-Württemberg – – Die AOK Baden-Württemberg und die Gesundheitsstruktur in Baden-Württemberg gehören anerkanntermaßen zu den wirtschaftlich arbeitenden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Ich bringe das als Beispiel, weil ich die Beitragssätze anspreche. Das gilt natürlich auch für andere landesunmittelbare Kassen.

In der gleichen Zeit musste die AOK Baden-Württemberg ihren Beitragssatz von 13 % auf 14,2 % erhöhen, mit steigender Tendenz.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Das kann doch nicht gerecht sein. Und dann sagen Sie immer: „Es wird ja etwas gemacht.“ Ich mahne die Frau Schmidt – so heißt sie – in jeder Gesundheitsministerkonferenz an, wirklich einmal zu handeln. Aber die Frau Schmidt wurde doch vom Herrn Bundeskanzler Schröder

(Abg. Bebber SPD: Wenn Sie sich an den Namen nicht erinnern, wo waren Sie in der Sitzung?)

aus dem Hut gezaubert. Habe ich „Schmidt“ gesagt? Sie heißt doch Schmidt.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Lange muss man sich den Herrn Schröder nicht mehr merken! Im Oktober heißt er anders! – Zuruf des Abg. Bebber SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Die heißt auch Ulla, da kommt auch nichts! – Unruhe)

– Ich habe das doch gesagt. – Aber Frau Schmidt wurde doch von Herrn Bundeskanzler Schröder nur deshalb aus dem Hut gezaubert, um die Patienten, die Gesundheitsanbieter und den Markt zu beruhigen. Um sich über die Wahl zu retten, kam sie quasi als Tranquilizer, als „Happy Pills“ für die Gesundheitsreform. Das darf man so nicht tun, denn im Gesundheitsbereich ist es fünf nach zwölf und nicht fünf vor zwölf!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der SPD: Sagen Sie einmal, was Sie gern hätten!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen in der Tat über Konzepte reden, die wirklich neu sind.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Machen Sie doch mal! Sie gehen doch mit gutem Beispiel voran, Sie sind doch so qualifiziert!)

Was ich, gerade von der jetzigen Regierung in Berlin, immer höre, ist dies: Wir halten an der Leistung fest, Eigenbeteiligung wollen wir nicht, weil sie für den Patienten nicht zumutbar ist, im Gegenteil, wir zocken von den Kranken ab. Da soll ich aber im Gegenzug den Leuten immer erklären, dass mit der Gesundheitsreform alles besser wird. Ich meine, wir brauchen eine Gesundheitsreform, die den Namen Strukturreform auch verdient.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Was bedeutet das?)

Allein in Baden-Württemberg werden 560 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Gesundheitsbereich beschäftigt sein. Nebenbei ist festzustellen, dass der Gesundheitsbereich ein hervorragender Wachstums- und vor allem Arbeitsmarkt ist. Wir müssten den Bürgerinnen und Bürgern wirklich sagen, dass wir Eigenverantwortung und Solidarität in Einklang bringen müssen. Wir brauchen natürlich die Solidarität der Starken mit den Schwachen, der Gesunden mit den Kranken. Wir brauchen die Solidarität der Jungen, der Gesunden, mit den Rentnern. Das ist überhaupt keine Frage. Aber wir dürfen nicht vor lauter Solidarität die Eigenverantwortung außen vor lassen. Wenn heute jemand behauptet, man könne eine qualitative Gesundheitsreform ohne Kostensteigerung voranbringen, dann lügt er. Deshalb sage ich, die Bürgerinnen und Bürger müssen sich ein Stück weit selbst an den Gesundheitskosten beteiligen. Anders geht es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Schlichtweg überhaupt nicht!)

Deswegen müssen wir auch mehr Wettbewerbsmodelle einführen und weg kommen vom reinen Sachkostenprinzip, von der reinen Geldleistung, von der reinen Vollkasko-mentalität hin zur Kostenerstattung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie lässt sich das mit dem Solidarprinzip vereinbaren? – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Was hat das denn mit Solidarität zu tun? – Weitere Zu- und Gegenrufe)

Deswegen gelten für uns medizinisch notwendige Maßnahmen im Bereich Arzt, Krankenhaus und Medikamente als Grundleistung. Dazu gibt es die eine oder andere Satzungsleistung der Krankenkassen, die über diese Grundleistung hinausgeht. Der Bürger soll – wie bei Vollkasko, Teilkasko oder Kasko – selber wählen können, welchen Beitrag er für Akupunktur, für chinesische Medizin oder andere Leistungen zusätzlich zu zahlen bereit ist.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Was ist da Vollkasko, und was ist Teilkasko?)

Diese Leistungen könnte die Krankenkasse anbieten, und der Bürger zahlt dafür eben einen entsprechend höheren Beitrag. Oder wir bieten dem Bürger die Möglichkeit, mit 1 600, mit 2 000 oder mit 3 000 DM in Vorleistung zu gehen. Dafür bekommt er von der Krankenkasse einen günstigeren Beitragssatz. Solche Modelle müssten schlichtweg eingeführt werden. Ohne diese geht es nicht.

Wir brauchen natürlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Verbesserung der Qualität. Wir brauchen eine effizientere medizinische Versorgung.

Frau Lösch hat es vorhin angesprochen: Es gibt Studien, die besagen, dass wir in Deutschland eine qualitativ gute Versorgung haben, die aber im Prinzip im Verhältnis noch zu teuer ist. Deswegen glaube ich schon, dass wir die Qualität überprüfen müssen, dass wir effizientere Kontrollmög-

(Minister Dr. Repnik)

lichkeiten, dass wir mehr Controlling brauchen, dass wir Standards, dass wir Leitbilder definieren müssen und Doppeluntersuchungen verhindern sollten. Doppeluntersuchungen werden übrigens oft nur deswegen gemacht, weil sich die Ärzte aus Haftungsrechtsgründen drei- und viermal absichern müssen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Damit sie bei der Kontrolle richtig abgesichert sind!)

Den Ärzten müssen Möglichkeiten an die Hand gegeben werden, damit sie nicht immer mit einem Fuß im Gefängnis stehen und nicht gesagt wird: Ihr habt nicht alles drei- oder viermal abgesichert, wie das notwendig oder möglich gewesen wäre.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Eine Haftungsrechtsmedizin!)

Die Haftungsrechtsregelungen müssten wir angehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als weiteres Stichwort: Wir brauchen mehr Transparenz, aber im ganzen System. Der Bürger muss wissen, welche Leistungen er zu welchem Preis bekommen kann. Der Bürger muss wissen, welche Krankenkasse zu welchem Preis was macht, was sie bezahlt und was nicht, und die Krankenkassenkosten müssen offen gelegt werden. Der Bürger muss wissen, was der Arzt abrechnet, damit er auch einmal weiß, welche Kosten er verursacht. Der Bürger muss wissen, was seine Medikamente kosten, wie hoch die Krankenhauskosten sind, was Operationen kosten und welche Möglichkeiten es überhaupt gibt.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb müssen wir – datenschutzrechtliche Bedenken hin oder her – zum Beispiel auch über eine intelligente Chipkarte für Patienten nachdenken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen eine verlässliche Finanzbasis. Wir müssen wissen, was das Gesundheitssystem kostet, und vor allem müssen wir klären, wie das Geld dafür hereinkommt. Wir sollten auch über versicherungsfremde Leistungen im Familienbereich und im sozialen Bereich, die notwendig sind, Überlegungen anstellen. Wir sollten uns überlegen, ob diese über die GKV solidarisch finanziert werden müssen oder ob man diese nicht, wo sie eigentlich hingehören, über Steuern finanzieren muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Gestatten Sie, Herr Minister, eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

Sozialminister Dr. Repnik: Aber bitte, gerne.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Minister, wenn ich richtig informiert bin, kommt die aktuelle Kostenexplosion aus dem Arzneimittelsektor. Mir fällt auf, dass von den Rednern der Koalition niemals über die Pharmaindustrie und über die Arzneimittel geredet wird, obwohl sie der ak-

tuelle Grund sind. Seit die Deckelung des Budgets von Frau Fischer gecancelt wurde, sind die Kosten bis ins Unendliche explodiert. Aber davon höre ich nie etwas. Ich höre von Ihnen nie etwas über Ärzte und nie etwas über die Pharmaindustrie.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das hat doch der Kollege Hoffmann gesagt!)

Offensichtlich sucht sich jeder seinen Lieblingsfreund und seinen Lieblingsfeind im Gesundheitswesen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Quatsch!)

Man muss aber über alle Beteiligten einmal offene Worte verlieren und nicht immer nur über ein paar.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU: Absoluter Blödsinn!)

Sozialminister Dr. Repnik: Herr Kretschmann, das ist ja genau das Problem der jetzigen Bundesregierung.

(Lachen bei der SPD – Abg. Bebbler SPD: Das sagen Sie! – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

– Moment, nein, nein. Lassen Sie mich bitte diesen Satz zu Ende sprechen. Sie wollen in der Tat immer nur an einzelnen Symptomen herumkurieren. Wenn Sie wirklich glauben, mit einem Segment wie dem Arzneimittelbereich, das maximal etwa 15 % der Kosten ausmacht, das Gesundheitssystem retten zu können, liegen Sie falsch.

(Abg. Wieser CDU: Das Gebiss kostet mehr!)

Übrigens wird immer wieder gesagt, die Ärzte – –

(Unruhe)

– Wie viel? 18 %?

(Abg. Dr. Lasotta CDU: 15 %!)

– Also.

Wenn Sie immer wieder sagen, die Ärzte bekämen den Hals nicht voll, wenn Sie auf die Steigerungen bei den Arztkosten abheben, müssen Sie auch berücksichtigen: Unser größtes Problem ist doch der Krankenhausbereich, der stationäre Bereich. Wir dürfen nicht immer nur an den Einzelsymptomen herumkurieren, sondern wir müssen in der Tat die Ursachen beseitigen. Ich habe schon gesagt, was die Ursachen sind. Aber an die Ursachen gehen Sie nicht heran, sondern Sie sagen nur immer: Solidarität, Solidarität, Solidarität.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Falsch verstandene Solidarität!)

Aber vor lauter Solidarität verschütten Sie die Eigenverantwortung ganz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Nichtvorlegen einer Gesundheitsreform während der vergangenen vier Jahre bedeutet eine Bankrotterklärung dieser Bundesregierung.

(Minister Dr. Repnik)

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Gefährdet akut die Patienten!)

Ein Kurswechsel ist überfällig.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich hoffe, dass die Bürgerinnen und Bürger dies am 22. September auch so sehen und uns diese Aufgabe in die Hände legen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Dr. Gräßle.

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Haußmann, was Sie hier abgeliefert haben, war schon ein Stück Zumutung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann sind wir jetzt einmal gespannt auf Ihren Beitrag, Frau Gräßle!)

Sie haben sicherlich Talent als Märchenerzählerin, aber wir sind hier nicht in der Veranstaltung „Wir warten aufs Christkind“,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Mäßigen Sie sich! –
Abg. Wieser CDU: Ja! Wir warten aufs Christkind! – Beifall des Abg. Wieser CDU)

sondern in der Veranstaltung: Wir warten auf die Gesundheitsreform, wir warten auf das, was die rot-grüne Bundesregierung nun in dem Bereich vorhat. Deswegen steht dieses Thema, das für unsere Bürger und die Wirtschaft so wichtig ist, heute auf der Tagesordnung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wo bleibt Ihr Sachbeitrag? Sagen Sie endlich was zur Sache!)

Die Menschen haben ein Recht darauf, zu erfahren, was Sie vorhaben. Mit Parolen nach dem Motto von Nina Ruge „Alles wird gut“ kriegen Sie es nicht hin. Mich hat diese Rede doch sehr stark an das „Dschungelbuch“ von Rudyard Kipling erinnert – liebe Kollegen, wir lieben es alle –: „Probiert mal mit Gemütlichkeit.“ Da gibt es eine Szene, in der die Schlange Kaa versucht, Mogli zu fressen und ihn mit den Worten „Schlaf, schlaf!“ hypnotisiert.

(Lachen der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Kretschmann GRÜNE: Jetzt kommt die Blut-, Schweiß- und Tränenrede!)

– Herr Kretschmann, hören Sie einfach noch ein bisschen zu.

(Abg. Walter GRÜNE: Welche Rolle haben Sie denn im „Dschungelbuch“? – Heiterkeit)

– Sie wissen schon: Ich bin die hübsche junge Frau am Schluss.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU – Abg. Bebbler SPD: Die letzte Aussage, aus welchem Märchen war denn die?)

– Vielen Dank für die Ovationen. – Herr Bebbler, wir gucken den Film mal wieder zusammen an. Ich habe zwei neue Freunde bei Ihnen in der Fraktion, Norbert und Christoph. Wir vier gucken ihn mal zusammen an. Das ist ein Angebot. Sie müssen es nicht annehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, bitte bewahren Sie Ruhe.

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Ich möchte darauf zu sprechen kommen, welche Antworten wir von Ihnen erwarten können. Ich erinnere Sie ungern daran, weil es mir Leid tut, aber man muss ja auch die Realitäten zur Kenntnis nehmen: Nicht die CDU/CSU und die FDP regieren in Berlin, sondern die SPD und die Grünen. Sie müssen endlich eine Antwort vorlegen. Wir haben uns bereits im Dezember über dieses Thema unterhalten. Seit Dezember ist nichts passiert. Eine Gesundheitsreform zeichnet sich nicht einmal in Ansätzen ab. Stattdessen hat sich die Situation weiter zugespitzt. Die AOK Baden-Württemberg stellt im Jahr 2000 eine Verdreifachung der Leistungsausgaben pro Mitglied fest. Gleichzeitig hat sich die Grundlohnsumme pro Mitglied halbiert. Verdreifachung der Ausgaben, Halbierung der Grundlohnsumme pro Mitglied, das ist die Lage. Darauf müssen Sie doch eine Antwort geben, Frau Haußmann. Das wollen wir von Ihnen hören und nicht: Alles wird gut.

(Beifall bei der CDU – Lachen der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Von Ihnen haben wir jetzt auch keine gehört!)

– Mich wundert, dass Sie darüber amüsiert sind. Wir sind leider im Moment nicht in der Lage, die Situation zu verbessern.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was wollen denn Sie? Sagen Sie es uns!)

– Die SPD muss doch eine Antwort bieten, die Gesundheitsministerin muss eine Antwort bieten, nicht wir.

Im Übrigen bekommen wir viel Zustimmung aus dem Kreis der Zuschauer, der Ihnen besonders nahe steht. Ich möchte hier den DGB-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg zitieren. Herr Bliesener sagt laut „Stuttgarter Zeitung“ vom 8. April 2002: „Es ist ein Fehler, dass die Gesundheitsreform nicht angegangen wird.“ Das sind Kronzeugen. Jeder sieht das genauso. Ich freue mich, dass Sie so amüsiert sind,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Über Ihren Beitrag kann ich mich nur amüsieren!)

aber wir sind sehr besorgt über die Lage, weil von Ihrer Seite inzwischen nicht einmal mehr der Ernst der Lage erkannt, geschweige denn zugegeben wird.

(Beifall bei der CDU)

Seit dem 1. April stehen wir vor einer neuen Situation, weil jetzt die Reform des Kassenwahlrechts, die bisher faktisch außer Kraft gesetzt war, wieder in Kraft gesetzt wurde. Das heißt: Drei Monate lang können die Mitglieder ihre Kasse

(Dr. Inge Gräßle)

wechseln. Was wird passieren? Die Kassen werden natürlich gewechselt. Dann haben wir die gleiche Situation, aufgrund der die SPD dies außer Kraft gesetzt hat.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie müssen es mal ordentlich durchlesen! Statt des „Dschungelbuchs“ sollten Sie einfach die Gesetzentwürfe der Bundesministerin lesen!)

– Frau Haußmann, ich würde nicht hier stehen, wenn ich nicht gelegentlich etwas anderes als das „Dschungelbuch“ lesen würde.

Wie ist die Lage? Wie wird es kommen?

(Abg. Wieser CDU: Bei dieser Entwicklung musst du dich im Dschungel auskennen!)

Wir haben bei den Krankenkassen von Baden-Württemberg Beitragsunterschiede von bis zu 4,1 Prozentpunkten. Also: Wer in Baden-Württemberg vom teuersten zum billigsten Anbieter wechselt – und getreu der Gesetze des Marktes wollen wir dies ja auch –, der spart zusammen mit seinem Arbeitgeber monatlich 138 € – das sind für den Versicherten pro Jahr 830 € – durch Kassenwechsel.

Womit müssen wir also rechnen? Wir müssen mit Kassenwechsel bis Ende Juli – dann verfällt die Frist wiederum – rechnen, und dann müssen wir damit rechnen, dass sich die Situation für bestimmte gesetzliche Krankenkassen – auch für die AOK Baden-Württemberg – natürlich noch viel, viel mehr verschärft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dann wird es zu einem Draufsatteln bei den Lohnnebenkosten, zu einer neuen Beitragserhöhungswelle kommen. Stichwort Lohnzusatzkosten; dazu haben Sie gar nichts gesagt, nicht einmal zwei Nebensätze.

Das Institut der deutschen Wirtschaft rechnet vor, dass die Personalzusatzkosten im für Baden-Württemberg besonders wichtigen produzierenden Gewerbe im Jahr 2001 je Vollbeschäftigten um 2 % angestiegen sind. Wieder hat Schröder hier gelogen. Statt der versprochenen Senkung der Lohnnebenkosten kommen wir – –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Mit Wahlversprechungen kennen Sie sich doch aus, Frau Gräßle!)

– Frau Haußmann, wenn ich so wie Sie im Glashaus sitzen würde, würde ich mich nicht einmal mehr bewegen, geschweige denn den Mund aufmachen.

(Unruhe bei der SPD)

Wo ist die Senkung der Lohnnebenkosten?

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Walter?

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Bitte, gern.

Abg. Walter GRÜNE: Frau Kollegin, Sie sind offensichtlich wie wir auch für eine Senkung der Lohnnebenkosten. Könnten Sie uns dann bitte sagen – –

Stellv. Präsident Birzele: Einen Moment, Herr Kollege Walter! Können Sie die Frage bitte wiederholen, weil das Mikrofon nicht eingeschaltet war.

Abg. Walter GRÜNE: Frau Kollegin Gräßle, Sie sind offensichtlich wie wir auch für die Senkung der Lohnnebenkosten. Könnten Sie einmal darlegen, wie diese nach den Vorstellungen der CDU gesenkt werden sollen? Können wir uns darauf einstellen, dass wie im April 1998 die Mehrwertsteuer wieder erhöht wird, oder wie wollen Sie das erreichen?

Können Sie uns auch noch sagen, wie hoch die Lohnnebenkosten zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme waren und wie hoch sie heute sind?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Ich freue mich, dass ich Sie darauf aufmerksam machen darf, dass die Lohnnebenkosten inzwischen genauso hoch sind wie auf ihrem höchsten Stand in den Neunzigerjahren, nämlich 1996. Das hat das Institut der deutschen Wirtschaft festgestellt. Ich kann es Ihnen zeigen. Ich kann Ihnen die Statistiken zeigen.

(Beifall bei der CDU)

Zu dem Thema, wer welche Konzepte hat, darf ich darauf aufmerksam machen, dass wir uns ja hier bereits regelmäßig getroffen haben und treffen und uns immer wieder darüber auseinander setzen. Wenn Sie öfter da wären, hätten Sie vielleicht auch etwas mitbekommen. Sie sehen mir sicher nach, dass ich das jetzt nicht im Einzelnen darlegen will.

(Abg. Walter GRÜNE: Sie wissen es nicht!)

Wir werden genau dies vielleicht beim nächsten Plenum in Karlsruhe miteinander diskutieren, und dann werden wir uns gerade darüber noch intensiver auseinander setzen.

(Abg. Walter GRÜNE: Das heißt, Sie wissen es heute nicht!)

– Ich weiß es.

(Abg. Walter GRÜNE: Dann sagen Sie es!)

– Ach, kommen Sie! Wir haben doch schon so oft darüber gesprochen. Es tut mir Leid, dass Sie es immer noch nicht wissen. Ich glaube, es ist hier übrigens auch nur ein Einzelwunsch, dass ich das hier jetzt darlege.

(Widerspruch bei den Grünen)

Ich möchte zu dem Thema Lohnnebenkosten noch etwas sagen, weil dieses Thema für unseren Mittelstand und die Wirtschaft insgesamt besonders wichtig ist. Sie haben hier total versagt. Ich darf Ihnen vorhalten, was das Institut für Altersvorsorge in der „Welt“ vom 12. April veröffentlicht hat: „Riester-Rente ein Flop“. Wir haben auch bei der Krankenversicherung mit steigenden Beiträgen zu rechnen. Das sagt auch der AOK-Landeschef, Herr Sing, auch keiner unserer Parteigänger. Sie sind dabei, in sehr wesentlichen Wirtschaftsbereichen die Wirtschaft an die Wand zu fahren, und vor allem bekommen wir keine Problemlösungskonzepte von Ihnen zu sehen.

(Dr. Inge Gräßle)

Wir fordern gerade im Gesundheitsbereich ein, dass erstens ein Stabilitätsgesetz kommt, das die Budgets limitiert, und wir fordern zweitens ein, dass die Gesundheitsreform endlich kommt und dass Sie den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einschenken und ihnen sagen, was Sie in diesem Bereich vorhaben. Ich darf noch einmal daran erinnern, dass es Ihre Regierung ist, die dafür in Berlin verantwortlich ist.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Haußmann.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Liebe Kollegin Gräßle, auf Ihren Beitrag braucht man ganz bestimmt nicht einzugehen.

Ich will mich noch einmal mit dem beschäftigen, was Herr Dr. Noll vorhin gesagt hat. Er muss mir da noch etwas erklären.

Es geht um die Wahltarife, die Sie vorhin als das Gelbe vom Ei angepriesen haben. Wahltarife bedeuten – das wissen sicher viele –, dass der Versicherte wählen kann, ob er bis 500 oder 1 000 DM aus eigener Tasche für die medizinische Versorgung bezahlt und dafür bei seiner Kasse einen möglichst niedrigen Beitragssatz hat.

Die Frage ist, wie das funktionieren soll. Heute ist der Mensch gesund und meint, sich einen Selbstbehalt leisten zu können. Dann wird er krank und hat das notwendige Geld nicht. Müssen dann wir alle mit der Sozialhilfe dafür aufkommen?

(Abg. Drexler SPD: Ja, natürlich!)

– Ja, natürlich. Das ist die logische Konsequenz.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein!)

Außerdem interessiert mich in diesem Zusammenhang die Rolle des Arbeitgebers. Dazu hätte ich von Ihnen gerne eine konkrete Antwort.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Noch etwas zur Wahlkampfreden unseres Ministers: Sehr geehrter Herr Minister, die Zufuhr zusätzlicher finanzieller Mittel löst die Herausforderungen der Zukunft nicht. Sie kennen die Studien. Sie wissen, dass wir mit einem hohen Mitteleinsatz pro Kopf der Bevölkerung am Gesundheitswesen beteiligt sind. Fast jede neunte Mark geht pro Kopf der Bevölkerung ins Gesundheitswesen. Das ist im Vergleich mehr als in allen anderen europäischen Ländern.

(Abg. Wieser CDU: Ist das gut?)

Vor uns liegen nur die USA und die Schweiz. Folglich muss ich sagen: Wir haben genügend Geld im System. Das ist die Konsequenz. Wir müssen die Qualität verbessern, und wir müssen Strukturveränderungen auf den Weg bringen. Das tun wir erfolgreich.

(Zuruf von der CDU: Wo denn? – Abg. Dr. Lasotta CDU: Was machen Sie gegen den Ärztemangel im Krankenhaus?)

Ich hätte gerne eine Aussage dazu.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf die konkrete Frage der Frau Kollegin Haußmann eine

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Konkrete Antwort!)

konkrete Antwort. Sie haben den Selbstbehalt angesprochen, dass ich also einen Tarif wählen kann mit einem Selbstbehalt von, sagen wir, 500 DM. Sie wissen, dass ich den nur einmal im Jahr habe. Sie wissen wahrscheinlich, wie private Versicherungen agieren.

(Abg. Drexler SPD: Das war nicht die Frage!)

– Herr Drexler, wenn Sie eine Police mit Selbstbehalt von 500 DM pro Jahr abschließen – –

(Abg. Drexler SPD: Das war doch nicht ihre Frage!)

– Dann soll sie sie präzisieren.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich will wissen, wie diese Wahltarife in der Praxis funktionieren sollen!)

– In der Praxis soll das folgendermaßen funktionieren: Jedem soll ein Basismodul angeboten werden, mit dem alles, was medizinisch notwendig ist, gewährleistet ist. Aber Dinge, die nach allgemeiner Übereinstimmung nicht unbedingt zwingend medizinische Leistungen sind – –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer legt diese Dinge fest? – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Die Kassen!)

– Das muss im Konsens zwischen Politik, Krankenkassen und Ärzten festgelegt werden. Das kann keiner allein machen. Dafür gibt es Ansätze, es gibt Konzepte, übrigens auch aus Ihrer Partei. Das sollten Sie wissen.

Ich will es auf den Punkt bringen. Wir reden von Solidarität, und Sie tun bei unseren Konzepten immer so, als wollten wir alles dem unregulierten Markt übergeben. Im Kernbereich

(Abg. Drexler SPD: Was ist das?)

wollen wir die Solidarität erhalten. Echte Solidarität heißt, dass diejenigen, die leistungsfähig sind, über Selbstbehalte und Eigenbeteiligungen ein Stück weit die Kosten selber tragen, während der, der wirklich bedürftig ist, alles solidarisch finanziert bekommt.

Wie sieht Ihre Solidarität aus? Die sieht so aus, dass Sie sagen: „Jawohl, liebe Leute, ihr kriegt alles zum Nulltarif.“

(Dr. Noll)

Jeder weiß aber, dass vor Ort die Kosten gedeckelt sind, sodass verschiedene Menschen, die sich nicht wehren können, bestimmte Leistungen nicht mehr bekommen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Ich will es noch konkreter machen. Es ist ja schon passiert, dass Herzoperationen und ähnliche Dinge aufgrund von Budgetzwängen nicht mehr durchgeführt werden konnten.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Das ist ungesetzlich!)

Da frage ich Sie: Was ist solidarischer? Wir sagen nicht, wir wollten die von manchen in dreijährigem Turnus wahrgenommene reine Vorsorgekur allen zum Nulltarif anbieten und dafür eine wichtige Herzoperation aufs nächste Jahr verschieben, und wir sagen auch nicht: „Vielleicht ist der Patient sowieso schon ein bisschen alt, und wir machen die Operation nicht mehr.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das ist der Unterschied zu Ihrer Scheinsolidarität, die den Leuten vormacht, alles sei solidarisch abgesichert, was aber in der Realität nicht funktioniert. Darum kommen Sie einfach nicht herum.

Jetzt die letzte Bemerkung – das ist auch der eigentliche Grund, weshalb ich noch einmal ans Rednerpult gegangen bin –:

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Die Kollegin Lösch hat den Ärzten – Frau Haußmann, wollen Sie noch eine Zwischenfrage stellen? Dann verlängern wir das Ganze noch.

(Zurufe von der SPD)

Ich bitte Sie nur, nicht immer mit dem Solidaritätsthema zu kommen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Ursula Haußmann: Das ist der Punkt!)

Denn dann müssen sich die Leute irgendwann entscheiden, was echte Solidarität ist und wo eine Scheinsolidarität vorgaukelt wird,

(Beifall der Abg. Dr. Birk und Dr. Lasotta CDU – Zurufe von der SPD)

die seit drei, vier Jahren dazu führt, dass die Leute keine Massagen mehr erhalten,

(Zurufe von der SPD)

keine Medikamente mehr erhalten, und zwar gerade chronisch Kranke. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Jetzt zur Bananenrepublik der Frau Lösch. Jetzt werde ich wirklich ärgerlich.

(Anhaltende Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Einen Moment, Herr Kollege Noll. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, mehr Ruhe zu bewahren. Der Redner ist sonst wirklich nicht zu verstehen.

Bitte schön, Herr Noll, fahren Sie fort.

(Zurufe der Abg. Drexler SPD und Walter GRÜNE)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Danke schön. – Zum Thema Bananenrepublik: Frau Kollegin Lösch, ich darf Sie direkt ansprechen. Sie beziehen sich, wenn ich Sie richtig verstanden habe, zum Beispiel auf die Aut-idem-Regelung, die von großen Teilen der Ärzte nicht umgesetzt wird. Gehe ich recht in dieser Annahme? Jetzt sage ich Ihnen, wer das die Bananenrepublik verursacht hat: Das sind diejenigen,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

die ein schlampiges Gesetz machen. Die Grundlagen für die Umsetzung sind überhaupt noch nicht vorhanden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Apotheker können überhaupt noch nicht sagen, was das untere Preisdrittel ist.

Jetzt sage ich Ihnen: Diejenigen, die die Umsetzung eines solchen Gesetzes verweigern, sind höchst verantwortlich agierende Menschen, nämlich Ärztinnen und Ärzte in diesem Land. Sie haben nämlich Sorge um ihre Patienten und wissen auch,

(Zurufe von den Grünen)

dass gerade ältere, chronisch kranke Menschen unter Compliance-Gesichtspunkten mit dieser Aut-idem-Regelung möglicherweise ein Riesenproblem bekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Daher weise ich den Vorwurf, wir lebten in einer Bananenrepublik, weil Ärzte Gesetze nicht befolgen würden, eindeutig zurück. Über solche Vorwürfe kann man wirklich ärgerlich werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Lösch.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Wieser: Lassen Sie die Bananen in der Kiste!)

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir gefällt die Entwicklung der Diskussion in dieser Aggressivität überhaupt nicht, weil sie der Debatte nicht angemessen ist.

(Brigitte Lösch)

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Der Vorwurf kam von Ihnen!)

Ich möchte zum Abschluss noch zwei Bemerkungen zum Thema Solidarität machen. Solidarisches Gesundheitssystem heißt nicht, dass wir sagen: Immer mehr Geld und immer mehr bezahlen. Das hat den ganzen Vormittag niemand gesagt. Nur kann es nicht sein, dass es heißt, wir müssten immer mehr Geld in unser System stecken, während sich die Qualität nicht verbessert. Darüber sind wir uns doch einig. Das ist ein solidarischer Gedanke.

Kollege Kretschmann hat vorhin nach den Arzneimittelherstellern gefragt. Das ist eine Gruppe, die in der Diskussion heute ganz außen vor geblieben ist. Es kann doch nicht sein, dass die Gewinne der Arzneimittelhersteller immer größer werden, während die Qualität aber gleich bleibt oder sich verschlechtert. Das kann doch nicht sein. Da braucht man eine gewisse politische Steuerung. Es kann nicht sein, dass das einfach dem freien Markt überlassen bleibt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Kollegin Lösch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Noll?

(Abg. Bebber SPD: Nein! – Abg. Wieser CDU: Jetzt ist aber Schluss, Herr Präsident! – Weitere Zurufe)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frau Kollegin Lösch, ich stelle die Zwischenfrage, weil Sie das Thema Pharmaindustrie ansprechen. Ihnen ist schon bekannt – Sie brauchen nur mit Ja oder Nein zu antworten –, dass es Herr Schröder war, der den Ablasshandel mit der Pharmaindustrie gemacht hat?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Kollege Noll, diese Frage geht an der Sache ganz direkt vorbei.

(Abg. Drexler SPD: Keine Ahnung! – Gegenruf des Abg. Rüeck CDU: Heute wird es von der Bundesregierung gemacht! – Zurufe von der SPD)

Die letzte Bemerkung: Vorhin hieß es, die Leute hätten so viel Angst vor der weiteren Entwicklung in der Gesundheitspolitik. Das stimmt auch. Wenn Sie die „Frankfurter Allgemeine“ von gestern lesen, wissen Sie, wovor die Leute am meisten Angst haben. Die Leute haben am meisten Angst vor einer Zweiklassenmedizin und vor dem System der Grund- und Wahlleistungen.

(Zurufe der Abg. Ursula Haußmann SPD und Dr. Noll FDP/DVP)

Davor haben die Leute am meisten Angst.

Ich habe noch eine letzte Frage: Was ist denn der Unterschied zwischen dem Dreistufenmodell und dem Modell der Kern- und Wahlleistungen?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Döpfer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Er wird sich in 40 Minuten kurz fassen! – Unruhe)

Abg. Döpfer CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann Sie beruhigen: Auch ich habe Hunger. Es wird also nicht zu lang werden; aber Herr Kollege Oelmayer hat gemeint, ich solle doch auch etwas dazu sagen. Vielen Dank, Herr Oelmayer.

(Abg. Drexler SPD: Was? Wo ist der Oelmayer? – Abg. Oelmayer GRÜNE: Freie Abgeordnete in einem freien Parlament! – Unruhe – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in der Diskussion festgestellt, dass wir einen akuten Reformbedarf haben.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Da sind wir uns alle einig!)

Es nützt nichts, wenn Sie, Frau Haußmann, versuchen, die Situation schönzureden. Das Gesundheitssystem und die Kassen werden Tag für Tag kränker – nicht durch Ihre Regierung in Berlin, denn dort passiert ja gar nichts, sondern durch die Schuldenanhäufung, die tagtäglich bei den Krankenkassen vorgenommen werden muss. Die Beitragssatzerhöhung bei der IKK Baden-Württemberg auf 14,9 % war nur ein erster Schritt. Die AOK Berlin sollte 17 % haben, erhebt sie aber nicht. Wo ist denn da der avisierte Durchschnitt von 14 %, die Herr Bundeskanzler Schröder versprochen hat?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Ein Lügenbeutel!)

Wir sind weit davon entfernt.

Meine Damen und Herren, die Bilanz nach dreieinhalb Jahren Nicht-Regierung der rot-grünen Regierung

(Abg. Drexler SPD: Was?)

ist katastrophal. Es wird auch nicht helfen, wenn die Gewerkschaft ver.di die Sonnenscheinministerin Ulla Schmidt mit einer millionenschweren Kampagne über den Wahlkampf tragen will und versucht, sie zu stützen und zu schützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, die Kassen stehen an der Wand. Sie fahren mit Ihrer Politik mit 180 Sachen gerade auf diese Wand zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Frau Lösch, Sie haben eine Diagnose angemahnt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Und die Therapie!)

Ich nenne Ihnen ein paar Ursachen; viele sind ja schon angesprochen worden. Ich bitte auch Frau Haußmann, jetzt

(Döpfer)

zuzuhören. Sie haben ohne Not die Gesundheitsreform, die beschlossen war, zurückgenommen. Das war der Anfang vom Ende.

(Abg. Drexler SPD: Zahnersatz! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Krankenhausnotopfer, Zuzahlungsregelung bei Medikamenten, das haben Sie vielleicht schon vergessen oder verdrängt!)

Sie haben die Begrenzung des Arzneimittelbudgets aufgehoben – das war sehr wohl „Bananenrepublik“, da möchte ich den Kollegen Noll unterstützen. Diese 400-Millionen-Zahlung war Ablasshandel modernster Art und Weise.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Kollege, bei den gestiegenen Arzneimittelkosten muss ich in diesem Fall die Ärzte einmal in Schutz nehmen. Sie sind nicht die Schuldigen. Die Rücknahme des Arzneimittelbudgets war es, ganz einfach.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was hätten Sie gemacht?)

Das hat doch nicht die CDU zu verantworten gehabt, sondern Ihre bzw. Frau Haußmanns Gesundheitsministerin. Ihre Gesundheitsministerin Andrea Fischer musste man ja auswechseln, weil sie so farblos war; sie hat ja gar nichts hingebacht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein, das waren andere Gründe!)

– Nein, nein. – Ich sage Ihnen eines: Der Einzige, der hier vielleicht die Daumenschrauben ein bisschen anziehen könnte, sitzt jetzt in Nürnberg. Der andere, der etwas davon verstanden hat, sitzt in Tel Aviv.

(Abg. Bebber SPD: Und der, der das weiß, redet gerade!)

Genau das ist es: Sie haben keine Alternative zu Frau Schmidt in Berlin.

(Zurufe der Abg. Brigitte Lösch und Walter GRÜNE)

Kommen wir zum nächsten Punkt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jetzt kommen wir nach der Diagnose zur Therapie!)

Kollege Walter, zur Über- und Fehlversorgung in den Krankenhäusern: Ich möchte bloß in Erinnerung rufen, dass allein in Berlin und München mehr Computertomographen und Magnetresonanztomographen stehen als in ganz Italien. Wir müssen sehen, dass wir bei der Reform des Krankenhauswesens, das einer der Hauptkostenverursacher ist, weiterkommen.

Ein letztes Wort zum Risikostrukturausgleich.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Das ist stark!)

Den Risikostrukturausgleich muss man der Öffentlichkeit immer wieder verdeutlichen. Ich habe den Eindruck, jeder

spricht über RSA, aber keiner weiß genau, wie er funktioniert, auch die Verantwortlichen nicht mehr.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es!)

Es kann doch nicht sein – und deswegen auch die Klagen von Baden-Württemberg –, dass Zahlerkassen höhere Beiträge erheben müssen als die Empfängerkassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau! – Abg. Wieser CDU: Das ist pervers! So etwas gibt es noch nicht einmal in einer Bananenrepublik!)

Jüngstes Beispiel: Die AOK Sachsen – das ist angeführt worden – muss die Beiträge senken, und die AOK Baden-Württemberg – das haben wir auch im Gespräch mit Herrn Sing gehört – wird die Beiträge spätestens zum 1. Januar 2003 erhöhen müssen, wenn nicht etwas im Gesundheitswesen passiert. Und was passiert? Es passiert nichts.

Vielleicht noch eine Zahl: Die IKK Baden-Württemberg – das ist nicht die größte Versicherung – zahlt in den Risikostrukturausgleich seit Bestehen, also seit 1994, als kleine Kasse über 1,2 Milliarden €. Das ist das Geld, das unserem Handwerk fehlt, das ist das Geld, das den Versicherten fehlt, und das ist das Geld, das dem Mittelstand fehlt

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und den Leistungserbringern! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Deswegen müssen die Assistenzärzte im Krankenhaus 80 Stunden arbeiten!)

und natürlich den Leistungsempfängern.

Ich könnte Ihnen jetzt den Risikostrukturausgleich erläutern. Das mache ich aber nicht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Schade!)

Ich habe eine Erläuterung dabei. Jeder, der will, kann sie sich durchlesen. Wenn er es dann verstanden hat, ist es gut.

Aber vielleicht noch eines: Das Finanzvolumen dieses Risikostrukturausgleichs ist weit höher als das des Länderfinanzausgleichs. Die Klagen, die viele Krankenkassen vor den Sozialgerichten geführt haben, betreffen ja nicht die Verfassungsmäßigkeit, sondern richten sich gegen die fehlende Transparenz. Es geht um unklare Datenlagen. Jeder weiß, dass wir hier im Haus schon einmal über die Familienangehörigen diskutiert haben, die alle Kassen gemeldet haben. Da hätten wir über 100 Millionen Einwohner in der Bundesrepublik haben müssen; so viele Familienangehörige wurden gemeldet. Die Kassen wurden aufgefordert, diese Datenlage zu bereinigen.

(Abg. Bebber SPD: Herr Kollege, Sie machen sich unbeliebt bei den Kollegen Ihrer eigenen Fraktion! – Gegenruf des Abg. Dr. Lasotta CDU: Das stimmt überhaupt nicht, Herr Bebber!)

Viele Kassenarten haben das auch gemacht. Aber wir dürfen es nicht nachprüfen. Es geht um die klare Datenlage, um die Transparenz und um die Nachprüfbarkeit.

(Abg. Drexler SPD: Sie reden wie der Minister!)

(Döpfer)

Meine Damen und Herren, diese ungerechte Verteilung muss aufhören.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Ich habe vorhin ver.di zitiert. Ver.di stellt fest: Die festgelegten Kriterien Alter und Geschlecht sind nicht geeignet, die Belastungen zwischen den Krankenkassen auszugleichen. Meine Damen und Herren, die Einbeziehung der DMPs wird wahrscheinlich noch einen Kostenschub bringen

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

und die Schieflage im RSA erhöhen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Weiter erhöhen, genau!)

Letztes Wort: Risikostrukturausgleich ja, Solidarität ja, Ungerechtigkeit nein.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Das ist der Seehofer der Not Leidenden!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, aufgrund eines Hinweises habe ich das Protokoll überprüft und dabei festgestellt, dass Frau Abg. Dr. Gräßle Frau Abg. Haußmann beleidigt hat. Ich erteile ihr deshalb einen Ordnungsruf.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Danke schön! – Abg. Drexler SPD: Das finde ich nicht in Ordnung! Sie muss sich entschuldigen!)

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Punkt 2 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:34 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:30 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 13/912

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Schulpolitische Zuordnung von Gemeinden in der Grenzregion zwischen Rheinschiene und Schwarzwald ab dem Schuljahr 2003

Herr Abg. Haas, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Das Thema meiner beiden Fragen

ist die schulpolitische Zuordnung von Gemeinden in der Grenzregion zwischen Rheinschiene und Schwarzwald ab dem Schuljahr 2003. Ich frage:

- Welche Zuordnung plant das Kultusministerium Baden-Württemberg hinsichtlich des Fremdsprachenunterrichts in den Grundschulen für den Bereich der Gemeinde Oberried und der Gemeinden im Dreisamtal?
- Wird bei den zum Schwarzwald gehörenden Gemeinden Sankt Peter und Sankt Märgen die Zuordnung gesondert geprüft?

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Rau.

Staatssekretär Rau: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Um das Anschlusskonzept zu gewährleisten, bedarf es zusammenhängender Gebiete, damit die Schülerinnen und Schüler ihre Grundschulfranzösisch in der weiterführenden Schule fortsetzen können. Ab 2003 ist daher der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald mit Ausnahme folgender Städte und Gemeinden für Grundschulfranzösisch vorgesehen: Breitnau, Hinterzarten, Feldberg, Titisee-Neustadt, Eisenbach, Friedenweiler, Lenzkirch, Schluchsee und Löffingen. Oberried als Gemeinde des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald bekommt ebenfalls Französisch als Grundschulfranzösisch. Mit „Dreisamtal“ verbindet die Bevölkerung die Gemeinden Kirchzarten, Stegen, Buchenbach und Oberried. Sankt Märgen und Sankt Peter arrondieren das Einzugsgebiet der weiterführenden Schulen in Kirchzarten. Diese Gemeinden gehören ebenfalls zum Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald.

Zur Frage b: Im Hinblick darauf, dass die Gemeinden Sankt Märgen und Sankt Peter einen gemeinsamen Haupt schulbildungsgang mit den Klassenstufen 5 und 6 an der Grund- und Hauptschule in Sankt Märgen und mit den Klassen 7 bis 9 an der Grund- und Hauptschule in Sankt Peter führen, sind beide Gemeinden gemeinsam zu betrachten. Im zehnten Schuljahr sind die Hauptschüler dieser Gemeinden der Grund- und Hauptschule in Kirchzarten zugeordnet. Die überwiegende Mehrzahl der Realschüler und der Gymnasialschüler aus Sankt Märgen und Sankt Peter besucht die Realschule und das Gymnasium in Kirchzarten.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Haas.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Staatssekretär, wie beurteilt die Landesregierung die Erfolgsaussichten der in der Presse bekannt gewordenen Klageabsichten im Bereich Karlsruhe und in Wiesental?

Staatssekretär Rau: Herr Kollege Haas, die Landesregierung hat nicht die Absicht, sich jetzt zu Klagen zu äußern. Wir kennen den genauen Klageinhalt noch nicht. Wir werden uns dann im Verfahren dazu äußern.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Danke schön!)

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Staatssekretär, Ihr Haus hat sich ja leider gegen ein allgemeines Wahlrecht bei der Grundschulfremdsprache ausgesprochen.

(Abg. Mack CDU: Gott sei Dank!)

Wären Sie aber bereit, in Einzelfällen, also bei Grundschulen, die im Einzugsbereich verschiedener weiterführender Schulen liegen, die einerseits Englisch und andererseits Französisch als Grundschulfremdsprache haben, den Eltern ein gewisses Wahlrecht einzuräumen?

Staatssekretär Rau: Wir halten es grundsätzlich nicht für angemessen, die Frage des Bildungsangebots einem Elternwahlrecht zu unterwerfen, sondern halten das für Grundsatzentscheidungen, die politisch zu verantworten sind. Im Übrigen würden gerade kleine Grundschulen unter einem solchen Wahlrecht zu leiden haben, weil wir es dort wegen der kleinen Gruppen nicht realisieren könnten. Wir werden also für jeden einzelnen Standort eine Entscheidung treffen müssen. Das ist im Kabinettsbeschluss vom November letzten Jahres auch geschehen.

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine weiteren Fragen vor.

Dann rufe ich die zweite Mündliche Anfrage auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gerd Teßmer SPD – Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe im Neckar-Odenwald-Kreis

Herr Abg. Teßmer, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Teßmer SPD: Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie groß ist die Zahl der Flächen und der Landwirte im Neckar-Odenwald-Kreis, für die nach der Neuregelung der SchALVO keine pauschalierten Ausgleichszahlungen – 310 DM pro Hektar – mehr erfolgen werden?
- b) Aus welchen anderen Quellen können bäuerliche Betriebe im Neckar-Odenwald-Kreis eine Kompensation für die finanziellen Einbußen erhalten, die ihnen nach der Neuregelung der SchALVO durch die nach wie vor vorhandenen, aber nicht mehr ausgeglichenen Anbaubeschränkungen entstehen?

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erteile ich Herrn Minister Stächele.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für die Landesregierung beantworte ich diese Anfrage wie folgt:

Zunächst zu a: Wie wir wissen, wurden mit der Novellierung der SchALVO die Wasserschutzgebiete neu eingeteilt, nämlich einerseits in die normalen Gebiete, also gering belastete Gebiete, und andererseits in stärker belastete Bereiche, Problem- und Sanierungsgebiete. Für Normalgebiete gelten lediglich die allgemeinen Schutzbestimmungen, und für die Problem- und Sanierungsgebiete gilt das Mehr durch die SchALVO und die dortigen Förderkulissen.

Für den Neckar-Odenwald-Kreis bedeutet dies, dass 9 450 Hektar aus den Auflagen für die landwirtschaftliche Nutzung in Wasserschutzgebieten weitgehend entlassen wurden. Diese Flächen werden von 530 Landwirten bewirtschaftet. Da es auf diesen Flächen keine wirtschaftlichen Nachteile mehr gibt, sind auch die Ausgleichsleistungen entfallen.

Zu b: Für alle Flächen, auf denen die Landwirte noch Auflagen nach der neuen SchALVO zu berücksichtigen haben, werden sie entsprechend mit Ausgleichsleistungen bedacht. Das ist ja weniger die Frage. Das sind die Problem- und Sanierungsgebiete, wie wir wissen. Damit sind alle Anbaubeschränkungen und Auflagen, die die Landwirte bei der Bewirtschaftung in Wasserschutzgebieten haben, auf der Grundlage des Wasserhaushaltsgesetzes ausgeglichen.

Im Übrigen können alle Landwirte auch in Wasserschutzgebieten auf freiwilliger Basis Verträge zur Durchführung von MEKA-Maßnahmen abschließen. Das trifft zum Beispiel auch für die Beibehaltung einer extensiven Grünlandnutzung zu. Ich habe mir auch die Zahlen noch einmal geben lassen. Es ist immer die Frage, was im Jahr 2001 im Vergleich zum Jahr 1999 konkret vorhanden ist. Vor der Neukonzeption gab es 1999 einen Mittelfluss in den Neckar-Odenwald-Kreis von 4,5 Millionen € und nach der Neukonzeption 2001 einen Mittelfluss von 5,2 Millionen €, also ein Plus von 0,7 Millionen €.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Teßmer.

Abg. Teßmer SPD: Danke für die Zahlen, Herr Minister. Die Frage ist aber: Sind das auch dieselben Landwirte, die diese um 0,7 Millionen € gestiegenen Zuschüsse bekommen? Ich frage das vor dem Hintergrund, dass das bisher eben zum Teil kalkuliertes Einkommen war.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Das kann ich im Einzelfall so nicht beantworten. Da muss man den Einzelfall betrachten. Aber man muss bei der ganzen Rechnung immer wieder eines berücksichtigen: Die Mittel nach der SchALVO sind kein Zusatzeinkommen, sondern immer ein Ausgleich für Auflagen. Das wird oft verwechselt. Wenn die Auflagen entfallen, kann es keine SchALVO-Zuwendung mehr geben.

Also muss ich zu dem übergehen, was das MEKA hergibt. Wir haben ja mit MEKA II einiges Zusätzliche gemacht. Ich habe mir die ganzen neuen Maßnahmen von MEKA II gerade noch einmal aufschreiben lassen: Verringerung der bedarfsgerechten Stickstoffdüngung – Sie wissen das –, umweltbewusstes Betriebsmanagement. Das alles geht in die Richtung, tatsächlich das abzufangen, was nicht mehr unmittelbar in der SchALVO enthalten ist. Im Einzelfall könnte ich aber jetzt nicht sagen, inwieweit Deckungsgleichheit besteht. Oftmals gibt es vielfache und zahlreiche Überlappungen.

Stellv. Präsident Birzele: Zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Teßmer.

Abg. Teßmer SPD: Das heißt also, Sie können der Aussage auch nicht klar zustimmen, dass man sagen muss, dass es durchaus Einbußen gibt, die sich durch MEKA gar nicht einpendeln können, weil es ja eine Tatsache ist, dass dort,

(Teßmer)

wo Grünland ist, MEKA maximal bei der Extensivierung mit hineinfällt. Aber sonst kann man ja gar nichts anderes beantragen. Darf ich noch einmal fragen: Sehen Sie es auch so, dass dies bisher kalkuliertes Einkommen war, weil die Grünlandgebiete entsprechend weniger bewirtschaftet werden und das durch MEKA nicht ganz kompensiert werden kann?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Wir müssen uns darüber unterhalten, ob das kalkuliertes Einkommen sein kann.

(Abg. Teßmer SPD: Das war es halt!)

Das kalkulierte Einkommen ist zunächst einmal der Ertrag, der normale, rechenbare, vorausschätzbare Ertrag.

(Abg. Teßmer SPD: Das wissen wir auch!)

Von diesem Ertrag geht das ab, was auflagenbedingt nicht realisierbar ist. Dies ist der erfolgte Ausgleich. Wenn dieser Ausgleich tatsächlich nicht mehr gegeben wird, weil entsprechende Beschränkungen entfallen, muss man zunächst davon ausgehen, dass der Ursprungsertrag wieder erreicht wird. Falls aus Umweltgründen nicht mehr die gleiche Intensivierung möglich ist und andere Auflagen akzeptiert werden, greift MEKA I und dann MEKA II.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Minister, da handelt es sich um beträchtliche Gebiete und um 530 Landwirte nur für diesen Bereich. Wie lässt es sich mit dem Grundwasserschutz vereinbaren, dass – wie Sie eben sagten – praktisch unbeschränkt bewirtschaftet werden kann und das MEKA-Angebot nur auf freiwilliger Basis in Anspruch genommen wird?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Verehrter Herr Kollege, dort, wo keine Nitratbelastung besteht, können keine Auflagen erteilt werden. Also ist der Ausgangspunkt die Einteilung des Landes in Sanierungs- oder Problemgebiete. Dort müssen des Grundwasserschutzes wegen Auflagen erteilt werden, und dort ist es auch geboten, den Einkommensausfall auszugleichen. Die anderen Bereiche sind keine Problemgebiete.

(Abg. Teßmer SPD: Nicht mehr!)

Es sind Normalgebiete, und demzufolge ist es auch normal, dass in diesen Gebieten gewirtschaftet werden kann und man entsprechend auf den Ertrag zurückkommt. Es wären keine Normalgebiete, wenn sie – wie von Ihnen unterstellt – Problem- und Sanierungsgebiete, also grundwassergefährdet wären. Das ist die Einteilung, die den Beschränkungen im Sinne der SchALVO vorausgehen musste.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Minister, wie beurteilen Sie den Vergleich von SchALVO und MEKA hinsichtlich der ordnungsrechtlichen Auflagen und der freiwilligen Verpflichtungen bei jeweils unterschiedlichen Programmen?

Zweite Zusatzfrage: Wie beurteilen Sie die Frage der Sicherheit der eingegangenen Verpflichtungen – einerseits

bei der SchALVO im Bereich des Ordnungsrechtes und andererseits bei MEKA mit entsprechenden Verträgen?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Die SchALVO ist letztendlich Ausfluss des Ordnungsrechtes und belastend. Das heißt, ich muss Beschränkungen auferlegen. Gäbe es keine SchALVO – und das ist das Besondere, der gute Weg Baden-Württembergs –, handelte es sich um nichts anderes als um wasserschutzrechtliche Auflagen. Es wären schlicht und einfach Bescheide mit dem Hinweis: Du darfst dies nicht mehr tun, weil die Nitratbelastung so hoch ist. Deshalb versucht man, mit der SchALVO diesen an sich ordnungsrechtlichen, auflagen-trächtigen Rahmen mit einer ganz konkreten Gegenleistung abzufangen, die wir hier in Baden-Württemberg so begründet haben und die auch ein Beispiel gibt für andere Bundesländer.

MEKA wiederum ist ein freiwilliger Verzicht, ein freiwilliges Sich-Hineinbegeben in Verträge, die zugegebenermaßen – und das ist es, was unseren Bauern ungut aufstößt – auf fünf Jahre angelegt sind. Sie wissen, es sind unsere gemeinsamen Bemühungen, ob man dies im Sinne einer Ökobilanz nicht flexibler handhaben könnte, sodass keine fesselnde Bindung für fünf Jahre besteht, wenn man nach zwei Jahren eine Änderung möchte. Das ist eine der Hauptschmerzen, die ich draußen bei den Landwirten immer wieder spüre, die von MEKA II an sich sonst gern Gebrauch machen. Die Größenordnung ist ja gewaltig. Die Zahl für den Neckar-Odenwald-Kreis zeigt, dass tatsächlich noch mehr draufgesattelt werden konnte. Ich kann nicht sagen, dass es sich etwa bei Bauer A, Bauer B und Bauer C um vollkommen deckungsgleiche Fälle handelt. Es gibt in der Tat Einzelfälle, bei denen das Vorher und das Nachher differieren. Allerdings muss man dem betreffenden Bauern sagen, dass das Davor eine Beschränkung im wasserschutzrechtlichen Sinne war

(Abg. Teßmer SPD: Das hört er nicht gern!)

und das Danach keiner Beschränkung mehr unterliegt. Wenn keine Beschränkung vorliegt, wäre es rechtlich gar nicht möglich, hier noch eine freiwillige Leistung zu geben.

Ich meine, MEKA II hat neue Maßnahmen auch in diesem Sinne ermöglicht – ich habe es bereits gesagt –: Verringerung der Stickstoffdüngung, umweltbewusstes Betriebsmanagement und umweltfreundliche Ausbringung von Wirtschaftsdünger. All das sind Maßnahmen, um das Übergehen zu erleichtern. Sie wissen, dass das Land diesen Weg gegangen ist, weil wir auf diese Weise unter dem Strich noch mehr Geld für die Landwirtschaft bereitstellen konnten.

Stellv. Präsident Birzele: Zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Minister Stächele, wie gehen Sie vor, wenn in den herausgenommenen Gebieten der Stickstoffeintrag zunimmt, bzw. warum gehen Sie nicht gleich dazu über, als Ersatz dafür MEKA anzupfehlen?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Wofür MEKA?

Abg. Dr. Caroli SPD: Für die bisherigen Leistungen nach der SchALVO.

(Abg. Kiefl CDU: Das tut doch jeder!)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Diese Frage verstehe ich jetzt nicht ganz. An sich ist es konsequent, zu sagen: Demjenigen, dem ich Beschränkungen auferlege, muss ich einen konkreten Ursprungstatbestand übermitteln, und der heißt Nitratbelastung. Wenn also die Nitratbelastung in irgendeinem Gebiet so weit zunähme, dass aus dem Normalgebiet ein Sanierungs- oder Problemgebiet würde, muss ich handeln im Sinne –

(Abg. Dr. Caroli SPD: Unterhalb des Problemgebiets!)

– Dann ist es Normalgebiet, und dann ist es über MEKA möglich.

(Zurufe der Abg. Teßmer und Dr. Caroli SPD)

Ich schlage Folgendes vor: Wenn Sie in Ihren Wahlkreisen Einzelfälle haben, bin ich gerne bereit, anhand des Einzelfalls zu schauen, was unter dem Strich herauskommt. Aber dann ziehen wir die Bilanz miteinander ehrlich im Sinne dessen, was vorher Ertragsminderung war und was jetzt wieder Ertragszuwachs sein kann. Das machen wir im Einzelfall gerne, Herr Kollege Teßmer.

Stellv. Präsident Birzele: Mir liegen keine weiteren Zusatzfragen vor.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gerd Teßmer SPD – Konzeption für ein zukunftsorientiertes „Grünes Zentrum Boxberg“

Herr Abg. Teßmer, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Teßmer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Trifft es zu, dass in den nächsten zwei Jahren – gemäß dem vorliegenden Haushalt für 2002/2003 – für das zukünftige „Grüne Zentrum Boxberg“ ausschließlich Planungskosten für die Verlagerung der Landesanstalt für Schweinezucht von Forchheim nach Boxberg investiert werden?
- b) Trifft es zu, dass die Landesregierung das Gelände um den Seehof der Stadt Boxberg zum Kauf angeboten und damit von ihren ursprünglichen Plänen Abstand genommen hat, in Boxberg ein zukunftsorientiertes landwirtschaftliches Zentrum für Baden-Württemberg entstehen zu lassen und dazu frühzeitig eine entsprechende Konzeption vorzulegen?

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage durch die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Stächele.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für die Lan-

desregierung möchte ich diese Mündliche Anfrage beantworten.

Zunächst einmal, Herr Kollege Teßmer: Wir haben im Staatshaushaltsplan für die Jahre 2002 und 2003 – das war die erste Frage – Beträge ausgebracht. Im Jahr 2002 haben wir einen Teilbetrag für die Weiterführung der Planung in Höhe von 50 000 €. Für das Jahr 2003 ist ein weiterer Teilbetrag in Höhe von 400 000 € als erste Baurate ausgebracht. Das heißt, es kann weitergehen. Wir alle mögen künftige Steuerschätzungen in unser Gebet einschließen, und zwar in der Hinsicht, dass dieser gute Vorsatz der Landesregierung verwirklicht werden kann. Wir brauchen das. Das zum Ersten.

Zum Zweiten: In der Tat trifft es zu, dass die Gebäude des Seehofs der Stadt Boxberg zum Kauf angeboten worden sind. Dies entspricht auch dem Kabinettsbeschluss vom 5. September 2000, wonach die neue Landesanstalt für Schweinezucht komplett als Neubau außerhalb des Seehofs errichtet werden soll. Die ursprüngliche Konzeption mit dem Ziel einer Bündelung von drei Landesanstalten und dem Amt für Landwirtschaft am Standort Boxberg konnte aus finanziellen Gründen schon seit einiger Zeit nicht mehr weiterverfolgt werden. Allerdings wird dabei die Option in Sachen Landwirtschaftsamt gehalten.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Teßmer.

Abg. Teßmer SPD: Herr Minister, habe ich das richtig verstanden, dass jetzt lediglich die Gebäude von Forchheim in neuer Form nach Boxberg verlagert werden und die in Forchheim praktisch aufgelöst werden? Wäre es dann nicht wesentlich billiger geworden, man hätte Forchheim renoviert und belassen, oder – ich darf wohl auch die zweite Frage gleich stellen – ist für Boxberg ein Zentrum geplant, in dem wirklich mehr als Schweinezucht angesiedelt werden soll? Denn sonst ist das ja kein „Grünes Zentrum“.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Herr Kollege, ich darf dazu noch einmal kurz Stellung nehmen. Bereits 1995 hat der Ministerrat

(Abg. Teßmer SPD: Das kenne ich!)

der Empfehlung des damaligen externen Gutachters zugestimmt,

(Abg. Teßmer SPD: Da war es ja noch ein großes Zentrum!)

ein reduziertes Grünes Zentrum zu bilden. Dies umfasst die Verlegung der Landesanstalt und die Option für das Landwirtschaftsamt.

Die Vergleichsberechnungen, insbesondere mit Blick auf das, was jetzt eine Entwicklungschance für Boxberg bedeutet,

(Abg. Teßmer SPD: Was ja gut ist!)

zeigen natürlich, dass das eine moderne Anstalt für Schweinezucht werden kann. Das heißt also: In diesen reinen Vergleichsberechnungen muss man die Chance auf Weiterentwicklung mit einbeziehen, das, was heute richti-

(Minister Stächele)

gerweise einer solchen Schweinezuchtanstalt abverlangt wird.

Ich denke, dass wir insgesamt angesichts der Haushaltsknappheit, der Finanzknappheit jetzt alles daransetzen sollten, dass Boxberg in dieser Form verwirklicht wird. Sie wissen, die derzeitigen Größenordnungen für Boxberg liegen bei 16,4 Millionen €, ein ganz stattlicher Betrag, den es da zu investieren gilt.

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor.

(Abg. Hauk CDU: Der Kollege Dr. Reinhart!)

– Entschuldigung. Herr Kollege Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Minister, kann ich Ihren Ausführungen entnehmen, dass die Landesregierung –

Stellv. Präsident Birzele: Entschuldigung. Herr Kollege, würden Sie freundlicherweise zum Mikrofon gehen, damit es auch für das Protokoll auf dem Tonband aufgezeichnet ist.

Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Minister, kann ich Ihren Ausführungen entnehmen, dass die Landesregierung vehement an der raschen Umsetzung der Einrichtung des Grünen Zentrums in Boxberg festhält? Und kann ich darüber hinaus Ihren Ausführungen entnehmen, wenn ich sie richtig verstehe, dass eine Verlagerung von Forchheim nach Boxberg durch einen Neubau erst innovative Gestaltungen auf dem modernsten Stand der Forschung und Entwicklung möglich macht?

(Abg. Bebber SPD: Das habt ihr abgesprochen! –
Abg. Teßmer SPD: Mehr wollte er auch nicht hören!)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Lieber Herr Kollege Dr. Reinhart, das kann ich mit einem eindeutigen Ja beantworten. Ich kann diese Frage nur bejahen.

Ich möchte aber eine Ergänzung machen: Ich möchte Sie bitten, mitzuhelfen, dass die Leidenschaft, mit der der Agrarminister für Boxberg kämpft, auf die Finanzpolitiker dieses Hauses überschlägt, damit wir das, was wir jetzt vorhaben, nämlich den ersten Bauschritt im Jahr 2003 einzuleiten, tatsächlich verwirklichen können. Da können Sie alle über die Fraktionen hinweg mithelfen, dass wir dann, wenn wir in den nächsten Haushaltsjahren gewichten, dieses wichtige Element für den ländlichen Raum nicht unberücksichtigt lassen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Vielen Dank! – Abg. Bebber SPD: Zusatzfrage: Verbirgt der Minister immer so seine Leidenschaft?)

Stellv. Präsident Birzele: Es gibt keine weiteren Zusatzfragen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 12. Februar 2002 – Gesetz zu dem Staatsvertrag über

den Rundfunk im vereinten Deutschland und zu dem Vertrag zum Europäischen Fernsehkanal vom 19. November 1991 (GBl. S. 745); hier: Berichte des Südwestrundfunks, des Zweiten Deutschen Fernsehens und des Deutschlandradios über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2000 bis 2003 – Drucksachen 13/736, 13/898

Berichterstatter: Abg. Wichmann

Es ist vereinbart worden, dass hierzu keine Aussprache stattfindet. Der Ständige Ausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen diesem Vorschlag zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Zukunft des sozialen Mietwohnungsbaus in Baden-Württemberg – Drucksache 13/132

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Dr. Witzel, Sie erhalten das Wort.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Jeder Mensch braucht ein Dach über dem Kopf,

(Abg. Mack CDU: Stimmt!)

aber viele Menschen, insbesondere in den Ballungsräumen, können die Miete für eine angemessene Wohnung schlicht und einfach nicht bezahlen. Es ist daher gut und richtig, dass der Staat den Wohnungsmarkt nicht dem Gesetz von Angebot und Nachfrage überlässt, sondern dass sich der Staat einmischt, ein Marktsegment besetzt und diese Wohnungen denjenigen Menschen anbietet, die auf dem freien Markt keine Chance haben.

In diesem Sinne hat auch das Land in den vergangenen Jahren Sozialwohnungen finanziert und mit entsprechenden Bindungen belegt. Das heißt: Die Wohnungen dürfen nur an solche Menschen vergeben werden, die einen Wohnberechtigungsschein besitzen. So ist über die Jahre ein solider Bestand an Sozialwohnungen herangewachsen, und dieser Bestand an Sozialwohnungen ist sehr wichtig für eine sozial ausgewogene Wohnungspolitik.

In den kommenden Jahren werden nun aber in großem Umfang Sozialwohnungen aus den bestehenden Bindungen fallen und damit als preiswerte Mietwohnungen verloren gehen. Die Zahlen dazu sind in der Stellungnahme der Landesregierung zu dem vorliegenden Antrag enthalten, und diese Zahlen sind dramatisch.

Derzeit haben wir etwa 170 000 Sozialmietwohnungen, und dieser Bestand wird bis zum Ende dieses Jahrzehnts auf etwa 46 000 Wohnungen sinken. Das heißt, etwa drei Viertel des heutigen Sozialwohnungsbestands im Bereich der Mietwohnungen werden vom Markt verschwinden, und das trifft insbesondere die Ballungsräume des Landes. Hier drohen gravierende Engpässe bei bezahlbaren Wohnungen, und das trifft dann insbesondere – gerade wegen der jetzt anziehenden Mieten – die sozial schwachen Familien.

(Dr. Witzel)

Das kann generelle Folgen für die Städte haben. Familien mit Kindern werden in billigere Wohnungen im Umland verdrängt, gewachsene Nachbarschaften werden möglicherweise zerstört, und weitere Folgen für die Städte sind absehbar. Eine Folge ist zum Beispiel, dass die Innenstädte stärker veröden und die Lebensqualität in den Städten sinkt.

Wir Grünen wollen das nicht. Wir wollen, dass die Städte als Wohnort für Familien und auch ältere Menschen attraktiv bleiben. Deshalb treten wir dafür ein, dass die Kommunen die Möglichkeit erhalten, durch Neubau von Sozialwohnungen oder über die Verlängerung von Belegungsrechten mehr für sozial schwache und einkommensschwache Bevölkerungsgruppen zu tun.

Hier ist das Land gefordert. Denn das Problem, welches ich eben schilderte, wird gerade dadurch verschärft, dass sich die Landesregierung fast vollständig aus der Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus zurückgezogen hat. Unter Herrn Spöri gingen in den Jahren 1992 bis 1996 noch über 50 % der Mittel für den sozialen Wohnungsbau in den Bereich der Mietwohnungen. Unter Herrn Döring wurde dieser Anteil seit 1996 abgesenkt: zunächst auf ein Drittel, dann auf 20 %, und im Jahr 2000 waren es nicht einmal mehr 5 %. Das bedeutete damals lediglich 200 Sozialmietwohnungen für das gesamte Land Baden-Württemberg mit weit über 1 000 Gemeinden.

(Abg. Dr. Caroli SPD: 1 111 genau!)

Es gab also für jeweils 5 Gemeinden nicht einmal eine Sozialmietwohnung. In diesem Jahr sind es zwar 700 Wohnungen geworden – das ist eine erfreuliche Steigerung –, aber die Ursache und das auslösende Moment für die Steigerung war ja die Tatsache, dass der Bund seine Mittel aufgestockt hatte. Egal aber, ob es nun 500, 700 oder 200 Wohnungen sind, es ist völlig klar, dass bei einer solchen Förderpolitik der absehbare Verlust von etwa 130 000 Sozialmietwohnungen nicht annähernd kompensiert werden kann.

Unser Antrag lautet daher: Das Land muss mehr für den sozialen Mietwohnungsbau tun. Wir können nicht einfach sagen: Im Bereich der Eigentumswohnungsmaßnahmen geschieht das Gleiche wie bisher, und im Bereich des sozialen Mietwohnungsbaus wird etwas daraufgepackt. Denn das geht angesichts knapper Kassen nicht. Deshalb wollen wir eine Umschichtung im vorhandenen Rahmen.

Die Landesregierung setzt auf das Wohngeld. Sie sagt: Wir fördern die Subjekte, und das soll ausreichen. Das ist aus unserer Sicht aber keine Lösung. Denn durch Wohngeld werden keine zusätzlichen Wohnungen gebaut. Auch ziehen Menschen, die am Wohnungsmarkt Schwierigkeiten haben – behinderte Menschen, kinderreiche Familien und ausländische Mitbürger –, auf dem freien Markt den Kürzeren. Auch ihnen muss man eine Wohnung anbieten können und darf nicht nur sagen: Wenn ihr eine Wohnung habt, geben wir euch Wohngeld.

Deswegen sind wir Grünen dafür, Möglichkeiten zu schaffen, dass Belegungsbindungen verlängert werden. Auf Bundesebene hat man ja dafür gesorgt, dass da neue Möglichkeiten geschaffen werden. Das Land sollte diese Mög-

lichkeiten so ausschöpfen, dass sie tatsächlich beansprucht werden. Zweitens wollen wir Mittel umschichten: nicht mehr so viel in die Eigentumsförderung hinein, sondern mehr für den sozialen Mietwohnungsbau. Dafür bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Mack.

Abg. Mack CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen wieder mehr Wohnungsbau, und insbesondere brauchen wir mehr Aktivitäten im Geschosswohnungsbau. Ich glaube, darin sind sich alle Fraktionen hier im Haus einig. 2001 wurden in Baden-Württemberg weniger als 12 000 Wohnungen im Geschosswohnungsbau genehmigt. Auch bei den Ein- und Zweifamilienhäusern sind die Zahlen zuletzt zurückgegangen, wenngleich sie im Zeitraum der letzten zehn Jahre vergleichsweise stabil geblieben sind.

Aber wir sehen es jetzt in allen Zeitungen: Die Spalte „Mietgesuche“ wächst, die Anzeigen mit Angeboten aber werden weniger. Insbesondere in Ballungsräumen und in Universitätsstädten ist dies so. Die Trendwende am Wohnungsmarkt hatten wir etwa Ende des Jahres 2000.

Der Bedarf an Wohnraum wird in Baden-Württemberg weiter zunehmen. Unser Land verzeichnet nach wie vor ein Bevölkerungswachstum. Vor allem nimmt die Zahl der Einpersonenhaushalte weiter zu. Diese beanspruchen im Durchschnitt 67 Quadratmeter Wohnfläche, während der allgemeine Durchschnitt bei 40 Quadratmetern pro Person liegt.

Der Bedarf an Wohnraum müsste eigentlich – und jetzt kommt der entscheidende Punkt – weiteren Wohnungsbau herausfordern. Die Zinsen für Baugeld sind im Moment historisch niedrig. Die Baukosten stagnieren. Das spräche eigentlich für einen Bauboom, aber den haben wir nicht.

Woran krankt der Wohnungsbau? Der Wohnungsbau macht schlapp, weil durch die Steuer- und Mietrechtsreform die Investition in die Immobilie gegenüber anderen Anlageformen weniger attraktiv gemacht wurde.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Dafür ist einzig und allein Rot-Grün verantwortlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP – Widerspruch des Abg. Dr. Caroli SPD)

Es zeigt sich wieder das alte Dilemma sozialdemokratischer Wohnungsbaupolitik.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist ja der Gipfel der Heuchelei!)

Wir erinnern uns noch an den Anfang der Achtzigerjahre; das war am Ende der letzten Regierungszeit der SPD. Jetzt sind wir wieder in diesem Stadium.

(Abg. Kübler CDU: Jawohl, Herr Mack, sehr gut!)

(Mack)

Die SPD betrachtet denjenigen, der eine Eigentumswohnung kauft, um sie anschließend zu vermieten, als Immobilienhai und wundert sich dann, wenn keiner mehr baut und das Mietniveau steigt.

(Abg. Blenke CDU: Es sei denn, es ist in der Toskana!)

Das ist das Problem sozialdemokratischer Wohnungsbau politik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kübler CDU: Hättest du etwas anderes erwartet?)

Was wir brauchen, ist ein positives Klima für die Immobilie. Dann bekommen wir auch wieder mehr Wohnungen zu bezahlbaren Preisen.

Schon durch drei Maßnahmen könnte auf Bundesebene enorm viel erreicht werden. Wir fordern erstens die Verkürzung der Spekulationsfrist von derzeit zehn Jahren auf möglichst wieder zwei Jahre.

(Abg. Kübler CDU: Sehr gut!)

Eine Frist von zehn Jahren wird einer mobilen Gesellschaft nicht gerecht. Bei zehn oder auch bei fünf Jahren kann man doch in keiner Weise von Spekulation sprechen.

(Abg. Kübler CDU: Guter Mann!)

Zweitens brauchen wir wieder gleiche Kündigungsfristen für Mieter und Vermieter, und drittens muss das Gerede über die Abschaffung der Eigenheimzulage eingestellt werden. Wir brauchen die Eigenheimzulage als ein ganz wichtiges Instrument.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Gibt es dadurch mehr Mietwohnungen?)

In diesem Bereich könnte Rot-Grün viel für den Wohnungsbau tun.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wer will die denn abschaffen? Das ist doch nicht das Problem! – Abg. Dr. Caroli SPD: Was ist jetzt mit dem Geschosswohnungsbau?)

Daneben muss so schnell wie möglich die eben erst eingeführte private Altersvorsorge reformiert werden. Deren Potenzial für den Wohnungsbau wird längst nicht ausgeschöpft. Ich freue mich, dass Herr Witzel neulich bei einer Veranstaltung immerhin gesagt hat, bei der privaten Altersvorsorge gebe es erheblichen Reformbedarf zugunsten des Wohnungsbaus.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Er wird immer vernünftiger!)

– Er wird immer vernünftiger.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Aber jetzt! Frau Präsidentin!)

– Sie haben ja vorhin gesprochen. – Die Landesregierung von Baden-Württemberg hatte diese Vorschläge gemacht, aber leider hat Rot-Grün sie im Bundesrat abgebügelt.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel?

Abg. Mack CDU: Sehr gern.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist eine Antwort: „Sehr gern“! – Abg. Kübler CDU: Das hat Format!)

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Kollege Mack, ist Ihnen bekannt, dass die Regelung zur Berücksichtigung des Wohneigentums im Rahmen der Riester-Rente ein Produkt des Vermittlungsausschusses ist, dass das zwischen CDU und SPD ausgehandelt wurde, dass Ihre Partei dem also auch zugestimmt hat?

Abg. Mack CDU: Wir haben das Schlimmste verhindert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hofer FDP/DVP: Alles gesagt!)

Ich komme zur Grundsatzfrage: Was können wir in dieser Situation mit staatlichen Subventionen erreichen? Was kann die staatliche Wohnraumförderung in den nächsten Jahren zur Ankurbelung des Wohnungsbaus leisten?

Wer seine Wohnungsbaupolitik danach ausrichtet, Herr Dr. Witzel, dass die Haushaltsansätze von Bund oder Land im Wohnungsbau nennenswert nach oben gehen müssen, der hat nicht mitbekommen, dass wir in Baden-Württemberg für das Jahr 2006 die Nullverschuldung anstreben, und er hat auch nicht mitbekommen, dass Bundesfinanzminister Eichel am Rosenmontag in Brüssel versprochen hat, die Bundesrepublik Deutschland und alle ihre Körperschaften, Länder und Gemeinden würden im Jahr 2004 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen wollen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Von Köln nach Brüssel!)

Da muss ich sagen – das sagen die Grünen auch immer wieder; da muss ich sie noch einmal loben –: In Baden-Württemberg sind keine Erhöhungen der Ansätze möglich. Die SPD ist leider noch nicht zu dieser Einsicht gekommen.

(Abg. Kübler CDU: Das kommt noch! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Die rot-grüne Bundesregierung in Berlin hat seit Beginn dieser Legislaturperiode die Wohnbauförderung des Bundes um 50 % nach unten gefahren. Zusätzliche Mittel für den Wohnungsbau wird es in den nächsten Jahren sicherlich nicht geben. Also müssen die Wohnbaufördermittel mehr dort eingesetzt werden, wo sie am effizientesten wirken, damit der Wohnungsbau angekurbelt wird. Deswegen muss der Schwerpunkt der Wohnbauförderung die Eigenheimförderung bleiben.

(Zurufe der Abg. Boris Palmer GRÜNE und Dr. Caroli SPD)

Es kommt darauf an, vor allem einkommensschwächeren Familien mit Kindern zu helfen, wenn sie Eigentum erwerben wollen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

(Mack)

80 % der Bevölkerung streben den Erwerb eines Eigenheims an.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber doch nicht die sozial Schwachen!)

Je mehr Personen wir durch die Wohnraumförderung und die Eigenheimzulage zu einem Eigenheim verhelfen

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Gegenruf des Abg. Hauk CDU)

– ganz ruhig bleiben –, desto mehr wird der Wohnungsmarkt auch wieder entlastet.

Zum Zweiten müssen wir die gegenwärtige Situation im Ballungsraum verbessern. Deshalb hat das Landeswohnungsbauprogramm 2002 genau die richtige Ausrichtung. In Ballungsräumen werden jetzt auch Ein-Kind-Familien gefördert. Insoweit wird auch der Koalitionsvertrag in Baden-Württemberg umgesetzt. Genauso fortgesetzt wird das bewährte Altbaumodernisierungsprogramm des Landes.

Weil sich das Wohngeld als Instrument der Subjektförderung bewährt hat, während – das muss man schon auch sagen dürfen – die Objektförderung im sozialen Wohnungsbau viele Nachteile gezeigt hat – Gettoisierung, Fehlsubventionen und dergleichen mehr –, brauchen wir nicht darüber zu klagen, wenn der soziale Wohnungsbau nicht mehr die große Rolle spielt. Wir brauchen den sozialen Wohnungsbau und müssen ihn konzentrieren auf das Programm „Die soziale Stadt“, auf den Bau von betreuten Seniorenwohnungen, auf Mietwohnungen für schwerbehinderte Menschen und für soziale Randgruppen wie zum Beispiel Wohnungslose. Insoweit setzt der soziale Wohnungsbau im Land weiterhin wichtige Akzente.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Ich möchte zusammenfassen: Wir machen in Baden-Württemberg das im Rahmen eines Sparhaushalts Mögliche. Zweitens fordern wir den Bund auf, die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau so zu ändern, dass in Deutschland wieder mehr gebaut wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Wo war Ihr Programm? – Abg. Drexler SPD: Er hat keines!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn wir über die Zukunft des sozialen Mietwohnungsbaus in Baden-Württemberg diskutieren, empfiehlt es sich, einen Blick in die Vergangenheit zu werfen, um zu erkennen, wo wir gegenwärtig stehen und was uns die Zukunft voraussichtlich bringt.

(Abg. Mack CDU: Bei unbegrenzter Redezeit können wir das machen!)

– Nein, das geht ganz schnell, weil ich nicht so viel wie Sie, Herr Kollege, um den heißen Brei herumreden muss.

(Abg. Capezzuto SPD: Er hat doch bloß abgelesen!)

Mitte der Achtzigerjahre hat der damalige Ministerpräsident Späth verkündet: „Sozialer Wohnungsbau ist etwas von gestern. Das machen wir nicht mehr, damit hören wir auf.“

(Abg. Hofer FDP/DVP: Was heißt „wir“?)

– Die damalige CDU,

(Abg. Drexler SPD: Landesregierung!)

die von ihm geführte Landesregierung. Dies hat binnen weniger Jahre dazu geführt, dass wir eine enorme Wohnungsnot im Land bekamen und bereits die von der CDU allein geführte Landesregierung die Förderung des Wohnungsbaus auf eine Rekordhöhe von 1 Milliarde DM angehoben hat.

(Abg. Drexler SPD: 1993! – Zuruf des Abg. Kübler CDU)

Wir haben dann in der großen Koalition trotz Sparhaushalten diese enorm hohe Förderung über Jahre hinweg beibehalten.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetztet!)

Dies hat Wirkung gezeigt. So ist es in weiten Bereichen des Landes Baden-Württemberg tatsächlich zu einem ausgeglichenen Wohnungsmarkt gekommen.

(Abg. Mack CDU: Und woher wollen Sie jetzt die Milliarde nehmen? – Gegenruf des Abg. Dr. Caroli SPD: Nur einmal langsam!)

Jetzt kommt der erste Fehler, der passiert ist und der an den Späth'schen Fehler erinnert. Die neue Regierung, an der Herr Döring als Wirtschaftsminister beteiligt war und ist, kam zu dem Ergebnis: Weil wir einen in etwa ausgeglichenen Wohnungsmarkt haben, brauchen wir den sozialen Wohnungsbau nicht an ein mittelfristig notwendiges Niveau anzupassen, sondern können ihn radikal zusammenstreichen. Das ist passiert – auf ein Niveau, von dem die kommunalen Landesverbände sagen, es sei peinlich und eigentlich überhaupt kein Programm mehr.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Eine Schande!)

Wenn in 1 100 Städten und Gemeinden gerade einmal 200 Mietwohnungen gefördert werden, dann kann man es auch sein lassen.

(Abg. Drexler SPD: Sagt auch der Wirtschaftsminister! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Der Wirtschaftsminister spielt bei dieser Geschichte – das ist wichtig, wenn wir dann den Blick in die Zukunft richten – eine dubiose Rolle.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Was? Jetzt kommt was Neues! – Zurufe von der CDU)

Bereits 1996, als er das Amt angetreten hat, hat er dem Staatsanzeiger Baden-Württemberg im Sommer ein Interview gegeben

(Zuruf von der CDU: Oh!)

(Schmiedel)

und dabei kundgetan, wenn die damalige Regierung Kohl ihre Absicht wahr mache und die soziale Wohnbauförderung des Bundes kürze – und zwar enorm –, dürfe das Land diese Kürzungen nicht mitmachen, sondern müsse im Gegenteil diese Kürzungen des Bundes ausgleichen. So hat er es im Sommer verkündet. Das war der Beginn des Döring'schen Sommerauftritts. Und was ist dann im Winter, bei der Vorlage des Landeswohnungsbauprogramms passiert?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Der Winterauftritt!)

– Der Winterauftritt. – Er hat nicht nur die Kürzungen des Bundes nicht ausgeglichen, sondern er hat zusammengestrichen. Damit begann eine Legendenbildung.

(Abg. Kübler CDU: Und dann kommt das Frühjahr und der Sommer! – Weitere Zurufe)

– Nein, es sind zwei unterschiedliche. Ich komme nachher noch einmal darauf zurück. – Er hat zusammengestrichen, und damit begann eine Legendenbildung in Baden-Württemberg, als sei die Wohnbauförderung des Landes sozusagen ein Anhängsel der Wohnbauförderung des Bundes.

(Abg. Kübler CDU: Ganzjahresprogramm!)

Sie wissen natürlich ganz genau,

(Abg. Drexler SPD: Dass es nicht so ist!)

dass die Wohnbauförderung eine Aufgabe des Landes ist und dass der Bund etwas dazugibt. Andere Länder machen es doch auch. Schauen wir doch einmal nach Hessen.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetztet! CDU-regiert! – Abg. Mack CDU: Und wo sollen wir jetzt das Geld wegnehmen?)

Hessen gewährt im Landeswohnungsbauprogramm heute sechsmal so viel Wohnbauförderung, wie der Bund gibt. Schauen wir einmal nach Nordrhein-Westfalen:

(Abg. Hofer FDP/DVP: Zum Beispiel!)

eine 25-mal so hohe Wohnbauförderung.

Um damit gleich aufzuräumen: Im Sommer hat der Minister ja häufig den Durchblick, und so hat er auch im Sommer des Jahres 2000 in einem dpa-Interview verkündet,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das ist schon verjährt!)

der Mietwohnungsbau brauche wieder höhere Zuschüsse, und dann wörtlich:

Die Förderung im Land muss sich am tatsächlichen Bedarf und nicht nur an der Höhe der Zuschüsse des Bundes orientieren.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

So im Sommer 2000. Was war im Winter?

(Abg. Drexler SPD: Vergessen!)

Das minimalste Programm in der Geschichte des Landes, ein Armutszeugnis ohnegleichen.

Wozu hat das geführt? Sie haben selber darauf hingewiesen. Wir haben heute in großen Städten, in den Universitätsstädten allzumal, eine unglaublich angespannte Situation, die sich von Jahr zu Jahr erkennbar verschlimmert. Alle Beteiligten warnen davor, dass wir, wenn es nicht zu einer gravierenden Neuausrichtung komme, wieder die gleiche schwierige Situation wie zu Beginn der Neunzigerjahre erleben.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Jetzt wäre eigentlich Handeln angesagt, aber wir können davon nichts erkennen. Deshalb sagt der Blick in die Zukunft ganz einfach Folgendes: Irgendwann kommt natürlich die Situation, in der man sich nicht mehr wegducken kann – wie zu Beginn der Neunzigerjahre. Damals war es die CDU-Alleinregierung, die dann wieder ganz tief in die Schatulle greifen musste und den nicht mehr vorhandenen sozialen Mietwohnungsbau im Lande sozusagen ruck, zuck auf ein Rekordniveau hochziehen musste.

Das ist eine völlig ungesunde Entwicklung, und wir hätten eigentlich gedacht, man hätte aus dieser Entwicklung lernen können. Deshalb haben wir nie gefordert, auf dem hohen Niveau wie zu Zeiten der großen Koalition weiter zu fördern, aber doch die Empfehlungen ernst zu nehmen, die man selber eingeholt hat, und zu fragen: Welches Niveau brauchen wir denn im Blick auf die nächsten zehn Jahre, auf das sich dann alle Beteiligten, insbesondere die Bauwirtschaft, einstellen können?

(Abg. Mack CDU: Wo wollen Sie das Geld wegnehmen?)

Wir haben doch – das ist doch unstrittig – die Empfehlung – sie wird vom Ministerium akzeptiert, sie wird vom Ausschuss akzeptiert –:

(Abg. Drexler SPD: Aber nicht von der CDU!)

In Baden-Württemberg sind jedes Jahr 50 000 neue Wohnungen notwendig, wenn wir nicht in eine schwierige Situation kommen wollen. 50 000!

(Beifall bei der SPD – Abg. Mack CDU: Jetzt sagen Sie mal etwas über Rahmenbedingungen! Sie reden doch nur über Geld, das wir nicht haben!)

Der Minister sagte im Sommer 2000,

(Abg. Drexler SPD: Schon wieder im Sommer!)

wir sollten uns am tatsächlichen Bedarf orientieren. Also sollten wir uns einmal darüber unterhalten: Was ist denn der tatsächliche Bedarf bei 50 000 neuen Wohnungen in Form von neuen Sozialwohnungen?

Wenn wir das langfristige Mittel anschauen, also nicht die Förderung während der Zeit der großen Koalition, nicht während der CDU-Alleinregierung, nicht während der CDU-FDP/DVP-Regierung, sondern das langfristige Mittel über Jahrzehnte, dann stellen wir fest, dass 20 % der in Baden-Württemberg gebauten Wohnungen Sozialwohnungen waren. Lieber Kollege Mack, Ihr Hinweis erinnert ein bisschen an Herrn Späth, wenn Sie sagen: Sozialwohnungen,

(Schmiedel)

diese schwierigen Viertel, kein Wunder, niemand will das mehr machen.

(Abg. Drexler SPD zur CDU: Sie waren noch nie in einem solchen Viertel! – Gegenruf des Abg. Kübler CDU: Aber Sie hat man dort auch noch nicht oft gesehen!)

Dass heute jemand eine soziale Mietwohnung nicht mehr so baut, wie man die Quartiere in den Fünfzigerjahren gebaut hat, das sollten auch Sie beobachten haben und sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Natürlich sind moderne neue Sozialwohnungen attraktiv und werden von denen, die sie benötigen, gerne bezogen. Die Situation ist nur so, dass man in Stuttgart keine Sozialwohnungen mehr findet.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Wenn das Statistische Landesamt allein für die Region Stuttgart in den nächsten zehn Jahren einen Bevölkerungszuwachs von 110 000 Menschen durch Zuzug erwartet,

(Abg. Mack CDU: Habe ich ja gesagt!)

dann bedeutet das, dass allein dafür 65 000 neue Wohnungen notwendig sind. Die 20 %, die unstrittig sind, auch in dem Gutachten, die dann im sozialen Wohnungsbau gefördert werden müssten, bedeuten doch schon wieder, dass wir zwischen 12 000 und 13 000 Sozialwohnungen allein in der Region Stuttgart brauchen.

(Abg. Hauk CDU: Die Zahlen sind schon längst hinfällig, wenn Sie Ihr neues Einwanderungsgesetz haben!)

Herr Kollege Witzel, Ihrer Analyse stimme ich zu, aber Ihre Antwort ist leider völlig unzureichend. Die Antwort – auf dem Niveau von 2 900 Wohnungen, die jetzt im Wohnungsbauprogramm gefördert werden,

(Abg. Kübler CDU: Wie wollen Sie es denn machen? Jetzt sagen Sie das doch mal!)

machen wir eine Umschichtung, weniger Eigentumsförderung und dafür etwas mehr Mietwohnungsbau – ist völlig unzureichend. Die reicht hinten und vorne nicht.

(Abg. Kübler CDU: Wie? Jetzt sagen Sie mal, wie Sie das machen wollen! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wo wollen Sie das Geld hernehmen?)

– Wir haben einen Vorschlag gemacht.

(Abg. Kübler CDU: Wo?)

Der ist mindestens genauso vernünftig wie zu sagen, die Landeskreditbank baut uns in einem Sonderprogramm Straßen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist unvernünftig! – Abg. Drexler SPD: Das haben frühere Regierungen auch schon gemacht!)

Denn diese Finanzierung geht natürlich zulasten künftiger Ausschüttungen der Landeskreditbank. Deshalb haben wir gesagt: Lasst uns Forderungen, die wir für die nächsten Jahre zu erwarten haben, jetzt mobilisieren, um ein mittel-

fristig notwendiges Niveau anzustreben, um Schaden vom Land Baden-Württemberg abzuwenden.

(Beifall bei der SPD)

Denn Schaden nimmt die Bauwirtschaft, Schaden nehmen die Beschäftigten, und Schaden nehmen vor allem die Familien, die darauf angewiesen sind, solche Wohnungen zur Verfügung gestellt zu bekommen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Abg. Schmiedel SPD: Ja.

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Schmiedel, wie begründen Sie den 60-prozentigen Einbruch im Wohnungsbau insgesamt in den letzten drei Jahren, und halten Sie es in einer sozialen Marktwirtschaft nicht für notwendig, neben der reinen Subventionspolitik auch marktwirtschaftliche Anreize im Bereich der Steuerpolitik zu schaffen, um den Mietwohnungsbau wieder anzukurbeln?

(Beifall bei der CDU)

Abg. Schmiedel SPD: Wenn Sie mir zugehört haben, dann haben Sie

(Abg. Kübler CDU: Nichts gehört!)

meinen Ausführungen entnehmen können, dass ich nicht den Anspruch erhebe, die notwendigen Neubauten in der Größenordnung von 50 000 in Baden-Württemberg, die unstrittig sind, im Wege des sozialen Wohnungsbaus zu erstellen, sondern ich habe gesagt: was sich im langfristigen Mittel als notwendig erwiesen hat, nämlich 20 %. Dann ist natürlich völlig klar, dass 40 % im frei finanzierten Wohnungsbau entstehen müssen. Dabei kann man über verschiedene Rahmenbedingungen reden, von mir aus auch über steuerliche.

(Abg. Kübler CDU: 80 %!)

– 80 %. Ich habe mich versprochen. Entschuldigung.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist sehr hilfreich gewesen!)

Ganz wichtige Rahmenbedingungen, worüber wir auch einmal reden müssen, sind zum Beispiel auch die Zurverfügungstellung von Bauland und die Entwicklung von Baulandpreisen.

(Abg. Hauk CDU: Das wäre ein Thema für die Region Stuttgart!)

Aber das Thema des heutigen Tages heißt: Zukunft des sozialen Mietwohnungsbaus in Baden-Württemberg. Da soll man nicht laufend ablenken. Übrigens ist es eine kuriose Geschichte, die Sie da mit Riester-Rente und Wohneigentum erfunden haben. Mittlerweile hat doch der Dümme kapiert, hätte ich beinahe gesagt,

(Abg. Drexler SPD: Das würde ich nicht sagen!)

(Schmiedel)

dass Riester-Rente und Wohneigentum eigentlich nicht zusammenzubringen sind, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Die Riester-Rente wird aus un versteuertem Einkommen einbezahlt, also muss dann der Erlös später versteuert werden. Das ist die Steuersystematik. Jetzt stellen Sie sich einmal Folgendes vor: Jemand hat seine Eigentumswohnung oder sein Häuschen im Laufe der Jahre abbezahlt und geht in Rente. Dann kommt das Finanzamt und sagt:

(Abg. Drexler SPD: Dann müsste er es versteuern!)

„Aber jetzt, mein lieber Freund, zahlst du auf dein abbezahltes Eigentum noch einmal Steuern.“ Das und andere Rahmenbedingungen führen dazu, dass zum Beispiel alle Bausparkassen in Baden-Württemberg und alle Fachverbände gesagt haben:

(Abg. Drexler SPD: Alle sind dagegen!)

Lasst die Finger weg, macht keine krampfhaften Versuche; es passt nicht, man muss nicht zusammenbringen, was nicht zusammenpasst; lasst uns über andere Möglichkeiten der Förderung nachdenken.

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Jetzt verkehren Sie doch die Argumentation nicht!)

Da stimmen wir völlig überein. Zum Beispiel muss die Eigenheimzulage erhalten bleiben; denn – das unterscheidet uns auch von anderen Ländern –

(Abg. Hauk CDU: Sie haben sie doch schon gesenkt und wollen sie noch einmal senken!)

wir haben ein ungeheures Interesse an neuen Wohnungen. Wir brauchen neue Wohnungen. Andere haben ein großes Interesse am Bestand und müssen mit dem Bestand anders umgehen. Aber wir müssen unseren Beitrag leisten. Das Land Baden-Württemberg leistet den notwendigen Beitrag nicht. Deshalb trifft Herrn Döring und die gesamte Regierung eine große Mitschuld an einer fatalen Entwicklung im Wohnungsbau in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Saubere Rede!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

(Abg. Drexler SPD: Herr Hofer schließt sich an, dann kann sofort der Minister reden! – Abg. Kübler CDU: Leute, ihr müsst stärkere Leute bringen! – Abg. Drexler SPD: Den vom Staatsministerium dort drüben könnt ihr einmotten! Also wirklich! Den würde nicht einmal der Oberbürgermeister als Referenten nehmen! – Glocke der Präsidentin)

Das Wort hat Herr Abg. Hofer!

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten heute Mittag in der Fraktion unser regelmäßiges Gespräch mit dem Mieterbund. Bei diesem Gespräch haben wir festgestellt, dass wir in der

Diagnose in vielen Punkten sehr eng beieinander sind, dass wir aber in der Therapie etwas weiter gehen. Die Trennung, die Sie, Herr Schmiedel, gemacht haben – wir reden nur über das eine Thema, nämlich über den sozialen Wohnungsbau, und über das andere Thema wollen wir nicht reden –, geht nicht. Deshalb werde ich auch auf beide Themen eingehen.

Zunächst einmal: Bei der Diagnose sind wir uns ziemlich einig. Wir haben zwar einen allgemein ausgeglichenen Wohnungsmarkt, auch wenn man das über das ganze Land nimmt, und einen ausgeglichenen Mietwohnungsmarkt, aber wir haben Engpässe, ja Gefährdungen in Teilmärkten, in den Großstädten, in den Ballungsräumen, in den Universitätsstädten und auch in den Verdichtungsräumen. In zunehmendem Maße fehlt es in diesen Räumen an größeren, halbwegs bezahlbaren Wohnungen für Familien.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: So ist es!)

Es fehlt in den Universitätsstädten an Einzimmerwohnungen für Studenten. Ich bin in Konstanz zweimal mit meinen Kindern losgezogen und habe eine Mietwohnung gesucht. Wer das einmal gemacht hat, stellt sich nicht mehr hin und sagt, alles sei in Butter.

Es kommt nicht von ungefähr, dass der Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart gegenwärtig eine Aktion durchführt, bei der er alle vorhandenen Baugrundstücke der Stadt Stuttgart an Investoren zu vermitteln versucht, damit hier ein An Schub gemacht wird. Das kommt nicht von ungefähr. Denn die Hunderte von Bewerbungen und Anmeldungen, die auf einer Liste stehen, gelten nicht nur für Stuttgart. Das gilt auch für viele andere Bereiche bei uns in Baden-Württemberg. Das, was da heranwächst, ist nicht nur ein soziales Problem, sondern das ist auch – ich sage das als wirtschaftspolitischer Sprecher meiner Fraktion – ein wirtschaftliches Standortproblem. Denn wenn man Fachkräfte gewinnen will – das ist gerade in diesen Verdichtungsräumen immer wichtiger –, dann muss man Wohnungen anbieten können. Man kann nicht Mobilität der Bevölkerung verlangen und dann immer nur sagen: „Ihr müsst euch jedes Mal eine Eigentumswohnung anschaffen oder ein Eigenheim bauen.“ Auch das setzt Tätigwerden voraus.

Deshalb muss die Wohnungsbauförderung mehr differenzieren. Das tut sie auch. Deshalb bin ich sehr froh, dass wir das bei der letzten Haushaltsberatung gemacht haben. Sie muss nach regionalen Gebietseingrenzungen differenzieren, und sie muss lokal differenzieren. Sie muss auch den individuellen Förderungsbedarf zielgerichteter ausloten und wirklich fragen: Wo sind diejenigen, die nicht am freien Immobilienmarkt teilnehmen können, weil sie es einfach nicht schaffen? Denen muss zielgerichtet geholfen werden. Das haben selbst unsere Julis erkannt. Sie fordern: Macht das Möglinger Modell und Ähnliches. Da müssen wir ran, und wir dürfen nicht denen einen Zuschuss geben, die das gar nicht nötig haben. Wir müssen an diejenigen herangehen, die das wirklich brauchen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hillebrand CDU: So ist es!)

Das darf nicht mit der Gießkanne verteilt werden. Das Geld haben wir nicht.

(Hofer)

Meine Damen und Herren, wir müssen auch zielgerichteter nach der Art der nachgefragten Wohnungen vorgehen. Beides ist auf dem Weg. Beides ist an sich schon wieder Schnee von gestern, denn das steht schon im Wohnraumförderungsprogramm des Landes drin. Es muss aber weiter fortgeführt und ausgebaut werden. Ich bin keiner, der sich hier hinstellt und sagt: „Nur weil wir an der Regierung sind, ist alles in Ordnung“, sondern das Bessere ist der Feind des Guten. Wir müssen uns bemühen, die Dinge weiter vorwärts zu bringen.

Der Bund hat deshalb in ganz richtiger Weise, weil er das auch erkannt hat, für Verdichtungsräume im letzten Haushalt rund 9 Milliarden € zur Verfügung gestellt. Wir von der FDP/DVP waren eigentlich sehr froh darüber, dass es gelungen ist – wir haben uns nachhaltig darum bemüht; ich darf das auch für meine Person sagen –, dass zu diesen 9 Milliarden € weitere 9 Milliarden € ohne Abstriche komplementär vom Land zur Verfügung gestellt worden sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Das haben wir nicht gegen den Wirtschaftsminister machen müssen, sondern er war sehr glücklich darüber, dass er beim Finanzminister eine Unterstützung dafür bekommen hat, dass da mehr Geld zur Verfügung gestellt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das hat immerhin – ich gebe allerdings zu: von einer schmalen Ausgangsposition aus sind Prozentzahlen immer sehr hoch – zu 34 % mehr Fördermitteln geführt. Nennen Sie mir einen Etatposten im Haushalt, der eine 34-prozentige Steigerung erfahren hat! Das hat dazu geführt, dass den 2 350 Eigentumsmaßnahmen nun immerhin 1 050 Mietwohnungen, die gefördert werden, gegenüberstehen.

Mein Fraktionsvorsitzender, dem ich das sehr gegönnt habe, hat mir gesagt: Als er mich als wohnungsbaupolitischen Sprecher in Freiburg beim Mieterbund vertreten hat, habe er für die FDP/DVP den meisten Beifall bekommen. Das hat mich gefreut, denn das ist nicht selbstverständlich.

Richtig ist, dass die SPD dafür noch mehr Geld im Haushalt wollte, im Gegensatz zu der hier – nicht immer, aber hier – realistisch eingestellten Fraktion GRÜNE. Aber was Sie gemacht haben, war – das muss man an dieser Stelle einfach sagen – keine seriöse Finanzierung. Wer rückläufige öffentliche Darlehen, die in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zurückgezahlt werden und ständige Einnahmen für den Haushalt bringen, von heute auf morgen einfach verkauft, der macht für die Belastung der zukünftigen Generation nichts anderes, als wenn er Schulden aufnähme. Das ist überhaupt kein Unterschied. Der einzige Unterschied besteht darin, dass diese Finanzierung noch ein Stück teurer ist. Deshalb hat man das abgelehnt: weil Sie auf der einen Seite keine Kreditfinanzierung wollen, aber auf der anderen Seite Umwege, die nichts anderes als Kreditfinanzierungen sind.

Sie haben Recht, Herr Witzel: Die Zahl der Wohnungsbindungen im öffentlichen sozialen Wohnungsbau ist rückläufig. Es werden weniger Wohnungen nachgebaut, als Belegungsbindungen frei werden.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wesentlich weniger!
Das ist das Problem!)

Deshalb hat man auch im Wohnraumförderungsprogramm erstmals gesagt: Wir wollen Belegungsrechte stärker fördern. Wir wollen, dass die Kommunen sagen: „Gebt uns die Wohnung, und wir bestimmen die nächsten zehn Jahre, wer hineinkommt.“ Nur – und da kommt die Brücke zum Thema „allgemeiner Wohnungsbau“ –, da machen die Eigentümer nicht mit. Sie sind doch alle an der Basis und wissen, dass der Eigentümer sagt: „Ich lasse mir von der Kommune für dieses Nasenwasser – mit Verlaub gesagt – doch nicht vorschreiben, wen ich zehn Jahre lang in die Wohnung hineinnehme.“ Denken Sie doch ein bisschen praktisch und realistisch. Wenn Sie eine Wohnung hätten, würden Sie nicht viel anders denken.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Wir sind deshalb der Meinung, dass die Förderung von selbst genutztem Wohnraum weiterhin Vorrang haben soll. Darin stimmen wir bei den Anhörungen mit nahezu allen Verbänden überein, weil dieser schmale Bereich der Förderung von Wohneigentum in sich noch einigermaßen verständlich und plausibel ist. Wenn wir da die Hälfte wegnehmen und diese Mittel in den Mietwohnungsbau stellen, dann haben wir zwei halbe Baustellen. Das bringt überhaupt nichts. Deshalb, meine Damen und Herren, gibt es überhaupt keinen anderen Weg. Denken Sie an die BSE-Krise: Da wurden Tierärzte bis zum Gehirnmehr eingestellt, und das Geld hat dabei überhaupt nicht mehr gezählt. Wenn sich der Mietwohnungsbau tatsächlich zu einem Problem verdichtet, wird die Politik auch hier sehr schnell handeln und mehr Geld zur Verfügung stellen müssen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie könnten auch schon handeln, bevor es zum Problem wird! –
Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Bestätigung der Politik, heißt das!)

Lassen Sie mich jetzt noch etwas zum zweiten Teil sagen, denn mich hat Ihre Abgrenzung gestört. Gehen Sie bitte einmal von folgender Realität aus: Die Wohnraumversorgung in Deutschland erfolgt in der Zwischenzeit fast ausschließlich durch private Investoren. Bund, Länder und Kommunen sowie auch die Versicherungsgesellschaften haben sich weitestgehend aus der Immobilie zurückgezogen. Der soziale Wohnungsbau hat gegenwärtig – Sie haben vorhin von 40 % gesprochen – noch einen Anteil von 7 % am gesamten Wohnungsbaubestand. 7 %! Es waren einmal 20 %. Gehen Sie einmal davon aus, dass es nach allem, was wir hören – der Bund will seine Schulden im Jahr 2004 zurückführen –, überhaupt nicht realistisch ist, anzunehmen, dass sich dies wesentlich verändert. Selbst wenn sich der Anteil auf 9 % erhöht, ist das Problem immer noch das gleiche, dass nämlich zu 91 % privat in den Wohnungsbau investiert wird.

Ich habe eine dpa-Meldung aus Berlin vom 15. April dieses Jahres. Es gab eine Anfrage der PDS zum Wohnungsbau. Dreimal dürfen Sie raten, warum die PDS in Berlin anfragt? Sie weiß die Antwort bereits, sie will sie nur noch einmal hören. Der Bund fährt die Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau weiter deutlich zurück. Aus der Anfrage

(Hofer)

der PDS geht hervor, dass der Bund hierfür im Jahr 2001 rund 814 Millionen € ausgegeben hat, im Jahr zuvor waren es noch 1,08 Milliarden €. In diesem Jahr sehe der Finanzplan den Angaben zufolge noch knapp 695 Millionen € und im Jahr 2003 noch knapp 563 Millionen € vor. Das berichtete die Bundestagspressestelle am Dienstag. Die Behauptung, die Mittel würden generell steigen, stimmt doch nicht. Der hohe Anteil der privaten Investitionen wird weiterhin Realität bleiben. Deshalb kann die Politik, wenn sie zielgerichtet in den sozialen Wohnungsbau investieren will, nicht sagen: „Das eine ist unser Thema, das andere ist es aber nicht.“ Das andere muss unser Thema bleiben.

Wir können hoffen – Glaube, Liebe, Hoffnung –, dass die Konjunktur wieder ansteigt. Die allgemeine Baukonjunktur hinkt dem immer ein, zwei Jahre hinterher. Warum soll die Konjunktur nicht steigen? Darauf können wir doch hoffen. Der Aktienboom, der ungeheuer viel Anlagenkapital abgezogen hat, geht zu Ende. Möglicherweise fließt von diesem Kapital wieder etwas in den Mietwohnungsbau. Auch die Bereitschaft der Mieter, mehr Eigentumswohnungen zu erwerben, wächst eindeutig. Das weiß jeder Fachmann. Der angespannte Mietwohnungsmarkt, der insgesamt ärgerlich ist, lässt Anleger natürlich hoffen. Deshalb kann man schon davon ausgehen, dass sich die Situation etwas verbessert.

Im Übrigen hat der Verband der Deutschen Makler für Grundbesitz, Hausverwaltung und Finanzierungen erklärt, die einzige Gefahr, die gesehen werde, liege bei den Banken und bei den Bundespolitikern. Ich lasse einmal die Banken weg; das ist ein ganz wichtiges Thema, wir kennen Rating usw. Das will ich nicht weiter ausführen. Aber bleiben wir einmal bei der Politik. Man kann die Sorge der Bauwirtschaft verstehen: Denke ich an die Politiker in Berlin in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.

(Abg. Kübler CDU: Richtig!)

Die in den letzten Jahren auf Bundesebene verabschiedete Änderung der Rahmenbedingungen ist alles andere als investitionsfreundlich. Ich zähle das auf. Über jede einzelne Maßnahme könnte man noch reden, aber bei der Summierung dieser Maßnahmen darf man sich doch nicht wundern, dass viele private Investoren schlicht und einfach die Lust verloren haben, noch in Immobilien zu investieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Die einzelnen Maßnahmen sind: Einschränkung der Verrechnungsmöglichkeiten der Vermietung und Verpachtung und der Verlustrechnung, Reduzierung der Neubau-AfA, rückwirkende Verlängerung der Spekulationsfrist. Es „stärkt“ das Vertrauen, wenn man etwas rückwirkend verlängert. Das Vertrauen in das langlebige Gut Immobilie ist für einen Investor das Wichtigste.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber das wurde rückwirkend verändert.

Weiter: Aufhebung des Rohkostenabzugs bei selbst genutztem Wohnungseigentum, Aufhebung der Möglichkeit, Erhaltungsaufwendungen bei Wohngebäuden auf mehrere Jahre zu verteilen, Halbierung des Sparerfreibetrags, Anhe-

bung der Einkommensgrenze bei den Eigenheimzulagen, Erhöhung der Grunderwerbsteuer,

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Absenkung der Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen von 30 auf 20 %. Neulich hat Herr Gaßmann in einer Veranstaltung gesagt: „Liebe Leute, regt euch nicht auf, das merkt doch keiner, wir haben doch in den letzten Jahren nie mehr als 20 % gehabt.“ Da frage ich mich, warum das geregelt werden muss.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Die Psychologie spielt bei Investoren eine große Rolle.

Ferner wurden beschlossen: Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 2 auf 3,5 % und ein asymmetrisch ausgestaltetes Mietkündigungsrecht. Das ist kein Problem. Ich gebe dem Kollegen ja auch Recht: Ein Vermieter hat damit in aller Regel keine Probleme, weil er eh einen Zeitraum von sechs Monaten hat, bevor er neu vermietet. Ich stimme auch zu, dass man der Mobilität zuliebe bei Mietern kurze Kündigungsfristen haben soll, aber man muss auch berücksichtigen, wie das psychologisch wirkt und welches Streitpotenzial entsteht. Es gibt viele Leute, die noch investieren wollen und sagen: „Ich will mein Geld investieren, mich aber nicht herumstreiten.“ Das ist ein Grund.

Schließlich muss ich, weil das vorhin gesagt worden ist, fragen: Wer denkt denn daran? Natürlich denkt man daran, die Eigenheimzulage zu verändern. Alle Fachleute sagen: ein Wahnsinn. Aber darauf wird gesagt: Moment, wir machen ja etwas ganz Gerechtfertigtes. Wir stellen fest – das als Beispiel –, dass ein Quadratmeter Grund und Boden in Stuttgart – und das wird bei aller Wohnraummobilisierung so bleiben, denn das entscheidet bei der gegenwärtigen Knappheit der Markt – teurer ist als ein Quadratmeter Grund und Boden beispielsweise in Aulendorf. Warum kriegen also alle die gleiche Eigenheimzulage? Wir müssen doch, wie ich schon vorhin sagte, zielgerichteter fördern, das heißt, in Stuttgart sollten die Leute mehr Eigenheimzulage bekommen als in Gebieten, in denen die Baugrundstücke günstiger sind. Wenn Sie das so machen, ist es gut. Aber Sie haben vor, einen anderen Weg einzuschlagen.

(Abg. Schmiedel SPD: Woher wissen Sie, was wir machen?)

Sie wollen die Eigenheimzulage in Stuttgart belassen und sie in Aulendorf verschlechtern. Das ist ein Unterschied.

(Abg. Schmiedel SPD: Wissen Sie das durch einen Geheimagenten?)

– Ich weiß das, weil ich die Diskussion verfolgt habe.

Die Bemühungen, Wohnraum in die Altersvorsorge zu bringen, waren ja glücklicherweise noch erfolgreich. Aber jeder weiß doch, dass dies völlig unzureichend ist. Schwellenhaushalte – denken Sie nicht an unsere Einkommen, denn wir liegen ja alle über der Schwelle, sondern an die Schwellenhaushalte – müssen so lange anfinanzieren, dass sie gar nicht mehr in der Lage sind, das zurückzuzahlen, bis sie die Ruhestandsregelung beanspruchen können. Das muss verbessert werden.

(Hofer)

Jetzt komme ich zum letzten Punkt – das ist auch ein beliebtes Thema –: Natürlich müssen wir nicht nur neu bauen, Herr Witzel, sondern auch in den Wohnungsbestand investieren.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das ist ein sehr wichtiger Gedanke!)

Der Wohnungsbestand wird das Thema der nächsten Jahre sein.

(Abg. Schmiedel SPD: Das sagen Sie jedes Jahr!)

Nur: Wenn Sie demjenigen, der investieren soll, sagen, er dürfe diese Aufwendungen aber steuerlich nicht auf die Jahre verteilen, wie Sie das machen, bewirken Sie nichts anderes, als dass eine solche Investition schlicht und einfach auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird. Das muss sofort geändert werden.

Deshalb sage ich noch einmal an dieser Stelle, weil Sie das trennen wollten, Herr Schmiedel: Da mache ich nicht mit. Bei einer Wohnungsbauförderung im öffentlichen Bereich sind wir uns über manches einig. Wer aber den allgemeinen Wohnungsbau so niederfährt, wie Sie das in den letzten Jahren gemacht haben, und sich dann auf das Trümmerfeld stellt und auf andere deutet, der ist in höchstem Maße unglaubwürdig.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will versuchen, auf meine Vorredner einzugehen, wobei ich vorweg sage, dass Herr Kollege Hofer und auch Herr Mack genau dargelegt haben, wie die Wohnungsbaupolitik im Land Baden-Württemberg richtigerweise gemacht wird.

Herr Kollege Witzel, unsere Positionen unterscheiden sich an einer Stelle einfach vom Grundsätzlichen her deutlich. Sie haben am Ende Ihrer Rede wörtlich gesagt: weniger Eigentumsförderung, mehr Mietwohnungsbauförderung. Das halte ich definitiv für den falschen Weg. Ich will dringend alle Anstrengungen so gut wie irgend möglich darauf konzentrieren, dass Eigentumsförderung möglich ist, dass Eigentumserwerb möglich bleibt, weil Wohneigentum ein Stück Freiheit, ein Stück Unabhängigkeit, ein Stück Sicherheit schafft, vor allem im Alter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wir wollen das Wohneigentum nicht abschaffen, Herr Döring!)

Das halte ich für einen entscheidenden Punkt. – Herr Witzel, ich habe Sie sehr wohl verstanden. Sie wollen es nicht abschaffen, aber Sie wollen dort weniger machen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ja, so ist es!)

Mir reicht die Eigentumsquote in Baden-Württemberg von etwa 49 % nicht aus.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das hilft doch nur den Besserverdienenden, Herr Minister!)

Bundesweit beträgt sie 42 %. Das reicht mir nicht aus.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Deswegen machen wir mehr im Bereich Eigentumsförderung.

Schauen Sie sich die Eigentumsförderung an, wie wir sie bei uns in Baden-Württemberg machen. Sie kommt nicht nur im Grunde, sondern genau dort an, wo Sie vorgeblich – ich nehme das auch ab – auch die größte Unterstützung wollen, nämlich bei einkommensschwachen Familien.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Beides sind ganz wichtige, zentrale Begriffe: „einkommensschwach“ und „Familien“. Ich möchte gern, dass vor allem Familien die Möglichkeit haben, Eigentum zu erwerben, um dieses Stück Unabhängigkeit für sich zu haben. Ich will, dass sie das möglichst früh machen können, nicht erst im Alter, wenn die Kinder aus dem Haus sind und es sich dann gar nicht mehr um Familien im eigentlichen Sinn handelt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Jawohl!)

Das sind die zentralen Ansatzpunkte der Wohnungsbaupolitik in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Welche einkommensschwachen Familien können sich ein Eigenheim leisten?)

Ich komme auf ein paar weitere Punkte zurück, die Sie, Herr Witzel, angesprochen haben, möchte aber auch auf das, was Kollege Schmiedel gesagt hat, eingehen.

Sie haben einen Satz gesagt, bei dem ich schon gerne hätte, dass er stimmt, weil ich ihn nämlich richtig finde. Herr Kollege Schmiedel, Sie haben hier gesagt, die Eigenheimzulage solle erhalten werden.

(Abg. Schmiedel SPD: Ja!)

Das wäre mir sehr recht,

(Heiterkeit des Abg. Hofer FDP/DVP)

aber Sie haben sie verändert. Sie haben sie nicht nur verändert, sondern wieder in die Diskussion gebracht. Damit verunsichern Sie genau diejenigen, die eigentlich jetzt dazu anstehen, Eigentum zu erwerben. Das ist das Fahrlässige an der Politik von Rot-Grün und an Ihren Diskussionen im Zusammenhang mit der Eigenheimzulage, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Gerne am Ende, Herr Schmiedel. Ich darf zunächst fortfahren.

(Abg. Schmiedel SPD: Nein, nein! Zur Eigenheimzulage!)

(Minister Dr. Döring)

Sie haben im Weiteren auch deutlich gemacht, wo wir vonseiten des Landes Fehler machen würden oder irgendwelche Maßnahmen nicht richtig wären. Lesen Sie einmal den Brief Ihres Kollegen Gaßmann, den er an Wohnungsbaunternehmen in Baden-Württemberg geschickt hat, nach. Da schreibt er: „Wir“ – die SPD – „hätten im Jahr 2002 54 Millionen € und im Jahr 2003 65 Millionen € mehr zur Verfügung gestellt.“ Wie wollen Sie denn das finanzieren? Mit Ihrem unseriösen Vorschlag des Forderungsverkaufs? Das geht doch gar nicht.

(Abg. Schmiedel SPD: Was geht nicht? Natürlich geht es!)

Es kommt ein weiterer Punkt hinzu. In demselben Brief schreibt er auch noch, das hätte eine geringe Verbesserung gebracht, das wäre auch nicht ausreichend gewesen, das heißt, es würden noch viel mehr Mittel notwendig sein, ohne dass er irgendwo deutlich gemacht hätte, wo die denn herkommen sollten. Deswegen ist es für mich überhaupt keine Frage: Sie werden das, was nach Ihren Vorstellungen finanziert werden muss, nicht mit Mitteln der öffentlichen Hand finanzieren können, weder – wie Kollege Mack zu Recht gesagt hat – unter dem Aspekt der Nullverschuldung 2006 – Sie wollen sie schon 2004; viel Vergnügen – noch unter den weiteren Aspekten, was die Finanzsituation von Bund, Land und Kommunen angeht.

Kommen wir zum nächsten Punkt. Sie machen dem Land Vorwürfe bezüglich der Unterstützung im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau und der direkten Wohnungsbauförderung. Wir haben von 1996 bis 2001 62 100 Wohnungen gefördert, davon 42 600 Eigentumsmaßnahmen und 19 500 Mietwohnungen mit Förderdarlehen von 5,16 Milliarden €. Das ist ein Drittel dessen, was wir im Mietwohnungsbaubereich gemacht haben. Wir haben das auch für wichtig gehalten, aber wir nehmen die Konzentration jetzt so vor, wie ich es vorgetragen habe.

Dann haben Sie uns vorgeworfen, wir würden weniger machen als der Bund. Das stimmt hinten und vorne nicht. Meine Damen und Herren, von 1998 bis 2001 sind die Bundesmittel für Baden-Württemberg von 65 Millionen auf 22 Millionen € zurückgefahren worden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das ist eine Reduzierung um 66 %. Im gleichen Zeitraum hat das Land seine Mittel von 84 Millionen € auf 37 Millionen € gekürzt. Dies entspricht einer Reduzierung um 56 %. Das heißt, wir haben in all den Jahren – auch in schwieriger finanz- und haushaltspolitischer Situation – das, was vom Bund gekommen ist, immer überkomplementiert. Deshalb muss man den Vorwurf einmal zurückweisen, wir würden hier weniger machen als der Bund.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Es stimmt einfach nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kübler CDU: Schmiedel, nachlesen!)

Sie könnten bei den Zahlen weitermachen. Wenn Sie sich die Finanzhilfen des Bundes für die soziale Wohnraumförderung 1998 bis 2003 anschauen, dann sehen Sie, dass

sie von 1998 auf 1999 von 668 Millionen € auf 562 Millionen € und bis ins Jahr 2001 auf 230 Millionen € heruntergegangen sind. Jetzt sind sie im Jahr 2002 – dafür mag es ja Gründe geben – auf 300 Millionen € hochgegangen, und für 2003 planen Sie wieder eine Reduzierung auf 230 Millionen €.

Also, bleiben Sie doch bei den Fakten, und werfen Sie uns hier nicht Maßnahmen vor, die der Bund in noch viel gravierenderer Weise vornimmt, nämlich die Kürzung im Gesamtbereich der Wohnungsbauförderung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann müssen Sie natürlich auch eines sehen, was sowohl Kollege Mack als auch Kollege Hofer ausgeführt haben. Sie müssen doch demjenigen, den Sie dafür gewinnen wollen, den Sie dafür begeistern wollen, in den Wohnungsbau zu investieren, auch ein bisschen Lust machen, damit er das auch tatsächlich macht.

(Beifall des Abg. Hillebrand CDU – Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Wenn Sie aber andauernd zielgerichtet die Rahmenbedingungen verschlechtern, dann brauchen Sie sich doch nicht zu wundern, dass keiner mehr in den Wohnungsbau investiert, sondern Investoren andere Möglichkeiten suchen, ihr Geld anzulegen.

(Abg. Schmiedel SPD: Sie sind doch ein Miesmacher! Wer soll denn noch Lust haben bei so einer Miesmacherei?)

Aufgrund der Verschlechterung der Rahmenbedingungen durch Rot-Grün hat keiner mehr Lust dazu. So eindeutig ist das. Wer hat denn zum Beispiel die Konditionen bei der Kündigung zulasten der Vermieter deutlich verschlechtert? Das waren doch Sie!

(Beifall des Abg. Hillebrand CDU – Abg. Hillebrand CDU: So ist es!)

Wer hat die Regelungen in Bezug auf die Abschreibungsfristen verschlechtert? Das waren doch Sie! Wer hat die steuerlichen Rahmenbedingungen verschlechtert? Das waren doch Sie! Wer stellt die Wohnungsbauförderung zur Altersversorgung schlechter? Das waren doch Sie!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Diese Bedingungen müssen Sie verbessern, wenn Sie wieder eine Gesamtsituation erreichen wollen, in der man sich mehr engagiert.

Früher war es die typische Haltung eines erfolgreichen Handwerksmeisters: Er hat für seine Altersversorgung einen Block mit sechs oder acht Wohnungen hingestellt und gesagt: Das ist einmal meine Altersversorgung.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja! Sehr gut!)

Das findet nicht mehr statt, weil er keinen Anreiz dazu hat, sondern weil er mit den Sorgen, die er häufig mit seinen

(Minister Dr. Döring)

Mietern hat, allein gelassen wird und die steuerlichen Rahmenbedingungen verschlechtert worden sind. Da müssen Sie ansetzen! Sie dürfen nicht ständig danach rufen, die öffentlichen Subventionen noch zu erhöhen.

(Abg. Kübler CDU zur SPD: Das ist ein guter Minister!)

Dann kann ich nur sagen – lassen Sie mich das abschließend sagen; Kollege Hofer hat darauf hingewiesen –: Herr Kollege Witzel, die Forderung, die Sie erheben – weniger Eigentumsförderung und mehr Mietwohnungsbauförderung –, hat kein Verband erhoben, der im Rahmen von Anhörungen bei uns gewesen ist – nicht ein einziger!

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nein! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Nein, die wollen alle mehr!)

Zweiter Punkt: Wenn der Landesvorsitzende des baden-württembergischen Mieterbunds, Herr Weber, am 16. März 2002 feststellt, es sei richtig und gut gewesen, dass die Landesregierung die Mittel für das Ballungsraum-Wohnungsprogramm deutlich erhöht hat und voll komplementiert hat, überfinanziert bezüglich dessen, was vom Bund kommt, und die liberale Wohnungsbaupolitik und die der Regierung hier lobt, dann ist mir das wichtiger als Ihre Ausführungen zu diesem Thema.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kübler CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Minister, nur, damit an einem Punkt endlich einmal Klarheit besteht, was Ihre eigene Position ist. Denn Sie sind jetzt wieder in die Wintermelodie verfallen, obwohl der Sommer vor der Tür steht.

(Minister Dr. Döring: Frühjahr, mein Lieber! Frühjahr!)

Nach dem Grundgesetz ist die Wohnbauförderung eine Angelegenheit der Länder, und beispielsweise Bayern, NRW, Hessen und auch wir in Baden-Württemberg haben uns über viele Jahre so verhalten und nach unseren Bedürfnissen den Wohnungsbau unterstützt.

Wenn der Bund jetzt angesichts von Leerständen in weiten Teilen der Republik – in weiten Teilen stellt sich nicht die Frage eines Neubaus, sondern die Frage eines Abrisses – und angesichts dessen, dass es in den einzelnen Ländern völlig unterschiedliche Situationen gibt, die Förderung zurückfährt – übrigens schon ganz maßgeblich begonnen unter Kohl –, dann ist das doch kein Grund zu sagen: Wir haben in Baden-Württemberg keine Bedürfnisse mehr.

Nehmen Sie jetzt eigentlich noch die Position ein, die Sie im Sommer 2000 wörtlich vertreten haben: „Die Förderung im Land muss sich am tatsächlichen Bedarf und nicht nur an der Höhe der Zuschüsse des Bundes orientieren“?

(Minister Dr. Döring: Deswegen haben wir erhöht!)

Dann lassen Sie uns doch über den Bedarf streiten, und reden Sie nicht immer davon, was der Bund gemacht hat und dass Sie deshalb auch wenig machen müssten!

(Beifall bei der SPD)

Ferner haben Sie sich über die Eigenheimzulage beklagt. Ich frage Sie: Was haben Sie eigentlich dagegen, dass Kinder heute bei der Eigenheimzulage berücksichtigt werden?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Aber nach oben!)

Ein Ehepaar mit drei Kindern, das sich heute ein eigenes Heim baut, bekommt eine höhere Eigenheimzulage als vorher. Was haben Sie eigentlich gegen eine solche Berücksichtigung der Kinder?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Aber dazu, additiv!)

Jetzt noch zu ihrem Vorwurf, unser Vorschlag des Forde-
rungsverkaufs sei unseriös.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ist er auch!)

Ganz abgesehen davon, dass es dafür berühmte Vorgänger gibt, die das im Land Baden-Württemberg schon einmal praktiziert haben,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ihnen ist das egal!)

sagen wir: Es ist unklug und schädlich, eine Politik zu betreiben, wie sie Herr Hofer vorhin in aller Offenheit beschrieben hat: Wir machen jetzt wenig, aber dann, wenn die Not richtig groß ist,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das habe ich nicht gesagt!)

langen wir auch wieder richtig rein. Was soll daran vernünftig sein?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Falsches Zitat!)

Die Bauwirtschaft in Baden-Württemberg ist die Branche, die es am schwersten hat.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Wir wissen, dass sich Familien in den Ballungsräumen heute unglaublich schwer tun. Übrigens beklagen sich auch schon viele Unternehmen, dass sie Schwierigkeiten haben, Arbeitnehmer anzuwerben, weil man hier keine Wohnung mehr findet. Weshalb soll man dann so lange warten, bis das Kind ganz tief in den Brunnen gefallen ist?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wir haben ja erhöht!)

Warum orientiert man sich nicht an dem, was Sie selber als Ratschlag eingeholt haben, nämlich mittelfristig 50 000 Wohnungen im Land Baden-Württemberg auf den Weg zu bringen?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Um 34 % haben wir erhöht!)

(Schmiedel)

Da hilft Ihnen keine Ausrede. Sie müssen sich ans eigene Porteppee fassen und sagen: Tun wir das, was notwendig ist.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Machen wir!)

Ich sage: Sie tun es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Das war nichts Neues! – Abg. Kübler CDU: Nicht stärker geworden!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags.

Ich gehe davon aus, dass Abschnitt I durch die Aussprache erledigt ist.

Ist Abschnitt II ebenfalls erledigt?

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Stimmen wir ab!)

– Sie wünschen Abstimmung.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ja, so ist es!)

Dann stimmen wir über den Abschnitt II des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/132, ab. Wer dem Abschnitt II zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Gegenstimmen waren die Mehrheit. Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 20. März 2002 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 13/893, 13/899

Berichterstatter: Abg. Kretschmann

Wem darf ich in der Aussprache das Wort erteilen? – Herr Abg. Schmid.

Abg. Schmid SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die SPD-Fraktion darf ich feststellen, dass der Entsendung des Herrn Ministers Köberle in die beiden Aufsichtsräte nichts entgegensteht – wie im Ständigen Ausschuss vorberaten. Es ist deshalb selbstverständlich, dass sich die SPD-Fraktion heute bei der Abstimmung so wie im Ausschuss verhalten wird.

Gleichzeitig nimmt die SPD-Fraktion zur Kenntnis, dass entgegen dem Vorschlag, der der Hauptversammlung der BW-Bank am 8. Mai vorliegen wird, Herr Gerhard Mayer-Vorfelder nicht in den Aufsichtsrat einziehen soll.

(Abg. Hauk CDU: Will!)

Diese Entscheidung war überfällig, und die SPD-Fraktion begrüßt diese Entscheidung. Denn die unsägliche Diskussion um ein Aufsichtsratsmandat für diesen ehemaligen Minister war nur der Höhepunkt einer Besorgnis erregenden

Entwicklung in Bezug auf das Profil der BW-Bank als der Privatbank für die baden-württembergische Wirtschaft.

Ich darf daran erinnern, dass wir vor einigen Wochen unvermittelt eine öffentliche Diskussion über eine stille Einlage des Landes bei der BW-Bank hatten.

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Ausgerechnet das Land als einziger Anteilseigner soll 20 Millionen € als stille Einlage zeichnen, obwohl es inzwischen nur noch indirekt an diesem Institut beteiligt ist.

Es war dann so, dass wir als Oppositionsfraktion in der betreffenden Finanzausschusssitzung gar nicht dazu kamen, die Fragen zu stellen, die sich da aufdrängen, weil die Regierungsfractionen diesen Punkt ganz schnell von der Tagesordnung absetzten. Sie hatten selbst gemerkt, dass man da noch einiges nachfragen kann, zum Beispiel wie es um die Vereinbarkeit einer solchen stillen Einlage mit den EU-Beihilferichtlinien steht, ob es denn überhaupt in das bankpolitische Konzept der Landesregierung passt, dass ausgerechnet die BW-Bank

(Abg. Hauk CDU: Was hat das mit dem Tagesordnungspunkt zu tun?)

näher an das Land heranrücken soll, obwohl es sich auch nach Meinung der Landesregierung um eine Privatbank handelt, die nicht unter die Kontrolle des Landes fallen sollte.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Schmid, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Abg. Schmid SPD: Herr Hauk, Sie sitzen vor mir. Bitte schön.

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Schmid, können Sie mir erklären, was das mit dem Tagesordnungspunkt 6 zu tun hat?

(Unruhe)

Abg. Schmid SPD: Das werde ich Ihnen erläutern, sehr geehrter Herr Abg. Hauk. Sie müssen einfach nur zuhören.

Es geht darum, dass die Landesregierung im Zuge der Vorbereitung der Wahl des Aufsichtsrats der BW-Bank eine unselbige Debatte losgetreten hat, die dem Profil der BW-Bank als Privatbank dieses Landes nicht gerade gut tut. Darum geht es.

Höhepunkt dieser Entwicklung war, dass Sie – das haben Sie uns jetzt übrigens in der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage auch bestätigt – Herrn Gerhard Mayer-Vorfelder unwidersprochen wieder auf die Liste der zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder gesetzt haben.

(Abg. Schmiedel SPD: Unglaublich! – Abg. Kübler CDU: Schnee von gestern!)

(Schmid)

Sie haben es mitgetragen, dass ein ehemaliger Minister, der der Regierung schon lange nicht mehr angehört,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Das ist ja falsch!)

wieder in den Aufsichtsrat entsandt wird. Das ist eine einvernehmlich beschlossene Liste aller Anteilseigner der BW-Bank gewesen. Die Landesregierung hat uns in der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage – die Antwort liegt punktgenau heute vor; das ist auch ein interessanter Vorgang – noch einmal bestätigt, dass diese Aufsichtsratsliste so beschlossen worden ist.

(Zuruf von der SPD)

Dann kam eine Diskussion auf, die dem Profil der BW-Bank als starkem privatrechtlich verfasstem Institut sicher auch nicht gut tut, eine Diskussion darüber, ob Herr Gerhard Mayer-Vorfelder ein tauglicher Vertreter im Aufsichtsrat ist. Diese Diskussion ist vor dem Hintergrund berechtigt, wenn man sich anschaut, welche zahlreiche Ermittlungsverfahren, Verdächtigungen, aufzuklärende Sachverhalte in Bezug auf Herrn Gerhard Mayer-Vorfelder mitgeschleppt werden.

Natürlich fragen wir uns als Oppositionsfraktion: Wie kann es angehen, dass eine Landesregierung, die weiß, dass diese Sachverhalte schon seit einiger Zeit im Raum stehen, entgegen dem Usus bereit ist, einen ausgeschiedenen Minister wieder auf die Aufsichtsratsliste zu setzen, um Gefälligkeiten zu erweisen oder alte Freundschaften zu pflegen?

Nein, diese Diskussion tut dem Profil dieser wertvollen Privatbank nicht gut. Denn das Land muss darauf achten – auch als Eigentümer –, dass bei der Neuausrichtung der BW-Bank ihr unverkennbares Profil als Privatbank nicht verfälscht wird. Es geht darum, nicht durch politische Aktionen noch mehr Nähe zwischen Land und Landespolitik auf der einen Seite und der BW-Bank auf der anderen Seite herzustellen. Denn genau das entspricht nicht der Ausrichtung der BW-Bank, es sei denn, die Landesregierung hätte da eigene Vorstellungen.

Nun kommt der interessante Vorgang. Es war nicht etwa die Landesregierung, die Herrn Gerhard Mayer-Vorfelder dazu bewegt hat, seine Kandidatur zurückzuziehen, sondern es musste wieder einmal die SPD kommen. Wir haben den Antrag gestellt, die Landesregierung zu ersuchen –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Schmid, ich darf Sie bitten, zum Gegenstand der Drucksache 13/899 zu kommen.

(Abg. Döpfer CDU: Das hat er aber aufgeschrieben!)

Abg. Schmid SPD: Frau Vizepräsidentin, ich rede über die Aufsichtsratsliste für die BW-Bank, die Gegenstand dieses Tagesordnungspunkts ist.

(Abg. Kübler CDU: Er liest ab! – Abg. Wintruff SPD: Lassen Sie sich nicht von Herrn Hauk beeinflussen!)

Ich stelle fest: Die Landesregierung hat neben Herrn Köberle auch den ehemaligen Minister Gerhard Mayer-Vorfelder vorgeschlagen. Es ist dem öffentlichen Druck und unserer parlamentarischen Initiative zu verdanken, dass dieser Vorgang nicht zu Ende geführt worden ist. Es ist wie immer: Herr Gerhard Mayer-Vorfelder reagiert erst dann, wenn die SPD Druck macht.

(Lachen des Abg. Seimetz CDU)

Sie sind gar nicht auf den Gedanken gekommen, dass dieser Vorgang für die BW-Bank schädlich sein könnte.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Das Thema lautet: „Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung“!)

– Jawohl. Weshalb schlagen Sie dann ein ehemaliges Mitglied der Landesregierung vor?

(Abg. Fleischer CDU: Dieses Thema haben Sie heute auf die Tagesordnung gebracht! Sie reden nicht zum Thema!)

– Ich stelle nur die Frage: Weshalb schlagen Sie für die Zugehörigkeit im Aufsichtsrat der BW-Bank ein ehemaliges Regierungsmitglied vor?

(Unruhe – Zurufe von der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Schmid, es geht hier um das Mitglied der Landesregierung, Herrn Minister Köberle, und seine Arbeit im Beirat der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

(Abg. Kübler CDU: So ist es!)

Es geht nicht um die Landesbank Baden-Württemberg.

(Abg. Kübler CDU: Thema verfehlt, junger Mann!)

Abg. Schmid SPD: Es geht um die BW-Bank.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte äußern Sie sich zum Gegenstand dieser Drucksache.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Abg. Schmid SPD: Ich äußere mich zu der Liste für den Aufsichtsrat der BW-Bank, für den der ehemalige Minister Mayer-Vorfelder mit dem Votum der Landesregierung vorgeschlagen worden ist, obwohl eine schädliche Diskussion darüber entstanden ist.

(Abg. Fleischer CDU: Thema verfehlt!)

Ich frage noch einmal: Warum hat die Landesregierung nicht die Initiative ergriffen und verhindert, dass eine öffentliche Diskussion überhaupt angestrengt worden ist?

(Abg. Theurer FDP/DVP: Warum haben Sie das im Ausschuss nicht gesagt?)

(Schmid)

Es war unser Antrag, und ich sage noch einmal: Gerhard Mayer-Vorfelder reagiert nur, wenn die SPD Druck macht. Das ist ein Armutzeugnis für die Landesregierung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Nicht überbewerten!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Reinhart.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Herrn Professor Dr. Reinhart, bitte! – Zuruf von der CDU – Unruhe – Zuruf von der SPD: Herr Dr. Reinhart, entschuldigen Sie sich für die Regierung, und die Sache ist erledigt!)

Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Kollege Schmid, ich hatte irgendwo einmal vernommen, Sie hätten eine juristische Ausbildung genossen.

(Zuruf von der SPD: Das ist jetzt aber unfair! – Abg. Schmid SPD: Sogar eine ziemlich gute! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Wer so was braucht, ist in der Sache ganz schwach!)

Ich bin davon ausgegangen, dass man im ersten Semester die Regeln der Zuständigkeit lernt. Sie haben hier keinen Satz zur Frage der Zuständigkeit gesagt, sondern haben sogar Falsches behauptet. Sie behaupten, die Landesregierung sei zuständig für etwas, für das sie gar nicht zuständig war. Die Landesregierung hat überhaupt niemanden vorgeschlagen.

(Abg. Bebber SPD: Wir haben Sie auch immer für einen anständigen Juristen gehalten!)

Wieso zeichnen Sie ein Bild von einer Aktion der Landesregierung, die gar nicht stattgefunden hat? Wissen Sie eigentlich, dass die Bank Herrn Mayer-Vorfelder vorgeschlagen hat

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ohne Abstimmung mit der Landesregierung!)

und nicht die Landesregierung? Ich hätte erwartet, dass Sie, wenn Sie schon solche Kübel ausschütten, zumindest in der Sache korrekt argumentieren.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Sie haben nicht richtig zugehört! – Abg. Wintruff SPD: Da braucht man überhaupt nicht zu studieren! Trotzdem weiß man, dass das falsch ist!)

Zweiter Punkt: Es ist schon eigenartig, dass wir bei einem Tagesordnungspunkt – bei dessen Beratung im Ständigen Ausschuss Sie übrigens nicht teilgenommen haben – diskutiert haben über eine einzige – –

(Abg. Birzele SPD: Darf man hier nur reden, wenn man im Ausschuss war?)

– Herr Kollege Birzele, ich denke, ich muss Ihnen keine Nachhilfe in der Geschäftsordnung geben.

(Unruhe bei der SPD)

Das wäre unter Ihren Fähigkeiten,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sie bleiben unter Ihren Möglichkeiten!)

wenn ich Sie über die Geschäftsordnung aufklären müsste.

(Abg. Birzele SPD: Sagen Sie mir mal, wo das in der Geschäftsordnung steht!)

Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um die Zustimmung zur Frage der Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen. Es geht hier ausschließlich um ein Mitglied der Landesregierung, nämlich den Kollegen Köberle, dem für die Zugehörigkeit zum Aufsichtsrat der BW-Bank und zum Beirat der KfW letztendlich – jetzt komme ich dazu – einstimmig die Zustimmung erteilt wurde.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Einvernehmlich!)

– Gut, Herr Kollege Kretschmann: einvernehmlich. Es ist wahr; Sie haben sogar noch nach der Praxis gefragt; Sie waren im Ausschuss nämlich anwesend. Es wurde einstimmig festgestellt, dass wir ihn dorthin entsenden wollen. Ich bin für diesen einmütigen Beschluss sehr dankbar, weil es – Herr Kollege Birzele weiß das; wir hatten früher oft Diskussionen über die Frage der Rückwirkung – dieses Mal keine Rückwirkung gibt, weil der Kollege Köberle an keiner Sitzung teilgenommen hat, solange der Ausschuss nicht beschlossen hatte.

(Abg. Bebber SPD: Das hat der Kollege Schmid doch genauso gesagt wie Sie jetzt!)

Ich will Ihnen etwas sagen, Herr Schmid. Sie wollen sich hier nur medienwirksam an etwas beteiligen, was mit der Tagesordnung gar nichts zu tun hat.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Sie wollen sich an Spekulationen, an Unterstellungen und an Verdächtigungen beteiligen, um die es hier gar nicht geht. Sie wollen eine Person beschädigen, nämlich den früheren Kollegen Mayer-Vorfelder. Darum geht es Ihnen, um nichts anderes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Der schadet sich selber ausreichend! Da müssen wir gar nichts mehr machen!)

Wissen Sie, Herr Kollege Palmer: Ich erwarte von einem Juristen, dass er in der Abfolge und auch aufgrund seiner intellektuellen Fähigkeit nicht mit Vorverurteilungen arbeitet, wie es gestern geschehen ist – nach dem Motto: Morgens meldet der SWR die Nachrichtenlage, so war es gestern ja – –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Redet der zur Tagesordnung? – Heiterkeit)

– Lieber Herr Kollege Palmer, ich rede zu dem Kollegen Schmid und zu dem, was er hier an Vorhaltungen gemacht hat, nämlich Meldungen, die eine Person beschädigen. Abends stellt sich dann eine ganz andere Fakten- und Tatsachenlage dar. Da muss ich schon sagen: Diese Art des Umgangs mit Unterstellungen, Spekulationen und Ver-

(Dr. Reinhart)

dächtigungen ist Ihrer nicht würdig, Herr Kollege Schmid. Das sollten Sie in Zukunft sein lassen.

Ich bitte dieses hohe Haus, der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses zuzustimmen. Darum geht es. Das steht auf der Tagesordnung, und so sollten wir verfahren.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich ausschließlich zur Drucksache äußern,

(Abg. Behringer CDU: Sehr gut, Herr Oelmayer!)

weil dazu einige Anmerkungen zu machen sind.

Herr Kollege Reinhart, wenn Sie im Ständigen Ausschuss zugegen waren, wie Sie selber behauptet haben, haben Sie sicher festgestellt, dass der Kollege Kretschmann als Vertreter unserer Fraktion in diesem Ausschuss bei der Abstimmung über die Entsendung des Herrn Köberle als Mitglied der Regierung in den Aufsichtsrat der BW-Bank nicht zugestimmt, sondern sich der Stimme enthalten hat. Ich will für unsere Fraktion kurz begründen, warum wir auch heute im Plenum beantragen werden, dass getrennt über die Entsendung in den Beirat der KfW auf der einen Seite und in den Aufsichtsrat der BW-Bank auf der andern Seite abgestimmt wird.

Ich habe mir, wie ich es als Jurist gewohnt bin, einmal die Landesverfassung zu Gemüte geführt und geschaut, welche Kriterien, welche Ermessensgesichtspunkte für die Entsendung von Mitgliedern der Landesregierung in die Aufsichtsgremien wirtschaftlicher Unternehmen, an denen das Land beteiligt wird, herangezogen werden sollen. Ich darf Ihnen diese Gesichtspunkte zitieren, weil sie so prägnant sind, wie ich sie selber gar nicht formulieren kann.

Der erste Gesichtspunkt ist der, dass bei dem Regierungsmitglied festgestellt werden muss, dass keine Interessenkollision besteht. Das würde ich dem Kollegen Köberle sofort zugestehen. Interessenkollisionen bei der KfW und bei der BW-Bank sind mir jedenfalls nicht bekannt. Ich gehe davon aus, dass der Kollege Köberle sich sonst selber dort nicht beworben hätte.

Ein weiterer Gesichtspunkt scheint mir nun schon sehr interessant zu sein, wenn die Kommentierung der Landesverfassung richtig ist. Das ist die geringe Belastung des entsprechenden Regierungsmitglieds. Wenn die Landesverfassungskomentierung an dieser Stelle Recht hat,

(Abg. Hauk CDU: Ja, Kommentar oder Zitat?)

dann mag das, Herr Kollege Hauk, ein interessanter Ermessensgesichtspunkt sein. Das würde aber gleichzeitig bedeuten, dass Sie hier auch als die Mitglieder der regierungstragenden Fraktionen einräumen, dass Sie den Kollegen Köberle deswegen dorthin entsenden, weil er sonst nicht genügend zu tun hat.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ein weiterer Gesichtspunkt – jetzt hören Sie zu, liebe Kolleginnen und Kollegen; an der Stelle wird es ernst, und deswegen hat der Kollege Kretschmann sich bei der Abstimmung über die Entsendung des Kollegen Köberle in den Aufsichtsrat der BW-Bank der Stimme enthalten –: Wir sind als bündnisgrüne Fraktion grundsätzlich der Auffassung, dass das Beteiligungsdickicht ausgemistet gehört. Darüber brauchen wir heute nicht grundsätzlich zu debattieren. Aber wenn wir – als Landtag im Übrigen und nicht als Landesregierung – Mitglieder der Landesregierung in solche Unternehmen entsenden, dann muss die Voraussetzung sein, dass diese Mitglieder den entsprechenden Sachverstand mitbringen.

(Abg. Hauk CDU: Wir geben die Zustimmung!)

Das würde bedeuten: Wir schicken sie deswegen dorthin, weil sie Kontrolle und Aufsicht ausüben sollen; wir schicken sie aber auch deswegen dorthin, weil sie für die Landesregierung Einfluss ausüben sollen zugunsten des öffentlichen Wohls, aber auch zum Wohle dieses Unternehmens. Was ist dafür Voraussetzung, liebe Kolleginnen und Kollegen? Voraussetzung dafür ist zunächst, dass der zu Entsendende für die Funktion, die er dort ausüben und wahrnehmen soll, den entsprechenden Sachverstand besitzt.

Jetzt haben wir uns die Mühe gemacht, einmal nachzuschauen, welchen Sachverstand der Kollege Köberle einschlägig für die Mitwirkung in einem Aufsichtsgremium einer Bank mitbringt. Wir sind leider nicht in dem Maße fündig geworden, dass wir jetzt sagen könnten: Jawohl, der Kollege Köberle ist genau derjenige, der in dieses Aufsichtsgremium entsandt werden muss. Vielmehr hätte unseres Erachtens – immer immanent diskutiert – schon die Frage gestellt werden müssen: Weshalb entsendet der Landtag von Baden-Württemberg nicht kompetente Menschen dorthin, die wir vielleicht eher im Wirtschaftsministerium oder im Finanzministerium gefunden hätten? Diese Frage blieb leider im Ständigen Ausschuss unbeantwortet. Vielleicht hören wir heute von Herrn Staatsminister Palmer, der sich sicherlich noch zu dem Thema zu Wort melden wird, eine entsprechende Erklärung,

(Abg. Drexler SPD: Wieso denn?)

wo denn die besondere Kompetenz und Qualität des Kollegen Köberle zur Mitwirkung in Aufsichtsgremien gerade der Baden-Württembergischen Bank liegt.

(Abg. Drexler SPD: Das ist eine tödliche Frage! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das sind unsere Vorbehalte. Die sind heute nicht grundsätzlicher Art, sondern gehen einfach in Richtung Sachkompetenz. Nur dann macht es ja Sinn, dass der Landtag Ausnahmegenehmigungen erteilt, um Kollegen dieses Hauses in Organe wirtschaftlicher Unternehmen zu entsenden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte, diese Überlegungen auch beim Abstimmungsverhalten zu berücksichtigen.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Abg. Oelmayer GRÜNE: Er kann sich ja zu Wort melden.

(Heiterkeit)

Stelly. Präsidentin Christa Vosschulte: Das hat er getan.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmid.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Abg. Schmid SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Reinhart hat hier ein klassisches Ablenkungsmanöver hingelegt.

(Abg. Drexler SPD: Wie immer!)

Das beginnt häufig damit, dass man die persönliche Verunglimpfung voranstellt. Diese will ich entschieden zurückweisen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das macht er immer so!)

Ich bekenne mich dazu: Ich bin Jurist, sogar Prädikatsjurist, wenn Sie das interessiert.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, ich bin der Einzige in diesem Haus, der parallel zu seiner Belastung als Landtagsabgeordneter sein Jurastudium in Rekordzeit abgeschlossen hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Das ist aber kein besonderes Qualitätsmerkmal!)

Insofern glaube ich, dass meine juristische Qualifikation außer Frage steht.

(Abg. Drexler SPD zu Abg. Dr. Reinhart CDU: So ist es! Er hat nicht 40 Semester studiert wie Sie! Sie müssten Langzeitstudiengebühren zahlen!)

Mir geht es um die politische Sache, und die politische Sache ist die folgende: Wir diskutieren über den Aufsichtsrat der BW-Bank. Entgegen dem, was Sie behauptet haben, Herr Dr. Reinhart,

(Abg. Hauk CDU: Wir diskutieren über die Ausnahmegenehmigung für den Kollegen Köberle, nicht über den Aufsichtsrat der BW-Bank! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Doch, um den geht es!)

entgegen dem, was Sie berichtet haben, verehrter Kollege Reinhart, ist es eben nicht so gewesen, dass die Landesregierung damit gar nichts zu tun gehabt hätte. Ich zitiere aus der „Stuttgarter Zeitung“ von heute den Sprecher der Landesbank Baden-Württemberg:

Die Verlängerung des Aufsichtsratsmandats von Herrn Mayer-Vorfelder wurde einvernehmlich zwischen Land und LBBW vorgesehen.

(Zurufe von der SPD: Aha! – Abg. Schmiedel SPD: Schon einmal ertappt, Herr Reinhart!)

Es ist ja bekannt, dass die nach § 124 Abs. 3 des Aktiengesetzes notwendigen Vorschläge für die Wahl des Aufsichtsrats zwischen den Eigentümern abgesprochen wur-

den. Genau dies ist auch hier geschehen. Ich zitiere aus der Antwort auf unsere parlamentarische Anfrage:

Der Aufsichtsrat der BW-Bank hat bereits am 13. März 2002 den gemäß § 124 Abs. 3 AktG bindend festgelegten Vorschlag zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern für die Hauptversammlung der BW-Bank am 8. Mai 2002 gemacht. In diesem Vorschlag ist auch die Wiederwahl von Herrn Mayer-Vorfelder enthalten.

(Lachen des Abg. Drexler SPD – Abg. Drexler SPD: Also!)

Das ist der Sachverhalt. Dieser Sachverhalt ist bedenklich, weil jeder, der ein bisschen Gespür für die Bankenwelt und die Frage einer soliden Weiterentwicklung des Privatinstituts BW-Bank hat, aufpassen muss, welche Leute er in Aufsichtsräte entsendet und was für eine öffentliche Diskussion sich daran entzünden könnte. Das haben Sie bei der Person Mayer-Vorfelder fahrlässig vernachlässigt, obwohl doch schon seit langem klar war, dass sich dieser Herr in zahlreichen schwierigen Fahrwassern befindet und dass hinsichtlich seiner Person zahlreiche Sachverhalte aufzuklären sind, die übrigens auch dieses hohe Haus noch beschäftigen werden.

Dies ist der Punkt, wo wir als Opposition sagen, es wäre Aufgabe der Landesregierung gewesen, ihren Einfluss dahin gehend geltend zu machen, dass so etwas nicht geschieht. Aber nein, es mussten wir kommen, es war unser Druck,

(Abg. Kübler CDU: Ist das zur Tagesordnung?)

der Herr Gerhard Mayer-Vorfelder nach eigenem Eingeständnis erst dazu bewogen hat, sich nicht zur Verfügung zu stellen.

(Abg. Drexler SPD: So war es! Er hat es erklärt!)

Genau dies bestätigt uns auch das Finanzministerium in der Antwort. Da steht nicht etwa drin, die Landesregierung habe darauf hingewirkt, dass er sich nicht zur Verfügung stelle, sondern da steht nur lapidar drin – ich zitiere den zweiten Satz der äußerst knappen Antwort auf unsere parlamentarische Anfrage –:

Herr Mayer-Vorfelder hat mitgeteilt, dass er für eine Wahl zum Aufsichtsrat der BW-Bank nicht zur Verfügung stehe.

(Abg. Drexler SPD: Er!)

Das hat er gemacht. Warum haben Sie das nicht verhindert? Warum haben Sie nicht den Schaden für den Ruf der BW-Bank abgewendet? Das wäre Ihre Aufgabe gewesen, denn die BW-Bank ist zweifelsohne ein wertvolles Asset im Portfolio der Unternehmensbeteiligungen des Landes. Sie haben es öffentlich diskreditiert. Das ist der Vorwurf, den Sie sich gefallen lassen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Stelly. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

(Abg. Bebbler SPD: Jetzt bringt er auch noch die Finger rein!)

Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP/DVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Landesbeteiligungen schrittweise und planmäßig zurückgeführt werden sollen, weil wir der Auffassung sind, dass Wirtschaft die Sache der Wirtschaft ist und dass die Aufgaben des Staates auf das Notwendige zurückgeführt werden müssen. Dann stellt sich natürlich auch die Frage der Kontrolle von Wirtschaftsunternehmen, an denen der Staat beteiligt ist, nicht mehr oder in ganz anderer Weise.

Solange aber das Land Baden-Württemberg an wirtschaftlichen Unternehmen beteiligt ist oder die Möglichkeit hat, Vertreter in deren Aufsichtsgremien zu entsenden, ist es auch richtig, dass wir hier im Landtag darüber entscheiden, wen das Land Baden-Württemberg in diese Gremien entsendet, damit eine wirksame Kontrolle der wirtschaftlichen Tätigkeit dieser Unternehmen stattfinden kann.

(Abg. Bebbler SPD: Da sind wir uns einig!)

Ich bin froh, dass dieser Aspekt in der Plenardebatte hier – spät, meines Erachtens zu spät – überhaupt angesprochen worden ist. Am Anfang hat man ja gar nicht verstanden, was eigentlich bezweckt wird, Herr Kollege Schmid. Ich denke, Sie müssen sich schon vorhalten lassen, dass Sie und auch Ihre Fraktion im Ausschuss geschwiegen haben.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Sollte es tatsächlich berechtigte Zweifel an der persönlichen Eignung des hier Vorgeschlagenen gegeben haben, dann hätten diese Punkte doch in der Ausschusssitzung genannt werden müssen, damit der Betreffende sich dort entsprechend äußern können und damit wir als Fraktionen auch darüber hätten sprechen können,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Haben Sie es da schon gewusst?)

ob Herr Köberle geeignet ist, die Kontrollfunktion des Landes Baden-Württemberg im entsprechenden Aufsichtsrat wahrzunehmen. Ich denke, er ist geeignet.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hillebrand CDU: Sehr geeignet!)

Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, dass nicht nur Kaufleute und Volkswirte in Aufsichtsräten vertreten sein können und die dortigen Kontrollaufgaben wahrnehmen können. Jedenfalls bin ich als Nichtjurist auch der Auffassung, dass Juristen nicht per se überall geeignet sind.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Genauso kann man hier nicht sagen, dass Herr Minister Köberle als Lehrer nicht geeignet wäre, diese Kontrollfunktion wahrzunehmen.

(Abg. Bebbler SPD: Das bestreiten wir doch gar nicht!)

Ich habe Herrn Köberle als klugen Kopf mit schneller Auffassungsgabe kennen gelernt.

(Beifall des Abg. Döpfer CDU – Abg. Döpfer CDU: So ist es!)

Er ist damit in der Lage, die Kontrollfunktion wahrzunehmen. Deshalb sollten wir, wie wir das ja auch im Ständigen Ausschuss empfohlen haben, hier das Einvernehmen herstellen, damit Herr Köberle die Kontrollfunktion des Landes Baden-Württemberg in den entsprechenden Aufsichtsgremien wahrnehmen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Bebbler SPD: Das bestreiten weder der Kollege Schmid noch die SPD-Fraktion! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das war der Kollege Oelmayer!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Palmer.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe den Eindruck, dass hier vom Kollegen Schmid „freie Redezeit“ mit „freier Themenwahl“ verwechselt worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben nicht freie Themenwahl vereinbart, sondern wir haben freie Redezeit vereinbart.

(Abg. Drexler SPD: Das ist ein unangenehmes Thema!)

– Nein, das ist kein unangenehmes Thema.

(Oh-Rufe von der SPD)

Ihnen liegt ein Antrag der Landesregierung vor. Ich will zu diesem Antrag sprechen, und ich will ausdrücklich auf die Debattenbeiträge eingehen, obwohl ich mir das Verfahren, das Sie hier angewandt haben, nicht zu Eigen mache. Ich halte es auch parlamentarisch für fragwürdig.

(Abg. Herrmann CDU: So ist es!)

Nur, damit nicht im Raum stehen bleibt, was Sie uns hier vorgeworfen haben, will ich darauf eingehen. Die Landesregierung hat heute hier einen eng umrissenen Antrag vorgelegt. Der einzige Zusammenhang des Themas, zu dem Herr Abg. Schmid gesprochen hat, mit dem Antrag der Landesregierung ist, dass es sich um das Thema Baden-Württembergische Bank handelte. Das kommt mir vor, wie wenn wir über ein Telekommunikations- oder Mediengesetz sprächen, und Sie sprächen zu Telefonzellen. Das wäre der gleiche Zusammenhang, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Widerspruch bei der SPD)

Ein anderer Zusammenhang ist überhaupt nicht herstellbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kübler CDU: Guter Vergleich! – Unruhe bei der SPD)

Ich möchte zunächst einmal auf die Sache eingehen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe bitten.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Mich stört das nicht. Die sollen ruhig schreien.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Bebbler SPD: Er ist schon schlecht gelaunt! Schlechter kann es nicht mehr werden!)

Ich möchte zunächst zur Sache sprechen. Herr Kollege Oelmayer hat zur Sache gesprochen. Er hat trotzdem falsch gesprochen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Mea culpa!)

Aber zuerst will ich zum Kollegen Oelmayer kommen.

Herr Oelmayer, Sie bringen eine völlig neue Qualität in die Entsprechungspraxis für Gremien hinein.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Wir wollen Qualität! Es geht um Qualität!)

– Dass Herr Kollege Schmiedel hier dazwischenruft, kommt mir wirklich zupass. Die Landesbank Baden-Württemberg mit einer zehnfachen Bilanzsumme wird vom Lehrer Schmiedel kontrolliert. Da ist die Qualität vorhanden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Er ist vom Landtag von Baden-Württemberg entsandt; da ist Qualität vorhanden. Es geht doch nicht an, dass man, Herr Oelmayer, in einem unverschämten Redebeitrag Rudi Köberle die Qualität abstreitet und auf der anderen Seite das Parlament aus den gleichen sachfremden oder sachnahen Gründen Kollegen in Gremien entsendet.

(Zuruf von der SPD: Dafür kann doch der Kollege Schmiedel nichts!)

Im Übrigen finde ich, dass der Kollege Schmiedel seine Aufgabe im Verwaltungsrat der Landesbank sehr gut wahrnimmt.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin der Überzeugung, dass der Kollege Köberle seine Arbeit im Aufsichtsrat der Baden-Württembergischen Bank hervorragend wahrnehmen wird;

(Beifall bei der CDU)

denn der Kollege Köberle gehört mittlerweile zwölf Jahre dem Parlament und zehn Jahre der Landesregierung an. Er hat an der Seite von mehreren Ministerinnen einen Etat von viereinhalb Milliarden € verwaltet. Sie werden doch einem langjährigen Staatssekretär und jetzigen Minister nicht im Ernst die Kompetenz zur Beaufsichtigung der Baden-Württembergischen Bank bestreiten wollen. Deshalb ist die Entsendung von Rudi Köberle sachgerecht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Zur Sache!)

Nun zum Rundumschlag des Kollegen Schmid: Herr Schmid, nicht der Kollege Reinhart hat Sie verunglimpft, sondern was seit Tagen in der Öffentlichkeit stattfindet, ist – ohne dass sich Herr Mayer-Vorfelder wehren kann – eine einseitige Verunglimpfung des früheren Finanzministers, die ich streckenweise für schwer erträglich halte. Das will ich hier auch einmal sagen.

(Oh-Rufe von der SPD – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Rosa Grünstein: Er hat seine Steuererklärung nicht abgegeben!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht die Landesregierung von Baden-Württemberg hat Herrn Gerhard Mayer-Vorfelder für die Entsendung in den Aufsichtsrat der Baden-Württembergischen Bank vorgesehen. Es gibt dort zehn Aufsichtsräte, das Land Baden-Württemberg stellt davon zwei. Ein Aufsichtsratsmandat wird, auch in der Funktion des Vorsitzenden des Aufsichtsrats, durch den Finanzminister des Landes Baden-Württemberg, Gerhard Strathaus, langjährig wahrgenommen. Ein anderer Platz ist jetzt frei geworden. Dafür hat die Landesregierung den Kollegen Köberle auch deshalb vorgeschlagen, damit sich die Verantwortung auf mehrere Schultern verteilt. Das entspricht einer alten Forderung der Opposition. Um Kontrolle wirksam wahrnehmen zu können, soll ein Einzelner nicht zu viele Aufgaben wahrnehmen. Deshalb wird Herr Köberle vorgeschlagen, der bisher keine Kontrollfunktion innehat. Er nimmt das zweite Mandat des Landes Baden-Württemberg im Aufsichtsrat der Baden-Württembergischen Bank wahr.

Herr Schmid, Sie haben in der ersten Runde dreimal davon gesprochen – in der zweiten Runde haben Sie es dann korrigiert –, dass die Landesregierung Herrn Mayer-Vorfelder vorgeschlagen habe. Das ist falsch. Wir haben Herrn Köberle vorgeschlagen, und ausschließlich über diese Frage ist heute zu befinden.

Dass große Partner, große Anteilseigner, in einem Unternehmen einander darüber informieren – und das ist es wohl, was heute in der Zeitung steht –, wen sie als Aufsichtsräte vorschlagen, ist eine Selbstverständlichkeit.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Herr Mayer-Vorfelder wurde vom bisherigen Vorstand der Baden-Württembergischen Bank gegenüber dem neuen großen Anteilseigner Landesbank Baden-Württemberg vorgeschlagen.

(Abg. Drexler SPD: 40 % Anteil des Landes!)

Er ist dann über das Ticket der Landesbank Baden-Württemberg für den Aufsichtsrat vorgeschlagen worden. Mit dem Land Baden-Württemberg, mit der Landesregierung von Baden-Württemberg hat dies nichts zu tun. Ich würde Sie doch darum bitten, die Dinge auseinander zu halten.

(Beifall bei der CDU)

Nun möchte ich noch eines sagen, Herr Schmid. Man kann vieles tun, aber wenn man die SPD Baden-Württemberg für die wirksamste Waffe dieser Welt oder auch nur der öf-

(Minister Dr. Christoph Palmer)

fentlichen Wahrnehmung in Baden-Württemberg hält, dann liegt man ganz falsch.

(Zuruf von der SPD: Das hat er doch selbst gesagt!)

Herr Mayer-Vorfelder ist nicht auf Druck der SPD von seiner Kandidatur zurückgetreten, sondern Herr Mayer-Vorfelder – ich zitiere jetzt aus seiner Erklärung – tritt deshalb das Mandat, für das er schon vorgeschlagen worden ist, nicht an, um der Bank eine unnötige und sicherlich nicht nützliche Debatte zu ersparen. Das ist ein richtiger und anständiger Schritt. Ich sehe dafür keine Notwendigkeit, aber er erspart uns unnötige Debatten.

Wir sollten, meine sehr verehrten Damen und Herren, uns deshalb auch wieder mit den Realitäten befassen. Realität und Antrag ist, dass die Landesregierung Ihre Zustimmung dafür erbittet, dass Herr Kollege Köberle in Zukunft das Land Baden-Württemberg im Aufsichtsrat der Baden-Württembergischen Bank vertritt. Über nichts anderes wird abgestimmt. Falls Sie eine Debatte über den früheren Finanzminister haben wollen, dann beantragen Sie diese bitte. Wir werden ihr dann nicht ausweichen, sondern uns dieser Debatte stellen. Aber führen Sie diese Diskussion nicht in falschem Zusammenhang.

Ich bitte Sie herzlich, dem Antrag der Landesregierung zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister Palmer, Sie haben die Rede des Kollegen Oelmayer als Unverschämtheit bezeichnet.

(Abg. Alfred Haas u. a. CDU: Da hat er Recht!)

Dazu muss ich ein paar Worte verlieren.

Ich habe im Ausschuss dem Begehren der Landesregierung,

(Minister Dr. Christoph Palmer: Sie haben sehr sachlich argumentiert!)

Minister Köberle in den Beirat der KfW zu entsenden, zugestimmt.

(Abg. Herrmann CDU: Sehr gut!)

Bei der Abstimmung über Ihr Begehren, ihn in den Aufsichtsrat der Baden-Württembergischen Bank zu entsenden, habe ich mich lediglich der Stimme enthalten.

(Abg. Herrmann CDU: Auch richtig!)

Was geht daraus hervor?

(Abg. Alfred Haas CDU: Was lernen wir daraus?)

Klar ist, dass wir einen Minister für grundsätzlich in der Lage halten, die Aufsicht in einem Unternehmen wahrzunehmen. Deswegen habe ich auch zugestimmt, Minister Köberle in den Beirat der KfW zu entsenden. Ich glaube,

dass ein Minister die Förderpraxis der KfW ohne Ressortanbindung kontrollieren kann. Ich nehme das jedenfalls einmal an.

Aber führen wir uns einmal die Wirtschaftsskandale der letzten Zeit vor Augen. Der neueste betraf die Kirch-Gruppe. Die Bayerische Staatsregierung, die in den entsprechenden Aufsichtsgremien der Banken sitzt, die das mit zu verantworten haben, hat – sogar ihr Ministerpräsident – ihre Aufsichtspflicht jedenfalls nicht so wahrgenommen, wie dies erforderlich gewesen wäre, um solche Pleiten zu verhindern. Wenn wir uns das vor Augen führen, ist es doch wohl für eine Opposition angebracht – es ist schließlich unser Job, die Regierung zu kontrollieren und nicht nur gut Wetter zu machen –, zu fragen, ob die Leute, die wir in die Aufsichtsgremien schicken, bei solchen Angelegenheiten die notwendige Kompetenz mitbringen. Kollege Oelmayer hat nichts anderes festgestellt – ich habe dazu gar nichts gesagt und mich im Ausschuss vornehm zurückgehalten –, als dass Sie nicht hätten darlegen können, worin die besondere Kompetenz von Minister Köberle besteht, eine Bank zu kontrollieren. Das ist ja nicht etwas, was man gerade mal so kann.

Kollege Schmiedel ist zwar von Beruf Lehrer, aber er ist auch wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Insofern können wir erst einmal formal davon ausgehen, dass er die Kompetenz mitbringt.

(Unruhe – Abg. Herrmann CDU: Nur formal!)

– Das ist so.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Hauk CDU: Bei der SPD-Fraktion wirtschaftspolitischer Sprecher zu sein hat mit Kompetenz nichts zu tun!)

– Das können Sie anders beurteilen und ich auch. Im Übrigen ist mein Verhältnis zum Kollegen Schmiedel gut bekannt. Darum geht es nicht. Das kann ich im Einzelnen nicht untersuchen, sondern da bekommt jeder seinen Vorschuss.

Wenn wir die Kompetenz von Minister Köberle von vornherein angezweifelt hätten, hätten wir gegen seine Entsendung in den Aufsichtsrat der BW-Bank gestimmt. Aber wir haben uns der Stimme enthalten, weil seine Kompetenz in einer solch wichtigen Frage nicht ausgewiesen wurde. Kollege Oelmayer hat dazu nicht mehr gesagt, als dass es richtig wäre, Vertreter der entsprechenden Ministerien mit dem entsprechenden Sachverstand, also die Minister, Staatssekretäre oder wen auch immer, in solche Aufsichtsgremien zu schicken. Denn sie haben zumindest den Unterbau, der ihnen das liefern kann, was man für die Aufsicht braucht. Darum geht es und um nichts anderes.

Ich bitte Sie einfach, zu akzeptieren, dass es Aufgabe des Parlaments ist, die Regierung zu kontrollieren. Es ist nicht Aufgabe des Parlaments, sie zu bejubeln, sondern seine Aufgabe ist, kritisch zu sein. Da in Deutschland bekanntermaßen der Ministerpräsident vom Parlament gewählt wird, ist dies vornehmste Aufgabe der Opposition. Diese Pflicht werden wir wahrnehmen. Davon werden Sie uns nicht abhalten.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Bitte.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Hauk, bitte Ihre Zwischenfrage.

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Kretschmann, können Sie mir bestätigen, dass Sie in der Vergangenheit wiederholt kritisiert haben, dass Mitglieder der Landesregierung, namentlich der Staatssekretär im Finanzministerium und der Minister im Finanzministerium, zu deren Obliegenheiten die Verwaltung der Beteiligungen gehört, so viele Aufsichtsratsmandate wahrnehmen?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Das haben wir sicher kritisiert.

(Abg. Hauk CDU: Jetzt fordern Sie es gerade ein!
Das ist doch inkonsequent!)

Ich habe im Ausschuss genau nachgefragt, wann Minister und Staatssekretäre, wann Beamte in solche Aufsichtsräte entsandt werden, um das noch einmal klarzustellen. Aber wir haben neben dem Finanzminister ja noch andere Minister, die mit solchen Fragen befasst sind. Dass dafür der Beauftragte der Landesregierung in Berlin kompetent ist, war uns bisher nicht bekannt. Aber Sie haben auch nicht positiv darlegen können, worin diese besondere Kompetenz liegt.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmid.

(Unruhe)

Abg. Schmid SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle für die SPD-Fraktion noch einmal ausdrücklich fest, dass wir auch der Entsendung von Herrn Köberle in den Aufsichtsrat der BW-Bank zustimmen, so wie unsere Vertreter das auch schon im Ständigen Ausschuss diskutiert haben – nicht dass da ein falscher Eindruck entsteht.

(Abg. Teßmer SPD: Herr Palmer hat das aber nicht gewusst!)

Zugleich will ich aber eine Aussage von Herrn Palmer zu rechtrücken. Beleuchten wir doch einmal die Beteiligungsverhältnisse bei der BW-Bank. Wenn man es juristisch nimmt, dann ist das Land daran überhaupt nicht mehr direkt beteiligt. Es gibt vielmehr indirekte Beteiligungen über die L-Bank und über die Landesstiftung gGmbH. Dann gibt es den großen Mehrheitseigner LBBW, hinter dem aber wieder zu einem beträchtlichen Teil – knapp 40 % – das Land als Gewährträger steckt.

(Abg. Drexler SPD: Als Eigentümer!)

Wenn ich jetzt einmal zusammenrechne, wie hoch der Landeseinfluss über die indirekten Kanäle ist, dann stelle ich fest, dass das eine deutliche Mehrheit ist.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Denn durch die knapp 40 % bei der LBBW sowie die Anteile der L-Bank und der Landesstiftung gGmbH sind wir bei über 60 %. Dann wollen Sie uns weismachen, Sie hätten mit dem Vorschlag, Mayer-Vorfelder in den Aufsichtsrat zu entsenden, nichts zu tun.

(Abg. Drexler SPD: Das ist eine Märchenstunde!
Lächerlich!)

Das glauben wir nicht. Das wird Ihnen niemand glauben, Herr Palmer. So einfach kann man es sich nicht machen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Das ist das „Dschungelbuch“ von Frau Dr. Gräßle!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Die KfW und die Baden-Württembergische Bank getrennt!)

– Getrennte Abstimmung? In Ordnung.

Ich lasse über Ziffer 1 Buchst. a der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/899, abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

(Abg. Bebbler SPD: Sie haben nicht getrennt abstimmen lassen wie beantragt! – Gegenrufe: Doch!)

Wir kommen zur Abstimmung über Ziffer 1 Buchst. b. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über Ziffer 2 der Beschlussempfehlung Drucksache 13/899. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen zugestimmt.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 6 abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 14. März 2002 – Veräußerung des landeseigenen Astrologiegeländes in Tübingen – Drucksachen 13/846, 13/860

Berichterstatter: Abg. Moser

Meine Damen und Herren, es ist keine Aussprache vorgesehen. Kann ich davon ausgehen, dass Sie der Beschlussempfehlung zustimmen? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 27. Dezember 2001 – Bericht der Landesregierung zu einem

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 1999 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997 (Nr. 18) – Die Einheitsbewertung des Grundbesitzes – Drucksachen 13/612, 13/800 (berichtigte Fassung)

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Auch hier ist keine Aussprache vorgesehen. Kann ich davon ausgehen, dass Sie der Beschlussempfehlung zustimmen? – Das ist der Fall. Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. Januar 2002 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 1994 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1992 (Nr. 20) – Wirtschaftlichkeit kleinerer Fachhochschulen – Drucksachen 13/613, 13/801 (berichtigte Fassung)

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Ich sehe keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 18. Januar 2002 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2000 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1998 (Nr. 19) – Beschaffung von Schienenfahrzeugen durch das Land – Drucksachen 13/674, 13/802

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Ich sehe keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. Januar 2002 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 1995 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1993 (Nr. 9) – Beherbergungs- und Bewirtungsbetrieb der Fachhoch-

schule – Drucksachen 13/717, 13/803 (berichtigte Fassung)

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 2001 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2000 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1998 (Nr. 10) – Wirtschaftlichkeit von Revierleitergebäuden – Drucksachen 13/599, 13/875

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Auch hier ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Ich sehe keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/704, 13/908, 13/909, 13/910, 13/911

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich Ihre Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 13/852, 13/885

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Ebenfalls gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 15. Mai 2002, um 10:30 Uhr in Karlsruhe statt.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Braucht man da einen Reisepass? – Heiterkeit)

Die Tagesordnung wird vom Präsidium aufgestellt und Ihnen rechtzeitig bekannt gegeben.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 16:38 Uhr